Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 43 – 28. Oktober 2016
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Mit Gebeten dem Islam trotzen? Syrischen Christen, wie hier in der Provinz al-Hasake, hat das wenig genützt

Bild: pa

Merkels Verachtung

Wer Sorgen vor dem Islam hat, soll mehr singen und beten, rät die Kanzlerin

Was wie der Ausdruck von Naivität aussieht, ist kalte Berechnung. Merkel will ihren Bürgern Sand in die Augen streuen.

Kanzlerin Merkel rät den Deutschen, die „Sorgen vor dem Islam“ haben, sich zur Weihnachtszeit wieder verstärkt dem christlichen Liedgut zuzuwenden und die Blockflöte zur Hand zu nehmen, denn sonst ginge uns „ein Stück Heimat verloren“. Die Empfehlung strotzt vor einer bemerkenswerten Naivität, die allerdings im Falle der intelligenten CDU-Chefin bloß vorgetäuscht ist.

Unlängst hatte Merkel Bürgern mit Sorgen vor dem Islam geraten, einfach öfter in die Kirche zu gehen. Der Autor Henryk M. Broder konterte damals: Das hätten die syrischen Christen auch getan. Heute seien viele von ihnen tot. Was die Kanzlerin als Antwort auf die Ausbreitung eines zunehmend aggressiven politischen Islam vorschlägt, ist eine bewusste Ablenkung der Deutschen von der wahren Herausforderung, vor die sie – insbesondere durch Merkels Politik selbst – gestellt werden.

Mit ihren Verweisen auf Kirchgänge und Weihnachtslieder gaukelt Merkel einen friedlichen, religiös-kulturellen Wettbewerb vor, dem mit Glaubensstärke und der Betonung der eigenen Wurzeln allein begegnet werden könne.

> Sie wollen keine Herzen gewinnen, sondern Macht

Dem politischen Islam aber geht es nicht um einen spirituellen Wettbewerb oder gar um „kulturelle Bereicherung“. Dem politischen Islam geht es um politische Macht. Er will nicht Seelen und Herzen gewinnen, sondern Raum, in welchem er die Macht ausübt und alle Abweichler verfolgen und ausmerzen kann. Diesem Muster folgen auch der türkische Machthaber Erdogan und somit die in Deutschland tätigen religiös-politischen Strukturen der türkischen Regierung.

Die Antwort darauf kann nur in der konsequenten Bekämpfung aller politisch-islamischen Strukturen in Deutschland bestehen. Und in einer ebenso konsequenten Eindämmung der islamischen Zuwanderung, solange sich der politische Islam in der muslimischen Welt immer weiter ausbreitet und mit der islamischen Einwanderung dessen Ausbreitung in Deutschland befördert wird.

Genau dies aber will Angela Merkel mit allen Mitteln verhindern. Sie weigert sich mit aller Sturheit, der massenhaften islamischen Zuwanderung Einhalt zu gebieten und duldet politisch-islamische Frontorganisationen in der ominösen „Deutschen Islamkonferenz“.

Daher streut sie den Deutschen mittels kitschiger Gefühlsappelle und lächerlicher Empfehlungen zum Singen und Beten Sand in die Augen. Dabei tritt zutage, dass sie ihre Bürger für bodenlos kindisch halten muss, für einen Haufen Einfaltspinsel, der sich selbst mit dem größten Blödsinn noch hinter die Fichte locken lässt. Nur auf der Basis einer solchermaßen ausgeprägten Verachtung des eigenen Volkes kann Merkel ernsthaft glauben, dass diese Irreführung nicht entdeckt und wütend zurückgewiesen wird. *Hans Heckel*

Nicht per se gefährlich

Bundesregierung stuft »Reichsbürger« eher als Querulanten und Störer denn als Gewalttäter ein

Nach den tödlichen Schüssen eines sogenannten Reichsbürgers auf einen Polizisten hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann angekündigt, die Reichsbürgerbewegung intensiv überwachen zu wollen. Dazu soll überprüft werden, welche ihrer Mitglieder Waffen besitzen. Ziel sei es, „allen Reichsbürgern, die legal eine Waffe besitzen, ihre Waffenerlaubnisse zu entziehen“, erklärte Herrmann. Wer die deutsche Rechtsordnung ablehne, der biete keine Gewähr, ordnungsgemäß mit Waffen umzugehen. Die Reichsbürgerbewegung geht von einer völkerrechtlichen Weiterexistenz des Deutschen Reiches aus und erkennt die Rechtsordnung sowie die Institutionen der Bundesrepublik Deutschland nicht an (siehe *PAZ* 26/2016).

Die von Herrmann angekündigten Überprüfungen dürften allerdings wegen der Zersplitterung und Heterogenität der nicht in sich geschlossenen Reichsbürgerszene nicht einfach werden. Wie die Bundesregierung im Juli in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei ausgeführt hat, agieren in ihr überwiegend Einzelpersonen oder Kleingruppen ohne bundesweite Relevanz. Bestehende Strukturen der Szene seien „in Folge von Exekutiv- und Strafmaßnahmen“ aufgelöst worden. Somit ist nur schwer festzustellen, wer dieser Szene zuzuordnen ist. Auffallen tun die Reichsbürger zumeist erst dann, wenn sie unter Hinweis auf ihre „Reichsbürgerschaft“ ohne bundesdeutsche Rechtsgrundlage Widerstand gegen behördliche Akte leisten, Ämter bei ihrer Arbeit behindern oder Drohungen gegenüber deren Mitarbeitern aussprechen.

> Heterogene und zersplitterte Szene

Ein besonderes szenespezifisches Gefährdungspotenzial sieht die Bundesregierung bisher nicht, auch wenn sie nicht ausschließen will, dass „sich der Aktionismus und die Aggression im ‚Reichsbürger‘-Milieu verstärken und es zu Radikalisierungseffekten kommt“. Im Übrigen dürfe auch das Gefährdungspotenzial von Einzelpersonen nicht unterschätzt werden. Die von als Reichsbürgern bekannten Personen verübten Straftaten beträfen überwiegend Beleidigungen, Nötigungen, Volksverhetzungen, Propagandadelikte und Urkundenfälschungen. Dazu kämen Bedrohungen, Erpressungen und Sachbeschädigungen sowie im geringeren Umfang weitere Delikte. Durch „qualitativ höherwertige Straftaten“ sind die Reichsbürger der Drucksache zufolge bisher kaum in Erscheinung getreten. In Einzelfällen seien auch Verstöße gegen das Waffengesetz festgestellt worden. In allen Fällen habe es sich bei den Beschuldigten jedoch um Einzelpersonen beziehungsweise Angehörige von Kleinstgruppen gehandelt.

Dennoch stehen die Reichsbürger seit längerer Zeit unter Beobachtung, würden doch die „oftmals schon im Ansatz abstrusen Reichsbürgerthesen“ auch „im neonazistischen Spektrum und im Spektrum der Holocaustleugner für gut befunden und um antisemitische Konstrukte ergänzt“, so die Bundesregierung. Deshalb würden „zu Hinweisen auf mögliche Gefährdungen im Umfeld der ‚Reichsbürgerszene‘ ein regelmäßiger Erkenntnisaustausch mit den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden“ erfolgen. Nach dem Polizistenmord dürften diese Maßnahmen erheblich verstärkt werden. *Jan Heitmann*

Jan Heitmann:

Keine Zensur!

Deutscher Presserat – das klingt wichtig und würdig, fast so wie Verfassungsgericht, Rechnungshof und Bundesrat. Dabei ist er nichts weiter als eine Ansammlung von selbstgefälligen Bevormundungsaktivisten. Das war nicht immer so. Der Presserat wurde 1956 von Verleger- und Journalistenverbänden gegründet, um durch freiwillige Selbstkontrolle eine Kontrolle der Medien durch staatliche Aufsichtsstellen zu verhindern. Dazu hat er mit dem Pressekodex journalistisch-ethische Verhaltensregeln erlassen. Mittlerweile hat sich der Presserat jedoch von einem Gremium zur Überwachung der journalistischen Ethik zu einer Institution der übertriebenen Selbstzensur der Medien gewandelt. Das gilt insbesondere im Bereich der Kriminalberichterstattung. Hier setzt der Presserat alles daran, eine wahrheitsgemäße Berichterstattung unter Nennung der Nationalität und Herkunft von Tätern zu unterbinden. Da bagatellisieren die Mitglieder von dessen Beschwerdeausschuss auch schon mal in verabscheuungswürdiger Weise den grausamen Mord an einer 16-Jährigen, um eine öffentliche Rüge der „Bild“ rechtfertigen zu können (siehe *PAZ* 24/2015).

Jüngstes Opfer der selbsternannten Hüter der Presse-Ethik ist die konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). Sie bekam eine „Missbilligung“ zugestellt, weil sie im Mai wahrheitsgemäß über zwei schwere Straftaten berichtet und dabei nicht unerwähnt gelassen hatte, dass es sich bei den mutmaßlichen Tätern um einen Afghanen und bereits polizeibekannten Asylbewerber handelte. Außerdem erfuhren die Leser, dass der Steuerzahler für eine spezielle Heilbehandlung des Mannes innerhalb weniger Wochen 24000 Euro hatte zahlen müssen. Damit hat die JF nach Überzeugung des Presserates „die presseethischen Grundsätze verletzt“. Nicht ohne gerechtfertigte Süffisanz ist die JF-Redaktion der Bitte des Presserates nachgekommen, über dessen Missbilligung zu berichten. Zugleich hat sie aber klargestellt, dass sie sich nicht mundtot machen lassen, sondern auch in Zukunft die Nationalität und Herkunft ausländischer Straftäter nennen werde. Die *PAZ* hält das selbstverständlich ebenso.

Die *PAZ*-Redaktion gratuliert ihren Berliner Kollegen. Zu ihrem standhaften Eintreten für die Pressefreiheit, aber auch zu der Post vom Presserat an sich. Denn wenn Journalisten von dessen „politisch korrekten“ Zensoren für einwandfreie Arbeit und wahrheitsgemäße Berichterstattung kritisiert werden, dürfen sie das durchaus als Auszeichnung verstehen.

MELDUNGEN

Wieder deutsche Gemeinde in Prag

Prag – Der Orden der Redemptoristen, die einst von Böhmen aus die Kirche Europas erneuerten, hat jetzt auch in Böhmen wieder ein deutsches katholisches Kirchenwesen aufgebaut. Seit Anfang der 1990er Jahre fanden sich deutschsprachige Katholiken zusammen, um in der Kirche des Augustinerordens in Prag regelmäßige Sonntagsgottesdienste zu feiern. Dazu gehörten tschechische Katholiken mit deutscher Muttersprache und auch Angehörige aus dem böhmischen Adel. Längst trifft man sich nicht mehr in der Augustinerkirche, sondern hat mit Sankt Johannes Nepomuk am Felsen ein eigenes Gotteshaus in der Prager Neustadt bezogen. Nicht nur für die Gemeindemitglieder ist es eine fixe Adresse, sondern auch für viele Touristen aus dem deutschsprachigen Raum. Die von den Redemptoristen betreute Prager deutschsprachige katholische Gemeinde ist mit Wirkung vom 1. Oktober zu einer Personalpfarrei erhoben worden. Der bisherige Gemeindeseelsorger, Martin Leitgöb von den österreichischen Redemptoristen, wurde zum Pfarradministrator ernannt. Beim Erntedankgottesdienst am 2. Oktober wurde die Pfarrerhebung von der Gemeinde und vielen Gästen festlich gefeiert. Am Gottesdienst nahmen auch Mitglieder der „Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien“ teil. Diese ist das öffentliche Vertretungsorgan der deutschen Minderheit in der Republik Tschechien. Die große Feier zur Pfarrerhebung wird am zweiten Adventssonntag stattfinden. Für den Gottesdienst an diesem Tag haben bereits der Prager Erzbischof Dominik Duka sowie der deutsche und der österreichische Botschafter ihr Kommen zugesagt. Die Erhebung zur Pfarrgemeinde war Duka ein persönliches Anliegen. Er begründete den Schritt einerseits mit der Stabilität der Gemeinde seit einem Vierteljahrhundert und mit ihrem zahlenmäßigen Wachstum, andererseits aber auch mit der Tradition deutschsprachiger Kultur in der tschechischen Metropole. *B.B.*

Durchsuchung bei AfD-Juristen

Freiburg – Die Polizei hat die Wohnung und die Kanzleiräume des AfD-Politikers Dubravko Mandic durchsucht und seinen Laptop beschlagnahmt. Anlass für die Durchsuchung ware ein Strafantrag der Grünen-Bundestagsabgeordneten Claudia Roth, Cem Özdemir und Anton Hofreiter sowie des schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten Ralf Stegner und des ehemaligen Außenministers Joseph Fischer. Sie werfen Mandic vor, von ihm beleidigt worden zu sein. Dieser hatte vor rund einem Jahr eine inzwischen gelöschte polemisch-satirisch überspitzte Kritik an den Anzeigenden über sein privates Facebook-Profil veröffentlicht, indem er mittels einer Fotomontage die Gesichter der Angeklagten im NS-Hauptkriegsverbrecherprozess durch die Gesichter heutiger Politiker ersetzt hatte. Der Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg verurteilt die Durchsuchung als „rein politische Willkürjustiz nach dem Vorbild von Hinterhofdespoten wie Erdogan, um die politische Opposition in Deutschland auszuschalten“. Mandic erklärte, selbst, wenn der Vorwurf der Beleidigung zuträfe, es war nicht täte, wäre eine Hausdurchsuchung deswegen vollkommen unverhältnismäßig. Der Jurist Mandic ist Vizechef des baden-württembergischen Landesschiedsgerichts der AfD. *J.H.*

Christen-Hatz im Mittelmeer

Unter die Asylsucher und Schleuser mischen sich immer mehr gewalttätige Salafisten



Opfer skrupelloser Menschenhändler: Unter den angespülten Leichen, wie hier in Libyien, befinden sich immer häufiger Christen Bild: Getty

Immer mehr radikale Moslems setzten auch auf ihrer sogenannten Flucht ihren Kampf gegen Ungläubige fort. Dabei schrecken sie auch nicht davor zurück, Menschen im Meer zu ertränken.

In der spanischen Stadt Almeria steht der muslimische Kapitän eines „Flüchtlings“-Bootes vor einem Geschworenengericht. Er soll vor zwei Jahren bei der Überfahrt von Marokko als Schleuser sechs Christen ins Meer geworfen haben. Alle ertranken. 57 Flüchtlinge aus Afrika hatte der Kameruner Kapitän Alain N. B. an Bord, als er im Dezember 2014 mit seinem nur zehn Meter langen Schlauchboot das Mittelmeer überquerte. Als das Wetter schlechter wurde, begann laut Zeugenaussagen ein christlicher Priester aus Nigeria zu beten. Vier Zeugen bestätigen, dass Alain N. B. sowie sein Steuermann mit einem Holzbalken auf den Priester eindroschen und ihn über Bord warfen. Dann suchten die beiden die Passagiere nach christlichen Symbolen wie Kreuzen oder Amuletten ab. Die dadurch identifizierten fünf Christen wurden beschimpft, traktiert und ebenfalls über Bord geworfen und fanden den Tod. Dem Kapitän sei bewusst gewesen, dass die Opfer aufgrund der Kälte oder ihrer Verletzungen nicht überleben würden. Wegen der stürmischen See ertranken auf der Weiterfahrt weitere Asylsucher, darunter sieben Babys. Am 5. Dezember fanden spanische Rettungskräfte 29 muslimische Überlebende, die drei Tage auf dem Meer getrieben hatten. Von den 57 Passagieren ertranken im Laufe der Fahrt weitere 22, darunter auch sieben Kinder. Nur vier von den Überlebenden waren bereit, gegen den Kapitän auszusagen, der daraufhin verhaftet wurde. Der spanische Staatsanwalt plädiert wegen religiös motivierten Mordes auf sechs Mal 15 Jahre Gefängnis. Alain N. B. bestreitet vor Gericht, Menschen über Bord geworfen zu haben. Er sagt: „Ich habe ein reines Gewissen.“

Eine ähnliche religiös bedingte Christenverfolgung gab es im April 2015 vor der italienischen Küste. Damals nahm die Polizei in Palermo 15 muslimische „Flüchtlinge“ fest, die auf ihrer Fahrt über das Mittelmeer kurz vor der Küste Italiens offenbar zwölf christliche Passagiere ins Meer geworfen hatten, weil diese angefangen hatten zu beten. Zeugen zufolge sollen die Muslime, die aus Mali, dem Senegal und der Elfenbeinküste stammten, aus religiösem Hass gehandelt haben. Eine Gruppe von weiteren christlichen Passagieren, die die Täter später anzeigten, konnte nur überleben, weil sie eine Menschenkette gegen die Angreifer gebildet hatten.

Die große Wanderungsbewegung der letzten Jahre begann seltsamerweise nicht mit dem Ausbruch der Bürgerkriege im Nahen Osten und in Westafrika, diese hatten schon sehr viel früher begonnen. Erst das Erstarken des radikalen gewaltbereiten Salafismus und des Dschihadismus, mit dem auch der Aufstieg der islamistischen Terrororganisationen IS und Boko Haram zusammenfällt, hat die Wanderungsbewegung anschwellen lassen. Die zwei angezeigten Fälle scheinen dabei nur die Spitze des Eisberges zu sein. Wo es keine Zeugen mehr gibt, gibt es keine Anzeigen und somit auch keine Taten mehr. *Bodo Bost*

Droht eine „dritte Vertreibung“?

Schleichende »Internationalisierung« der Arbeit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gibt Grund zur Sorge

Nach dem mehr oder weniger erzwungenen Rücktritt des verdienstvollen Gründungsdirektors Manfred Kittel sowie monatelangen, unsäglichen, die deutschen Heimatvertriebenen beleidigenden Querelen, wurde auf Vorschlag von Kulturstaatsministerin Monika Grütters zum 1. April eine neue Leitung der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. gewählt. Es handelt sich um die frühere Direktorin des Alliiertenmuseums in Berlin, die Historikerin und Kulturmanagerin Gundula Bavendamm. Wie sich die Arbeit der Stiftung unter deren Führung gestalten wird, bleibt abzuwarten. Viel hat man von Bavendamm bisher nicht gehört. Dies mag natürlich, das sei zu ihren Gunsten angenommen, nicht zuletzt auch an den Medien liegen, die sich bekanntermaßen mit der Vertreibung der Deutschen nicht allzu gerne beschäftigen.

Das Richtfest am Deutschlandhaus in Berlin, dem zukünftigen Sitz der Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung, sowie die Berufung der neuen Mitglieder des Wissenschaftlichen Beraterkreises der Stiftung sind Meilensteine auf dem Weg zur Stätte der Dokumentation und Erinnerung. Dennoch besteht auf Grund der Vorgänge um die Bundesstiftung weiter die Gefahr, dass nach der realen Vertreibung von annähernd 15 Millionen Ost- und Sudetendeutschen sowie der Deutschen aus dem südosteuropäischen Raum vor nunmehr 70 Jahren, bei der etwa 2,8 Millionen Tote zu beklagen sind, gefolgt von ihrer in den 1960er Jahren beginnenden Vertreibung aus der deutschen Politik, wie Manfred Kittel in seiner Schrift „Vertreibung der Vertriebenen?“ eindrucksvoll darlegt, nunmehr zu ihrer dritten Vertreibung, nämlich der aus der Geschichte und Erinnerung kommt.

Denn die „Ablösung“ Kittels als Direktor der Stiftung war nicht nur eine reine Personalie, sondern eher eine Richtungsentscheidung darüber, wie denn der Vertreibung der Deutschen zu gedenken sei. Dabei ist die schleichende „Internationalisierung“ der Stiftungsarbeit, die in Wirklichkeit auf eine Relativierung und Verharmlosung der Verbrechen an den deutschen Vertriebenen hinausläuft, für die Betroffenen besonders verletzend. Diese „Internationalisierung“ erfuhr ja bereits der Gedenktag für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung, den man am 20. Juni 2015 erstmals landesweit beging. Wurde er doch von der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD an den Weltflüchtlingstag gekoppelt, den die UN-Generalversammlung vor 16 Jahren beschlossen hatte. Die Vertriebenen empfinden es als blanken Hohn, wenn etwa Tschechen und Polen ein Vetorecht darüber eingeräumt wird, wie man ihrer Austreibung zu gedenken hat. Hier haben einzig und allein die Exklusivität und der Vorrang der Erinnerung der deutschen Heimatvertriebenen zu gelten, die in der eigenen Erfahrung und im erlittenen Leid begründet sind.

Nichtvertriebene wollen am liebsten verdrängen

Dafür bringen allerdings die meisten nichtvertriebenen Deutschen nur ein geringes oder gar kein Verständnis auf. Im Einklang mit den Vertreiberstaaten Polen und der Tschechischen Republik scheint für sie der Hauptzweck der Stiftung darin zu bestehen, die deutschen Vertriebenen als selbstverschuldete Opfer vorzuführen.

Zu erinnern ist hier an die Entstehung der von Anfang an umstrittenen Bundesstiftung. Dass es überhaupt zu ihrer Gründung kam, ist in erster Linie der damaligen Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, und dem viel zu früh verstorbenen SPD-Politiker Peter Glotz zu verdanken. Insbesondere Erika Steinbach sah sich wegen ihres Engagements für die Stiftung immer wieder heftigsten Angriffen ausgesetzt, nicht nur aus den Vertreiberstaaten, sondern auch von nichtvertriebenen Deutschen. Möchten doch Letztere, der Verdacht drängt sich auf, nur ungern daran erinnert werden, dass die Hauptlast für die Untaten der Nationalsozialisten den Vertriebenen aufgebürdet wurde und ein einigermaßen gerechter „Lastenausgleich“ zwischen vertriebenen und nichtvertriebenen Deutschen weder in ideeller noch in materieller Hinsicht stattgefunden hat. Dabei waren die deutschen Heimatvertriebenen nicht schuldiger am Aufstieg und an den Verbrechen der Nationalsozialisten als die übrigen Deutschen. Im Gegenteil: Bayern war die Keimzelle der Nazis, nicht das Sudetenland; München, wo auch Hitler zur politischen Größe avancierte, die „Hauptstadt der Bewegung“, nicht Königsberg; Nürnberg die „Stadt der Reichsparteitage“, nicht Eger.

Die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung sollte deshalb auch die Deutschen, die das Glück hatten, in der Heimat bleiben zu können, stetig an das gemahnen, was sie nicht zu erdulden hatten: Entrechtung, Enteignung, Zwangsarbeit, Vertreibung sowie daran anschließend entwürdigende Behandlung in der Zwangsheimat Restdeutschland. Gelingt das nicht, dann legt die Stiftung den Keim für eine erneute, die dritte Vertreibung der deutschen Heimatvertriebenen und macht sie damit ein weiteres Mal zu Opfern.

Walter Kreul

(siehe auch Seite 3)

Investition in Korruption und Betrug

Wer versucht, Fluchtursachen zu bekämpfen, produziert nicht weniger, sondern eher mehr Zuwanderer

Kein Interview, keine Rede keine Stellungsnahme zum Thema Asylbewerberflut, ohne dass Politiker von der „Fluchtursachenbekämpfung“ sprechen. Studien belegen unterdessen, dass sie ein völlig aussichtsloses Unterfangen ist und möglicherweise sogar das Gegenteil bewirkt.

Endlich! Die Welt wird eine bessere werden. Deutschlands verantwortliche Politiker sind angetreten, alles Missliche, was Menschen in die Frerne treiben könnte, zu eliminieren. Die afrikanische Sahelzone wird zum Industriepark aufgerüstet. Das irakische Schulsystem wird – mit germanisiertem Bildungsplan – nur noch Nobelpreisträger hervorbringen und die afghanischen Taliban werden – dank deutscher Antiaggressionstrainer – den Buddhismus für sich entdecken. Zweifel? Wo ist das Problem? Eine Nation, die ein automobiles Wunderwerk wie einen S-Klasse-Mercedes vom Band laufen lässt und die sagenhafte viermal Fußballweltmeister wurde, wird doch wohl auch die Heimat von zwei, drei Milliarden Menschen aufhübschen können.

Unverdrossen behauptet dies jedenfalls die Politprominenz von CDU und SPD. Grüne und Linke haben ebenfalls ihre Kämpferherzen entdeckt. Armut, Perspektivlosigkeit, Diskriminierung und Krieg wollen auch sie im weltweiten Maßstab ausmerzen. Ihr Kampfgeschrei klingt laut und siegessicher. Das Vorhaben selbst ist allerdings schon gescheitert, bevor es richtig begonnen hat. Drei Punkte machen es unmöglich.

Punkt Eins: Seit mehr als 50 Jahren betreiben die Industrienationen Entwicklungshilfe. In dieser Zeit sind allein 900 Milliarden Dollar nach Schwarzafrika geflossen. Länder wie Somalia oder Burundi leben zu fast 80 Prozent davon. In mehr als 200 Studien untersuchten Wissenschaftler unterdessen, ob Entwicklungshilfe die Wirtschaft in den Empfängernationen nachhaltig ankurbelt. Nicht eine einzige konnte dies aussagekräftig belegen. Zwar hat sich die Armut auf der Welt in den letzten Jahren verringert. Dies ist aber vor allem dem – nicht auf Entwicklungshilfe zurückzuführenden – Wirtschaftswachstum in Indien und China zu verdanken. Seit 1980 hat sich das Durchschnittseinkommen in China um 2200 Prozent gesteigert, in Indien immerhin um 440 Prozent. Somalia und Burundi verharren dagegen seit Jahrzehnten in bitterster Armut.

Ein anderes Beispiel: 500 Milliarden Dollar hat der Westen in den letzten 14 Jahren in Afghanistan investiert. Nach anderen Schätzungen war es sogar eine Billiarde. Gleich welche Summe zugrundegelegt wird, kein anderes Land der Erde wurde im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl – es sind 32 Millionen – derart generös bedacht. Jobwunder und Wirtschaftsboom blieben dennoch aus. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 70 Prozent. Als wichtigstes Exportgut gilt Opium beziehungsweise Heroin.

> Nicht eine Studie belegt den Nutzen von Entwicklungshilfe

Unschwer lässt sich für Afghanistan aber auch viele andere Länder feststellen: Wer die Entwicklungshilfe steigert, um Fluchtursachen zu beseitigen, wird nicht in wachsenden Wohlstand, sondern in Misswirtschaft, Betrug und Korruption investieren.

Es ist nicht ohne Tragik, dass man über diesen Effekt beinahe froh sein muss. Punkt Zwei macht deutlich warum: Steigt der Lebensstandard in einem armen Land, fördert dies nicht die Heimatliebe, sondern das Fernweh. Denn das nötige Geld zum Auswandern steht nun mehr Menschen zur Verfügung. Es sind auch derzeit nicht die allerärmsten, die sich gen Europa aufmachen. Nur vergleichsweise begüterte Afrikaner, Araber oder Asiaten können sich die Reisekosten leisten. Noch viel mehr Menschen in ihren Heimatländern würden gerne ihr Glück in der Fremde suchen, können sich aber kaum eine Busfahrkarte in die nächste Stadt leisten.

„Würde man das Verhältnis zwischen Einkommen und Migration in einer Grafik darstellen, hätte man ein umgedrehtes U“, erklärt Joachim von Braun, Direktor des Bonner Zentrums für Entwicklungsforschung. Die Auswanderung steige mit dem Wachsen des Wohlstands zunächst an. Erst wenn das Pro-Kopf-Einkommen bei relativ hohen 7000 US-Dollar liege, würde sie wieder sinken. Die Volksrepublik China ist beispielsweise auf diesem Niveau. Dutzende andere Länder auf der Erde liegen weit darunter.

Geht es nach Angela Merkel und ihren selbsternannten „Fluchtursachenbekämpfern“, stellen sich auch die örtlichen Machthaber den Wanderungsbewegungen entgegen. Verschämt verschwiegen werden in Europa meist die millionenschweren Hilfsleistungen für Grenzschutzmaßnahmen, die Ländern wie Niger oder Mali zuteilwerden. Natürlich nehmen Potentaten wie Nigers Präsident Mahamadou Issoufou die Summen gerne an. Zehn Millionen Euro versprach ihm Angela Merkel auf ihrer jüngsten Afrika-Reise allein für die Verbesserung der militärischen Infrastruktur. Insgesamt wird Niger – das ärmste Land der Welt – in den nächsten fünf Jahren weit über 100 Millionen Euro aus Deutschland erhalten.

Ein wirkliches Interesse daran, ihrer Bevölkerung die Emigration auszureden, dürften Issoufou und Kollegen trotzdem nicht haben, denn die Landsleute in der Fremde sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Genau das ist Grund Nummer Drei, warum jeder Versuch, Fluchtursachen zu eliminieren, scheitern wird. Über 30 Milliarden Dollar überweisen allein die Afrikaner, die in den Industrienationen arbeiten, jährlich in ihre Heimatländer. In Liberia und Lesotho beispielsweise machen diese Gelder etwa 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Welcher Staatsmann würde auf einen derartigen Geldfluss für sein Land verzichten?

Nigers Staatspräsident Issoufou ließ es sich natürlich trotzdem nicht nehmen, von der deutschen Kanzlerin statt der zugesagten rund 100 Millionen Euro gleich eine ganze Milliarde zu fordern. *Frank Horns*

(siehe dazu auch den Kommentar auf Seite 8)



Erst die Küsschen, dann die Millionen: Angela Merkel bei Nigers Staatschef Issoufou Bild: pa

MELDUNGEN

Haft wegen Facebook-Eintrag

Würzburg – Das Landgericht Würzburg hat einen Mann in einer Berufungsverhandlung für ein Jahr und sechs Monate hinter Gitter geschickt, weil er 2014 bei Facebook gegen Flüchtlinge, Ausländer und Juden gehetzt und zu Gewalt und Mord aufgerufen haben soll. Nach Angaben eines Gerichtssprechers rechnete die Kammer dem Mann positiv an, dass er die Nachrichten inzwischen bereue. Grund für das relativ hohe Strafmaß sei einerseits das lange Vorstrafenregister des Angeklagten. Zum anderen habe das Gericht auch die bundesweit deutlich gestiegene Zahl und Bedeutung von Hetze im Internet berücksichtigt. Das drastische Urteil solle potenzielle Täter abschrecken. *J.H.*



Bundeswehr schrumpft weiter

Berlin – Die Zahl der Bundeswehrsoldaten ist weiter gesunken. Derzeit liegt die Truppenstärke bei 176 162, davon sind 167 752 Berufs- und Zeitsoldaten und 8410 Freiwillig Wehrdienstleistende. Die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten ist damit zwar geringfügig gestiegen, sie liegt aber noch weit entfernt von der noch für dieses Jahr angestrebten Zielgröße von 170 000. Die Gesamtzahl verteilt sich wie folgt: Bundesministerium der Verteidigung: 956, diesem unmittelbar nachgeordnete Dienststellen: 1438, Streitkräftebasis: 40 826, Zentraler Sanitätsdienst: 19 479, Heer: 60 083, Luftwaffe: 27 859, Marine: 15 763, Bereich Infrastruktur, Umweltschutz, Dienstleistungen: 945, Bereich Ausrüstung, Informationstechnik, Nutzung: 1771, Bereich Personal: 7042, davon 4320 Studenten an den beiden Bundeswehruniversitäten in Hamburg und München. 19 627 der Bundeswehrsoldaten sind weiblich. *J.H.*

Breite Expertise gesichert

Bundesstiftung beruft Wissenschaftlichen Beraterkreis

Der Stiftungsrat der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) hat unter Vorsitz von Kulturstaatsministerin Monika Grütters zwölf Experten aus Deutschland, Großbritannien, Österreich, der Schweiz, Tschechien und den USA in den Wissenschaftlichen Beraterkreis der Stiftung berufen. Der Wissenschaftliche Beraterkreis begleitet die Arbeit der Stiftung in fachlichen Fragen. Die weitgespannten Forschungs- und Arbeitsgebiete der neuen Mitglieder gewährleisten einen interdisziplinären Dialog zwischen Geschichtswissenschaft mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, Völkerrecht, Geschichtsdidaktik, Museums- und Ausstellungswesen, Migrationsforschung, Erinnerungskultur bis hin zu Literaturwissenschaft und Belletristik. Dabei wird der Bogen über historische bis hin zu gegenwartsbezogenen Fragestellungen gespannt.

Kulturstaatsministerin Grütters sieht die Stiftung auf einem guten Weg: „Mit der Berufung der neuen Direktorin Gundula Bavendamm Anfang des Jahres sowie dem Richtfest und der Ernennung des neuen Wissenschaftlichen Beraterkreises sind 2016 wichtige Schritte gelungen, um das Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung zum Erfolg zu führen.“ Der Stiftungsrat habe einhellig das breite intellektuelle Spektrum des Beraterkreises gewürdigt. Sie bedaure allerdings, dass trotz ausgiebiger Bemühungen, die fortgesetzt würden, bisher kein Vertreter aus Polen gewonnen werden konnte, was sicher auch der gegenwärtigen politischen Lage dort geschuldet sei. Grütters zeigte sich aber fest davon überzeugt, dass die Realisierung des Dokumentationszentrums in Berlin durch den neuen Beraterkreis entscheidende Impulse erhalten werde.

> Begleitung der Stiftungsarbeit in fachlichen Fragen

Auch Stiftungsdirektorin Bavendamm zeigt sich über die Ernennung des Beraterkreises erfreut: „Es ist uns gelungen, zwölf exzellente Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Fachdisziplinen für die Mitarbeit im Wissenschaftlichen Beraterkreis zu gewinnen. Mit Experten aus sechs Ländern ist das Gremium ebenfalls durch eine hohe Internationalität gekennzeichnet, die dem Stiftungsauftrag und den kommenden Aufgaben Rechnung trägt.“

Die neu ernannten Mitglieder des Beraterkreises sind Peter Becher vom Adalbert-Stifter-Verein in München, Mathias Beer vom Institut für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen, Simone Eick vom Deutschen Auswandererhaus in Bremerhaven, Monika Fenn vom Historischen Institut der Universität Potsdam, Mary Fulbrook vom University College London, Hans-Lukas Kieser vom Historischen Seminar der Universität Zürich, der Preußenexperte Frank-Lothar Kroll von der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz, Stephan Lehnstaedt vom Touro College Berlin, Ondrej Matejka vom Institut für die Erforschung totalitärer Regime in Prag, Norman Naimark vom Department of History der Stanford University, Jochen Oltmer vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück und Miloš Vec vom Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Universität Wien. *J.H.*

(siehe auch Seite 2)

Linkes Weltbild zerstört

Raubzüge von Asylsuchern in Leipziger »Kulturzentrum«

Das „Conne Island“ im Leipziger Stadtteil Connewitz, der als linke Hochburg gilt, ist ein alternatives Kulturzentrum und neben der „Roten Flora“ in Hamburg eines der bedeutendsten linken Zentren der Republik. Der „Eiskeller“, wie er in der Szene genannt wird, hat eine Nähe zur Hausbesetzerszene. Gern beteiligt man sich als „Autonome“ an Demonstrationen oder auch radikaleren Formen des Protestes. Regelmäßig liefern sich in Connewitz linke und rechte Krawallmacher wahre Schlachten. Seit Beginn der sogenannten Flüchtlingswelle im letzten Jahr macht das „Conne Island“ jedoch eher ungewöhnliche Schlagzeilen: Es geht um Diebstahl, Körperverletzung, Antanzen, sexuelle Belästigung bis hin zu Begrabschen sowie Angriffen auf das Sicherheitspersonal, ausgeführt zumeist durch Nordafrikaner. Die staatskritischen Linksradikalen, die sonst eher selber auf die Polizei losgehen und auf dem Dach des Gebäudes die Parole „Kill Cops“ angebracht haben, mussten jetzt immer öfter die Staatsmacht zu Hilfe rufen, weil die ehrenamtlichen Sicherheitsleute überfordert waren. Frauen fühlten sich zunehmend unwohler oder blieben ganz weg, die Besucherzahlen brachen ein.

Die Übergriffe gingen so weit, dass sich das linke Kollektiv gezwungen sah, mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit zu gehen. In diesem Schreiben mit dem Titel „Ein Schritt vor, zwei zurück“, das wie ein etwas verlorener Hilferuf wirkt, bezichtigen sich die Autoren ohne das sonst übliche Pathos selbst der Naivität, sich der „Welle der Willkommenskultur“ bedenkenlos angeschlossen zu haben. Man spricht sogar vom Scheitern des eigenen Anspruchs: „Die stark autoritär und patriarchal geprägte Sozialisation in einigen Herkunftsländern Geflüchteter und die Freizügigkeit der westlichen (Feier-)Kultur bilden auch bei uns mitunter eine explosive Mischung“, gibt man zu.

> Die Szene reagiert verstört und hilflos

Dabei wollten die linken Aktivisten auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise besonders vorbildlich sein. Das Kulturzentrum erfand sogar ein eigenes Förderinstrument für die Zuwanderer: den „Refugee-Fuffziger“. Alle Asylsucher sollten an den Partys und dem Kulturleben des Zentrums teilnehmen können. Als Beitrag mussten sie statt des regulären Eintrittspreises, der um die zehn Euro liegt, nur symbolische 50 Cent zahlen. Dies führte dazu, dass regelmäßig größere Gruppen männlicher Asylsucher das „Conne Island“ besuchten und hier auf Raub- und Beutezüge gingen. Da ein stehlender und grabschender „Flüchtling“ nicht ins politisch korrekte Bild passt, wurden die Probleme mit Ausländern in der alternativen Clubszene zunächst unter den Teppich gekehrt. Es durfte einfach nicht sein, dass auch sie homophob, frauenfeindlich und kriminell sein können.

Im „Conne Island“ wurde jetzt der Sicherheitsdienst verstärkt. Den „Refugee-Fuffziger“ können Asylsucher inzwischen nur noch nutzen, wenn sie sich vorher per E-Mail für eine Veranstaltung anmelden. Außerdem werden nur zehn von ihnen gleichzeitig für eine Veranstaltung zugelassen. Die linke Szene hat erkennen müssen, dass zwischen ihrem eigenen Anspruch und der Realität große Lücken klaffen. *Bodo Bost*

Zeitzeugen



Tim Wu – Der Professor für Recht an der Columbia-Universität in New York brachte 2002 den Begriff „Netzneutralität“ in die Debatte ein. In seinem neuesten Buch beschreibt er, wie offene Informationsnetze mit der Zeit zu stark regulierten Systemen werden, die nur durch drastische Erneuerung aufgebrochen werden.

Alexander Sander – Sander arbeitet als Geschäftsführer des Vereins „Digitale Gesellschaft“ e.V. Er ist einer der Initiatoren der europäischen „Save the Internet“-Kampagne. „Wenn an dem Prinzip der Netzneutralität gerüttelt wird, indem zum Beispiel Spezialdienste, also Überholspuren im Internet, eingeführt werden, dann ist das Internet, so wie wir es kennen, nicht mehr existent. Es wird zu einem Zwei-Klassen-Netz“, sagte er gegenüber „Spiegel Online“.



Günther Oettinger – Der CDU-Politiker ist EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft. Für viele kritische Internetaktivisten ist er ein rotes Tuch. Er hatte Befürworter der Netzneutralität vorgeworfen, sie würden ähnliche Methoden wie die Taliban verwenden. Oettinger unterstützt den forcierten Ausbau des neuen 5G-Netzes, weil er in der neuen Technologie die Möglichkeit für Europa sieht, eine führende Rolle einzunehmen.

Karim Michel Sabbagh – Sabbagh ist Präsident und CEO des in Luxemburg ansässigen Telekommunikationsdienstleisters SES. Das Unternehmen bietet satellitengestützte Kommunikationslösungen an. SES unterstützt das 5G-Manifest der Telekom-Industrie. „SES glaubt an Europas Potenzial, global führend bei 5G zu sein und so wirtschaftliches Wachstum, Nachhaltigkeit, und hochqualifizierte Jobs zu fördern“, sagte er Pressevertretern.



Ben Scott – Der US-Amerikaner gehört zum Vorstand der „Stiftung Neue Verantwortung“; außerdem arbeitet er als Berater für die in Washington ansässige „Stiftung für ein neues Amerika“. Er leitete sechs Jahre lang das Washingtoner Büro der Organisation „Free Press“ und brachte eine erfolgreiche Kampagne für Netzneutralität auf den Weg, die zu einem entsprechenden Gesetz führte.

Freie Fahrt auf der Datenbahn

EU-Gesetz erhält das Internet als öffentlichen Raum und schützt die Meinungsfreiheit

Das Internet spielt als Handelsmedium, aber auch als Träger von Debatten, freiem Meinungsaustausch und Kommunikation über Grenzen hinweg eine wichtige Rolle. Bisher werden im Netz daher alle Datenpakete gleich behandelt, egal woher sie kommen oder wer sie ausgesendet hat und wer der Empfänger ist. Allerdings ist dieses Prinzip der Netzneutralität nicht unumstritten.

Die Anbieter von Internet-Zugängen würden gern zwischen verschiedenen Diensten Unterschiede machen. Außerdem steigen die großen Telekommunikationsunternehmen immer mehr in das Geschäft mit Inhalten ein und können so immer öfter entscheiden, wie schnell oder langsam Daten über ihre Netze geschickt werden. Die Datenautobahn soll noch mehr Mautstationen bekommen. Die Netzneutralität wird so jedoch unterlaufen.

Deren Anhänger haben einen wichtigen Erfolg errungen. Anfang September verkündete die europäische Regulierungsbehörde für Telekommunikation (BEREC) neue Regeln, in denen die Netzneutralität festgeschrieben ist. Umstritten waren die sogenannten Spezialdienste. Ohne Regulierung hätten sie zu kostenpflichtigen Überholspuren werden können. Nun müssen sie für spezifische Anwendungen oder Inhalte ausgelegt sein, und sie dürfen nicht zu Lasten anderer Nutzer gehen. Netzbetreiber müssen also immer für ausreichend Kapazitäten sorgen. Ebenfalls umstritten war das Datenverkehrsmanagement, bei dem die Industrie gern mehr Spielraum gehabt hätte. Die Richtlinien schreiben nun fest, dass Netzbetreiber den Datenverkehr nicht überwachen und mit Blick auf Inhalte, Rechtmäßigkeit oder moralische Konformität bewerten dürfen.

Anbieter möchten Datenverkehr regulieren

Dieser Entscheidung war ein jahrelanger Konflikt vorausgegangen. Im Oktober 2015 hatte das EU-Parlament ein Gesetz verabschiedet, das die Frage der Netzneutralität in Europa verbindlich regeln sollte. In Ländern wie den USA war das bereits früher geschehen. Allerdings überließ es das Parlament der BEREC, die unklaren Formulierungen im Gesetz in präzise Regeln umzusetzen. Das Gremium stellte Anfang Juni seinen Entwurf vor. Außerdem hatten bis zum 30. August alle EU-Bürger die Möglichkeit, ihre Stellungnahme zum Entwurf abzugeben. Initiativen wie „Save the Internet“ traten für die Netzneutralität ein und schafften es, zehntausende von Europäern zu mobilisieren. „Save the Internet“ sammelte eine halbe Million Unterschriften für die Netzneutralität. Die Richtlinien, welche die BEREC nun erlassen hat, tragen den Besorgnissen vieler Bürger Rechnung und haben dazu geführt, dass Europa wie die USA oder Indien eine weitgehend abgesicherte Netzneutralität bekommen hat. Sie sollen, wie es in der Verordnung heißt, „die ‚gleichberechtigte und nichtdiskriminierende Behandlung des Datenverkehrs‘ gewährleisten.

Große Telekommunikationsanbieter und auch der für Digitales zuständige EU-Kommissar Günter Oettinger hatten sich für andere Regelungen eingesetzt. Die großen Konzerne hatten am 7. Juli 2016 in ihrem „5G-Manifest“ die Aufweichung der Netzneutralität gefordert und gedroht, sonst den Ausbau des 5G-Netzes aufzuhalten. „5G“ steht für den kommenden Datenübertragungsstandard im mobilen Internet. Es ist eine Funktechnologie, die riesige Datenmengen sehr schnell befördern kann. Oettinger bedankte sich auf Twitter für das Manifest.

Für die Industrie bieten sich mit der neuen Netzinfrastruktur auch neue Möglichkeiten, Geld zu verdienen. Das ist auch nötig, denn die Preise für Internetzugänge sinken seit Jahren. Zum „5G“-Netz gehören aber auch bessere Kontrollmöglichkeiten für die Diensteanbieter. Die neuen Regeln sorgen nun dafür, dass das Internet ein öffentlicher Raum bleibt. *Friedrich List*



Umkämpfter Markt: Die Neue Netzstruktur bietet den Anbietern neue Möglichkeiten, Geld zu verdienen Bild: Colourbox

Weltweit für die »Rettung des Internets«

Unter dem Motto „Save the Internet“ kooperierten zahlreiche Bürgerinitiativen, um Unterschriften gegen eine Aufweichung der Netzneutralität zu sammeln. Einer der Initiatoren war der Netzaktivist Alexander Sander, Vorsitzender des Vereins „Digitale Gesellschaft“ e. V., der sich für die Grundrechte und den Verbraucherschutz im Internet einsetzt. Diese Kampagne brachte rund 500 000 Unterschriften zusammen. Sie wurde von Bürgerinitiativen aus ganz Europa unterstützt. Sie findet ihre Entsprechung in ähnlichen Kampagnen in Ländern wie den USA oder Indien.

Die gleichnamige Kampagne in den USA konnte ab 2005 rund 800 Unterstützergruppen mobilisieren. Dieses Bündnis war recht breit aufgestellt. Es reichte von linken Initiativen wie „Move On“ bis zur rechtskonservativen „Christian Coalition“. Es war so erfolgreich, dass es einen von der Telekommunikations-Lobby angeregten Gesetzentwurf zu Fall bringen konnte, der die Netzneutralität weitgehend ausgehebelt hätte. Stattdessen brachte US-Präsident Barack Obama ein Gesetz durch den Kongress, das die Netzneutralität festschrieb. Die US-Aufsichtsbehörde FCC (Federal Communications Commission) erließ im Februar 2015 neue Regeln. Sie verbieten es Internetanbietern, legale Dienste, Inhalte und Anwendungen zu blockieren. Die Anbieter dürfen den legalen Netzverkehr nicht drosseln und auch keinen Datenverkehr für eine Gegenleistung bevorzugen.

Bündnis ist breit aufgestellt

In Indien untersagte die Telekommunikationsaufsicht nach über einem Jahr heftiger Diskussionen am 8. Februar 2016, dass Anbieter von Netzzugängen den Zugriff auf spezifische Angebote und Dienste durch preisliche Unterschiede steuern dürfen. Das betrifft auch „Free Basics“-Dienste, die eine Art Schmalspur-Internet bereitstellen. Dem war eine Bürgerbefragung vorausgegangen, an der sich Millionen von Indern beteiligt hatten. *F.L.*

Unvereinbare Interessen

Bis zur Verwirklichung der Netzneutralität war es ein langer Weg

Als die ersten Vorläufer des heutigen Internet konstruiert wurden, waren dezentrale Netze das Ziel, in denen Daten möglichst schnell übertragen werden konnten. Daher gab es keinen zentralen Verteiler, deren Ausfall das Netz lahmlegen würde. Datenströme wurden unabhängig von Inhalt, Herkunft oder Ziel weitergeleitet. Dafür prägte der Internet-Pionier Tim Wu im Jahre 2002 den Begriff der „Netzneutralität“.

Aber viele Telekommunikationsanbieter sähen es lieber, wenn sie den Datenverkehr in Qualitätsklassen einteilen und für jede Klasse gesonderte Tarife berechnen könnten. In Einzelfällen wichen sie stillschweigend vom Prinzip der Netzneutralität ab. Es folgte ein erster politischer Schlagabtausch zwischen den Anhängern der Netzneutralität und den Telekomanbietern. Die Lobbygruppe „Free Press“ beschwerte sich bei der US-amerikanischen Regulierungsbehörde FCC. Dagegen lancierten die Diensteanbieter einen Gesetzesentwurf, der ihnen weitgehende Rechte zur Regulierung des Datenverkehrs gegeben hätte – also schnelle Dienste für die, die sie bezahlen können, minderwertige Basisdienste für den schmalen Geldbeutel und das Blockieren kommerziell uninteressanter oder unliebsamer Inhalte. 2008 machte Barack Obama die Netzneutralität zum Wahlkampf-Thema und konnte damit viele Menschen auf seine Seite ziehen. Denn die Bestrebungen der großen Internet-Provider sahen für viele zu sehr nach einem Anschlag auf die Meinungs- und Pressefreiheit aus.

2010 brachte die Obama-Regierung dann ein Gesetz zur Netzneutralität auf den Weg. Die ist heute im kabelgebundenen Netz vorgeschrieben, nicht jedoch im kabellosen Netz.

Dem US-Beispiel folgend, ging die EU-Kommission daran, die Frage der Netzneutralität zu regeln. Aber das Gesetzesvorhaben der Kommission vom September 2013 wollte Telekombietern erlauben, mit den Anbietern von Inhalten Partnerschaften einzugehen, also sogenannte Überholspuren einzurichten. Das hätte große Medienfirmen bevorzugt, aber viele andere, wie Vereine, Bürgerinitiativen, Schulen, Start-Ups wären plötzlich kaum noch auffindbar gewesen. Das EU-Parlament billigte den Vorschlag im April 2014 nur mit erheblichen Änderungen. Die Netzneutralität wurde nun festgeschrieben, indem etwa Internetzugangs-Dienste netzneutral angeboten werden müssen. Im Oktober 2015 folgte dann ein europäisches Gesetz zur Netzneutralität. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Berlin wächst – ins Chaos

Auf dem Weg zur Dritte-Welt-Metropole? Bevölkerungszunahme überfordert die Stadt



Der öffentliche Raum verkommt: Berliner Straßenszene zwischen den Stadtteilen Reinikkendorf und Gesundbrunnen

Bild: Imago

Die Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zum deutschen Delegationsleiter beim UN-Städtekongress Habitat III und ein kräftiger Anstieg der Bevölkerungszahl sprechen zunächst einmal dafür, dass Berlin vor einer großen Zukunft steht. Tatsächlich droht der deutschen Hauptstadt der Abstieg.

Während viele Kommunen in Deutschland über schrumpfende Bevölkerungszahlen klagen, scheint der Zuzug nach Berlin immer mehr Fahrt aufzunehmen. Nach Daten des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg waren im vergangenen Juni mehr als 3,65 Millionen Menschen in der deutschen Hauptstadt gemeldet.

Bereits vor einiger Zeit konnte die Statistikbehörde bekannt geben, dass Berlin erstmals seit 1944 wieder mehr als 3,5 Millionen Einwohner hat. Laut einer Schätzung des Senats scheint es inzwischen sogar möglich zu sein, dass Berlins Einwohnerzahl bis zum Jahr 2020 in den Bereich der Vier-Millionen-Marke ansteigt.

Sieht man sich die Zuzugsahlen genauer an, wird allerdings deutlich, dass die Metropole kaum von einer innerdeutschen Wanderungsbewegung profitiert. Als Grund für das beschleunigte Bevölkerungswachstum wird stattdessen der Umstand genannt, dass mittlerweile viele „Flüchtlinge“ in die Statistik einfließen. Ins Bild passend bilden inzwischen Syrer – nach Türken, Polen und Italienern – die viertgrößte nichtdeutsche Bevölkerungsgruppe in der Hauptstadt. In der Politik unbestritten ist, dass auf Berlin damit große Herausforderungen zukommen.

Bereits im Vorfeld der Wahlen zum Abgeordnetenhaus im September hatte Berlins SPD-Chef und Bürgermeister Michael Müller als Marschrichtung ausgegeben, die Stadt müsse in vielen Bereichen mitwachsen, „damit das wachsende Berlin menschlich bleibt“. Ob dies tatsächlich gelingt, ist fraglich. So dürfte der größte Teil der Zugezogenen aus Syrien, Afghanistan oder Nordafrika auf dem Arbeitsmarkt keine guten Chancen haben. Schon jetzt klebt an Berlin dauerhaft das Etikett, Deutschlands „Hartz-IV-Hauptstadt“ zu sein.

> Syrer stellen bereits die viertgrößte Ausländergruppe

Laut einer Bertelsmann-Studie leben in Berlin 32,2 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Elternhäusern, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Ebenso brisant sind die Zahlen einer Senatsvorlage der alten rot-schwarzen Koalition. Demnach verfügt jeder siebte Berliner nur über ein monatliches Nettoeinkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze, die in Berlin bei 841 Euro Monatseinkommen liegt. Mit 25,9 Prozent liegt das Armutsrisiko bei Einwanderern zudem deutlich über dem Berliner Durchschnitt.

Erschwerend kommt hinzu, dass Berlin kaum Voraussetzungen mitbringt, eine wachsende Bevölkerungszahl überhaupt zu bewältigen. Die Zustände auf den Bürgerämtern haben bundesweit für Schlagzeilen gesorgt und deutlich gemacht, dass die Verwaltung an der Spree ein Sanierungsfall ist. Der Personalbestand ist derart ausgedünnt, dass es „vielerorts niemanden mehr gibt, der Bauanträge oder Pläne bearbeiten kann“, so die Einschätzung eines kundigen Beobachters.

Der öffentliche Dienst ist dazu auch noch überaltert. Schon bis zum Jahr 2023 werden altersbedingt 27 800 Vollzeitstellen frei, die mit geeigneten Bewerbern neu besetzt werden müssen. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten. Konkurrieren muss das Land nämlich mit dem Bund und Brandenburg, die Beamten deutlich bessere Bedingungen bieten.

Nicht erkennbar ist zudem, wie Berlin die Investitionen in die Infrastruktur stemmen will, die durch steigende Bevölkerungszahlen notwendig werden. Die Stadt hat nicht nur einen Schuldenberg von 59 Milliarden Euro angehäuft, sondern auch einen immensen Sanierungsbedarf an Straßen und Schulen. Skeptisch zu sehen ist daher Müllers Ankündigung, mit „jedem verfügbaren Euro“ innerhalb weniger Jahre den Bau zehntausender preisgünstiger Mietwohnungen zu fördern.

Nicht geringer als die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt ist ein anderes Problem für die Berliner: Sie sind immer stärker von Alltagskriminalität und der Ausbreitung rechtsfreier Räume betroffen. Wie unlängst bekannt wurde, ist die Polizei im Kampf gegen den von Schwarzafrikanern dominierten Drogenhandel im Görlitzer Park weitgehend gescheitert (die *PAZ* berichtete). Wie in dem Park haben sich auch an diversen anderen Brennpunkten arabische und schwarzafrikanische Asylbewerber als feste Größen in der kriminellen Szene der Hauptstadt etabliert.

Alles in allem steht die deutsche Hauptstadt vor einem fatalen Mix an ungelösten Problemen, der Berlin in einen „gescheiterten Staat“ verwandeln könnte, der unverzichtbare Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. Indes ist zu befürchten, dass nicht nur Berlin vor einer derartigen Zukunft steht. Ein unlängst bekannt gewordenes Video des US-Pentagon hat ein sehr düsteres Zukunftsbild von großen urbanen Räumen weltweit gezeichnet. In dem Material der US-Spezialeinheit zur Terrorbekämpfung ist mit Blick auf das künftige Agieren in sogenannten Megacitys die Rede von „Massen von Arbeitslosen“, „kriminellen Netzwerken“ sowie „religiösen und ethnischen Spannungen“. Ein Szenario, das auch Berlin zu drohen scheint. *Norman Hanert*

Der lange Marsch zum Futtertrog

Von Theo Maass

Infolge des katastrophalen Abschneidens der CDU bei der Berlin-Wahl am 27. September strebt die SPD ein rot-rot-grünes Bündnis an. Die Grünen dürften diesmal auch Kernressorts wie Inneres und Verkehr erhalten. Die Berliner werden in den kommenden fünf Jahren zu spüren bekommen, was es heißt, wenn die Grünen mit am Schalthebel sitzen.

Eine der Keimzellen der Grünen liegt in Berlin. Leute wie Ströbele, Schily, Künast oder Kramer kamen von der Alternativen Liste (AL) Berlin, die sich später in den Grünen-Landesverband Berlin umbenannte. 1979 scheiterte sie an der Fünf-Prozent-Hürde, weil eine weitere grüne Liste ihr einen Teil der Wähler abgejagt hatte. Bei den vorgezogenen Neuwahlen am 10. Mai 1981 schaffte die AL dann aber den Einzug ins Landesparlament. Großen Zuspruch erhielt sie von Zugewanderten, die sich der Wehrpflicht entziehen wollten und später an Hausbesetzungen Gefallen fanden.

An eine Regierungsbeteiligung war nicht zu denken. Die SPD war für eine derart linke Politik nicht zu gewinnen. Als sich der linke SPD-Flügel schließlich durchgesetzt hatte, verweigerten die Wähler sich einem derartigen Politexperiment. Berlin wurde somit seit Anfang der 80er Jahre bürgerlich regiert.

Im Frühjahr 1989 änderte sich das. Die FDP flog aus dem Abgeordnetenhaus, und die rechts orientierten Republikaner schafften den Sprung hinein. Die sich so ergebene linke Parlamentsmehrheit nutzte SPD-Spitzenkandidat Walter Momper für eine rot-grüne Regierung. Die Wahlen zum ersten Gesamtberliner Landesparlament am 2. Dezember 1990 ergaben jedoch keine rot-grüne Mehrheit mehr. Mit der PDS war ein weiterer Wettbewerber um linke Wählerstimmen in Berlin aufgetaucht. Berlin wurde seit 1990 von einer Großen Koalition regiert.

Am 16. Juni 2001 stürzte die SPD mit Hilfe der Opposition aus PDS und Grünen den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen von der CDU. Klaus Wowereit wurde neuer Regierungschef eines abermals rot-grünen Senats, der bei den Wahlen am 21. Oktober 2001 aber keine Mehrheit erlangte. Allerdings gab es nun eine Mehrheit aus SPD und PDS. Mit ihrer Hilfe regierte Wowereit weiter. Bei den Wahlen 2006 hätte sich zwar die Möglichkeit eines rot-grünen Bündnisses geboten. Aber Wowereit wollte lieber weiter mit den ganz Linken regieren. 2011 gab es eine ähnliche Enttäuschung. Wowereit koalierte mit der CDU. Hauptgrund war damals die doktrinäre Haltung der Grünen zum Ausbau der Autobahn A 100. Nun sind die früheren Friedens- und Öko-Sachwalter nach langer Wartezeit abermals am Futtertrog der Regierungsbeteiligung angelangt.

Asylpolitik bedroht Sport

Senat verschleppt Räumung und Sanierung von Turnhallen

Die anhaltende Nutzung von Sporthallen zur Unterbringung von Asylbewerbern wird für einige Sportvereine in Berlin zum existenzbedrohenden Problem. Eigentlich sollte bereits zum Start des neuen Schuljahres ein Großteil der als Notunterkünfte genutzten Hallen wieder frei sein. Tatsächlich waren Anfang September nach Angaben der Sozialverwaltung nach wie vor 48 Sporthallen mit rund 5300 Menschen belegt, aktuell werden noch 41 als Unterkünfte genutzt.

Der Landessportbund (LSB) beklagt zudem, dass von den bereits freigeräumten 15 Hallen zudem noch keine einzige saniert und wieder an den Sport zurückgegeben worden sei. Inzwischen geraten einige Vereine dadurch offenbar immer stärker in die Bredouille. Laut LSB-Präsident Klaus Böger haben die Vereine „wahnsinnige Schwierigkeiten, weil sie keine Angebote mehr machen können“. So sind viele Vereine gezwungen, Ausweichquartiere teuer anzumieten. Eingeschränkte Trainingsmöglichkeiten haben jedoch zu massenweisen Austritten geführt. Mit den wegbleibenden Mitgliedern fehlen auch die Einnahmen. In einigen Fällen scheint

> Noch 41 Hallen sind mit Asylsuchern belegt

die finanzielle Lage inzwischen so angespannt, dass sich die Vereine in absehbarer Zeit vor dem Aus sehen.

Zur Kenntnis nehmen muss der Berliner Vereinssport in dieser Lage, dass der Senat zwar sehr flexibel und unbürokratisch handelte, als es darum ging, Turnhallen zweckentfremdet als Asylunterkünfte zu nutzen. Beim Tragen der daraus resultierenden Belastungen regiert nun offenbar aber wieder der träge Amtsschimmel. Noch vom alten rot-schwarzen Senat war allein für das Jahr 2016 Hilfe in Höhe von bis zu einer Million Euro zugesagt worden, damit trotz der Hallen-Beschlagnahmungen weiterhin Vereinssport betrieben werden kann.

Einem Medienbericht zufolge haben bislang allerdings nur sieben Berliner Vereine einen Sockelbeitrag von jeweils 10 000 Euro erhalten. Entstandene Kosten, die über diesen Betrag hinausgehen, will der Senat offenbar erst einmal nachgewiesen bekommen und prüfen. Angesichts der Erfahrungen bei der schleppenden Freiräumung und Sanierung von Sporthallen sind inzwischen Befürchtungen laut geworden, dass sich dieses Verfahren für finanziell angeschlagene Sportvereine als zu langwierig herausstellt, sodass schon bald erste Berliner Sportvereine vor dem Kollaps stehen dürften. *N.H.*

Falsch gemeldet

Hat Politiker Steuermittel erschlichen?

Das Ringen um Wahlkreise treibt unter Politikern seltsame Blüten: Dass sie aus finanziellen oder strategischen Gründen nicht hauptsächlich dort wohnen, wo sie gemeldet sind, stellt eine Straftat dar. Für die Demokratie ist der Schaden weit mehr als ein Meldeverstoß. Die Staatsanwaltschaft wirft nun Peer Jürgens von der Linkspartei Betrug am Wähler vor.

> Vorwurf: Wohnort stimmte gar nicht

Im Jahr 2012 stand bereits der brandenburgische Landtagsabgeordnete Sören Kosanke (SPD) im Visier des Staatsanwalts. Der bis 2011 als Juso-Landeschef aktive Politiker meldete sich drei Tage vor der Kommunalwahl im September 2008 mit Hauptwohnsitz in Teltow an. Unter Politikern gilt der schnelle, mitunter nicht ganz saubere Wechsel als Kavaliersdelikt. Jürgens ging mutmaßlich noch weiter: Er sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, Fahrtkosten falsch abgerechnet und sich Mietzuschüsse über entsprechende Anträge erschlichen zu haben. Auf die hatte er keinen Anspruch, so die Anklage.

Eineinhalb Jahre ermittelte die Staatsanwaltschaft und erhob 2015 Anklage wegen schweren gewerbsmäßigen Betrugs. Ein anonymer Tippgeber verriet, Jürgens habe nicht seinen wahren Hauptwohnsitz angegeben. Der Schaden wird auf 87 000 Euro beziffert, der Tatzeitraum erstreckt sich über zehn Jahre. Diese Summe überwies die Landtagsverwaltung aus Steuermitteln an Jürgens auf dessen Antrag auf Erstattung von Fahrtkosten. Schwerer wiegt der Betrug am Wähler: Laut Anklage kandidierte Jürgens für die Kreistagswahl 2014 mit angeblichem Hauptwohnsitz in Beeskow (Oder-Spree), wohnte aber in Potsdam. *SG*

AfD-Politiker ohne Büro

Mehrere Wochen, nachdem Gunnar Lindemann bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ein Direktmandat gewonnen hat, steht der AfD-Politiker vor einem Problem. Auf seiner Facebook-Seite hat er darauf aufmerksam gemacht, dass er noch niemanden gefunden habe, der ihm ein Büro für seine Arbeit im Wahlkreis vermieten will: „Leider haben wir feststellen müssen, dass viele Vermieter nicht an demokratisch gewählte AfD-Abgeordnete vermieten möchten.“ Lindemann sucht nach eigenen Angaben ein Büro „etwa 30 bis 60 Quadratmeter groß. Nicht ebenerdig und kein Ladenlokal". Nach eigenen Angaben hat er mehrere Immobilien angefragt, allerdings keine Antwort erhalten. Am 18. September hatte Lindemann bei der Abgeordnetenhauswahl im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf 1 mit einem Stimmanteil von 30,6 Prozent eines der fünf Direktmandate für die Berliner AfD errungen. *N.H.*

MELDUNGEN

Burger für den Papst

Rom – Trotz des Protests von Kurienkardinälen hält der Vatikan an der geplanten Eröffnung einer McDonald's-Filiale am Petersplatz fest. Die Vermietung der Räumlichkeiten erfolge „im Einklang mit den Gesetzen, mit der Tradition und den Interessen des Heiligen Stuhls". Er sehe „nichts Negatives" darin. Es habe eine Verhandlung über die Miete gegeben und die Immobilienverwaltung halte das Angebot der US-Gruppe für fair. Für den Vatikan gebe es „nur Vorteile", betont Kardinal Domenico Calcagno, Präsident der Güterverwaltung des Vatikan. Das neue Restaurant mit Ausblick auf den Apostolischen Palast soll sich über 538 Quadratmeter erstrecken. *J.H.*

Zensur in Großbritannien

London – Die National Westminster Bank hat auf Anweisung ihrer Muttergesellschaft Royal Bank of Scotland dem russischen Nachrichtensender Russia Today die britischen Konten gekündigt. In einem Schreiben heißt es, es sei eine „Durchsicht der Konten und Geldarrangements" durchgeführt worden, die zu der Schlussfolgerung geführt habe, „diesen Service für Russia Today nicht länger anzubieten". Das Geld würde eingefroren, einen Einspruch oder eine Diskussion darüber dulde man nicht. Hinter der Aktion könnte der erste Schritt des von den USA angekündigten Propagandakrieges gegen Russland stecken. Dabei ist ihnen Großbritannien der engste Verbündete. Am selben Tag wurde die Internetverbindung des Gründers der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Julian Assange, lahmgelegt. Dieser befindet sich seit Jahren aus Furcht vor Verhaftung in der ekuadorianischen Botschaft in London. WikiLeaks gab bekannt, die Verbindung sei „von einer staatlichen Partei" absichtlich gekappt worden. *J.H.*

Der vergessene Krieg

Neben den USA und Saudi-Arabien gibt es mit dem Iran jetzt einen weiteren Akteur im Jemen-Konflikt

Im Jemen, im vergessenen Krieg, ist es zu einer gefährlichen Zuspitzung gekommen. Der Iran hat zwei Kriegsschiffe in den Golf von Aden gesandt und zeigt damit militärische Präsenz in einem Seegebiet, das bislang von der US-Marine kontrolliert wird. Dem war ein Schlagabtausch vorangegangen, dessen Hintergrund noch nicht völlig geklärt ist.

Am 10. Oktober wurden auf den amerikanischen Lenkraketenzerstörer „USS Mason" von Land aus zwei Raketen abgefeuert, die indes keinen Schaden anrichteten. Ein US-amerikanischer Armeesprecher wartete umgehend mit der Schuldzuweisung auf, die Raketen seien von dem Gebiet abgefeuert worden, das unter der Kontrolle der Huthi-Rebellen steht. Das wird von diesen bestritten, doch sie bestehen auf ihrem Recht auf Selbstverteidigung. Die Huthi kämpfen gegen eine von Saudi-Arabien angeführte Koalition, an der auch die USA beteiligt sind. Die Huthi wiederum, selbst Schiiten, werden vom Iran unterstützt. Von der Seite wurde der Verdacht geäußert, es seien auf die „USS Mason" überhaupt keine Raketen abgefeuert worden, die US-Amerikaner schützten dies bloß vor, um offen in den Jemen-Krieg eingreifen zu können.

Zur Strategie der Koalition gehören nicht nur Luftangriffe und eine Panzerinvasion aus Saudi-Arabien, sondern auch eine Seeblockade, die im wesentlichen von der US-Marine durchgeführt wird. Der Raketenangriff auf die „USS Mason" war wohl ein strategisch wichtiger Versuch, die Blockade zu lockern. Diese führt nämlich dazu, dass weite Teile der Bevölkerung des Jemen ausgehungert werden und Mangel an Brennstoff sowie Medikamenten leiden. Die Maßnahme zielt also unmittelbar auf die Zivilbevölkerung.

Da die beiden Raketen aber ihr Ziel nicht erreichten, wurde drei Tage später eine weitere Rakete auf den Zerstörer abgefeuert und wieder zwei Tage später ein drittes Mal, aber wieder gelang es der Besatzung, den Flugkörper unschädlich zu machen. US-Präsident Barack Obama ordnete daraufhin einen Schlag mit Tomahawk-Marschflugkörpern an, die ihrerseits ins Ziel trafen und drei Radar-Anlagen der Huthi zerstörten. Gestartet waren sie vom US-Zerstörer „USS Nitze".



Während Manövern im Golf von Oman: „USS Mason" wurde mit Raketen beschossen Bild: pa

Trotz dieses militärisch-taktischen Erfolgs der USA gerieten diese in ein politisch-taktisches Dilemma. Fast zur selben Zeit nämlich, als Huthi und US-Marine einander beschossen, flog die saudische Luftwaffe einen Angriff auf das Huthi-Gebiet und tötete 140 Teilnehmer einer Trauerfeier in der Hauptstadt Sanaa, über 500 wurden verletzt. Die Unbedenklichkeit, mit der die Saudis in diesem Krieg vorgehen, legt die Vermutung nahe, dass es sich dabei keineswegs um ein Versehen gehandelt hat.

> Nach außen hin geht Washington auf Distanz zu Riad

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat die Bombardierung des Friedhofs in Sanaa als Kriegsverbrechen bezeichnet. Wörtlich wurde festgestellt: „Nach unrechtmäßigen Angriffen auf Schulen, Märkte, Krankenhäuser, Hochzeiten und Privathäuser während der letzten 19 Monate hat Saudi-Arabien jetzt ein Begräbnis zu der immer längeren Liste von Missbräuchen hinzugefügt." Zudem identifizierte HRW mindestens eine der Bomben von Sanaa als eine GBU-12 Paveway II, eine Präzisionswaffe, welche die USA an die Saudis verkauft hatten.

Die Menschrechtsorganisation wirft also den Saudis mit deren Angriffen auf weiche Ziele eine unverkennbare Systematik vor. Diesen Verdacht scheinen selbst die Verbündeten der Saudis zu haben, die USA, die daraufhin ankündigten, sie würden die Unterstützung der Koalition „überprüfen".

Jedenfalls versucht Washington, wenigstens nach außen hin gegenüber Riad ein wenig auf Distanz zu gehen, weil der Vorwurf offener Kriegsverbrechen des engen Bündnispartners ein schlechtes Licht auf Washington selbst wirft. In der Sache aber bleibt ihre Haltung unverändert. Die USA gestehen den Saudis nach wie vor zu, ein „legitimes Sicherheitsinteresse angesichts der Gewalt im Jemen" zu haben. Diese Darstellung verkennt völlig, dass die Saudis im Jemen einen Angriffskrieg führen und daher an dem „Sicherheitsproblem" selber schuld sind. Auch denkt niemand im Ernst daran, den blühenden Waffenhandel zwischen den USA und Saudi-Arabien in Frage zu stellen.

Davon abgesehen, dass sie seit März 2015 Söldner in den Jemen schicken und die Seeblockade durchführen, sind die USA mit dem Raketen-Zwischenfall erstmals offen in den Jemen-Krieg eingetreten. Dennoch zeigen sich die Huthi selbstbewusst, sie hätten sich nur zur Wehr gesetzt, verlautet von dort, und man warne Washington vor weiteren Angriffen, man werde sein Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen. Vor diesem Hintergrund gewinnt natürlich der Aufmarsch der iranischen Kriegsschiffe noch erheblich an Bedeutung.

Von strategischem Gewicht ist auch der Umstand, dass mittlerweile und völlig unabhängig vom Jemen-Krieg Russland seine Lieferung von S 300-Luftabwehr-Raketen-Komplexen vollzogen hat. Dieser Handel war längst abgeschlossen, wurde aber von Moskau wegen der Sanktionen gegen den Iran ausgesetzt. Nach der Einigung durch den Atom-Vertrag zwischen Teheran und dem Westen schloss Russland nun die Lieferung ab.

Das offene Eintreten der USA in den Jemen-Krieg und die neue Präsenz der Iraner im Konfliktgebiet bergen alle Gefahren einer Erweiterung des Krieges. Im Jemen unterstützen die USA eine Regierung gegen Rebellen, in Syrien tun sie genau das Gegenteil. Was die beiden Fälle verbindet, ist der Wille Washingtons, seinen Einfluss im Nahen Osten zu erweitern und zu stärken.

Florian Stumfall

Kurden spielen neue Herren

Zu leiden haben die einst verbündeten syrischen Christen

Wie im Norden des Irak begann auch im Nordosten Syriens nach Beginn des Aufstandes gegen das Assad-Regime unter kurdischem Schutz ein bescheidenes christliches Leben wieder zu blühen. Allerdings behielten die Regierungstruppen in Qamischli und Hassake, den beiden größten Städten der Region, bis vor kurzem noch einige Kasernen und einen Flughafen. In Hassake, der Provinzhauptstadt, stellen die Christen einen großen Bevölkerungsanteil.

Im Juli 2015 war es den Kurden und den Regierungstruppen Assads gemeinsam gelungen, auch mit Hilfe christlicher Selbstschutzeinheiten den IS aus Teilen der Stadt zu vertreiben. Im August 2016 schließlich konnten die Kurden unter Vermittlung Russlands mit den Regierungstruppen einen Vertrag unterzeichnen, der den Kurden mit Ausnahme des Zentrums die gesamte Stadt überlässt. Damit haben faktisch die Kurden die Kontrolle über eine Stadt gewonnen, in der sie historisch nie eine Mehrheit hatten, denn in Hassake waren Christen, Araber und Kurden etwa gleichstark.

Direkt nach diesem Erfolg dehnten die Kurden ihren Einfluss auf die ganze Stadt aus und führen sich jetzt als die neuen Herren auf. Ihr erstes Ziel war das Viertel der „Sechs Kirchen", wie das Christenviertel in Hassake genannt wird. Hier leben heute mehr Christen als vor dem Bürgerkrieg, denn viele Christen aus dem ländlichen Khabur-Gebiet sind 2014, als das Christental zeitweilig vom IS erobert wurde, nach Hassake geflüchtet. Der syrisch-katholische Erzbischof Jacques Behnan Hindo hat gegenüber der katholischen Nachrichtenagentur „Fides" das Vordringen der Kurden in das Christenviertel kritisiert. Er berichtet von zahlreichen Brandanschlägen und Unterdrückungsmaßnahmen, die seiner Ansicht nach Teil einer gezielten Strategie zur Vertreibung der christlichen Bevölkerung aus der Stadt sind. Auch er selbst sei Opfer eines solchen Einschüchterungsversuchs geworden: Als Milizionäre auf das Fenster seiner Wohnung schossen, verfehlten die Schüsse nur knapp seinen Kopf.

> USA unterstützen die Kurden und vergessen dabei die Christen

Auch der Vorsitzende der Assyrischen Union Saarlouis, Charli Kanoun, dem es im letzten Jahr gelungen war, 21 ehemalige assyrische IS-Geiseln aus der Khabur-Region freizubekommen und im Saarland aufzunehmen, bestätigte der *PAZ* gegenüber, dass viele dieser Geiseln jetzt berichten, dass kurdische Familien ihre Häuser in Besitz genommen hätten. Die einstmals zur Verteidigung der Christen aufgestellte Sutoro-Miliz habe die Verteidigung dieser jetzt zum größten Teil unbewohnten Dörfer aufgegeben.

Die christliche Gemeinschaft in der Region Dschesireh, die historisch eine wichtige Rolle spielte und lange zwischen dem Assad-Regime und den Kurden eine Nische gefunden hatte, gerät in der „Autonomen kurdischen Region Rojava" in Nordsyrien immer mehr in Bedrängnis. Anders als im Nordirak, wo sich unter kurdischem Schutz seit Jahren ein funktionierendes christliches Leben etablieren konnte, überwiegen in Nordsyrien alte Feindschaften. Die syrischen Kurden waren unter Assad, anders als die Christen, unterdrückt. Zu Beginn des syrischen Bürgerkrieges gewann Assad sie jedoch mit großen Versprechungen als Verbündete im sunnitischen Aufstand. Jetzt haben die Kurden sich offenbar von Assad losgesagt und die USA als neuen stärkeren Verbündeten im Kampf gegen den IS und das Assad-Regime gefunden. *B.B.*

Ein Mossul ohne Christen

Erdogan plant, das Werk der Islamisten zu vollenden

Die Offensive zur Rückeroberung der Millionenstadt Mossul und der einst christlich besiedelten Niniveebene vom IS hat begonnen und kann sich einige Wochen und Monate hinziehen, weil die Stadt von etwa 6000 IS-Kämpfern verteidigt wird. In den letzten Wochen ist es schon zu einem diplomatischen Schlagabtausch zwischen der Türkei und dem Irak gekommen. Die irakische Regierung zitierte den türkischen Botschafter zu sich. Gleiches tat die Türkei mit dem irakischen Botschafter. Die Krise wurde durch eine Erklärung des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan ausgelöst, der die türkische Beteiligung an der Offensive gegen die Dschihadisten des IS um Mossul ankündigte und seine Vorstellungen von der Zukunft der Stadt bekanntgab. Laut Erdogan sollten in Mossul, der zweitgrößten Stadt des Irak, nach Kriegsende nur noch „sunnitische Araber, Kurden und Turkmenen" leben. Die Angehörigen anderer Religionen, Konfessionen und Ethnien sollen umgesiedelt beziehungsweise ihnen die Rückkehr verwehrt werden.

Der Plan schlug in Bagdad als offene Kriegserklärung ein gegen die Einheit des irakischen Staates mit seinen verschiedenen Religionen, Ethnien und Sprachen. Erdogan fordere eine „ethnische und religiöse Säuberung", so Yonadam Kanna, ein assyrischer Abgeordneter des irakischen Parlaments. Erdogan erkläre, den IS zu bekämpfen, und wolle im Grunde genau dasselbe wie die Dschihadisten. Ob IS oder Erdogan, für die Christen soll in Mossul kein Platz mehr sein, dabei sind sie die Ureinwohner der Region. Auch für Jesiden und Schiiten soll nach Erdogans Willen in der Region kein Platz mehr sein.

Für die Jesiden liegt im Nordirak, in Sindjar, das Weltzentrum ihrer Religion. Die Schiiten machen 60 Prozent der irakischen Bevölkerung aus. Sie betrachten die Erklärung des Türken und Sunniten Erdogan als Kriegsankündigung. Die irakische Regierung forderte Erdogan auf, „unverzüglich" die türkischen Truppen aus dem Nordirak zurückzuziehen, wohin sie unter dem Vorwand der IS-Bekämpfung vorgestoßen waren. Dass die türkischen Truppen von Anfang an mehr gegen die Kurden gekämpft haben als gegen den IS, wurde von Washington und der übrigen „Internationalen Koalition" zur Bekämpfung des IS stillschweigend geduldet. In Bagdad geht die Rede, dass Erdogan über die Provinz Ninive ein türkisches Protektorat errichten wolle. Der ehemalige sunnitische Gouverneur von Mossul, Atheel al-Nujaifi, soll im Falle einer Rückeroberung ein Anschlussgesuch stellen und so das Protektorat, wie zu Zeiten des Osmanischen Reiches, als Mossul auch zur Türkei gehörte, legitimieren.

> Auch der Iran könnte zu Gunsten der Schiiten intervenieren

Seit Jahren stehen türkische Truppen unter dem Stichwort Friedenssicherung auf irakischem Territorium. Inzwischen sei daraus aber offene Aggression geworden, sagt der christliche Abgeordnete Yonadam Kanna. Die Geschichte der Provinz Ninive ist vom engen Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen geprägt. Die Türkei kennt diese Vielfalt seit dem Völkermord an den Armeniern und der Vertreibung der Pontusgriechen 1915 nicht mehr. Die Niniveebene hatte bis zum Auftauchen des IS eine christliche Mehrheit. Sollte die Türkei ihre Ankündigung wahrmachen und offen im Irak intervenieren, könnte durch ein Eingreifen des Iran, der seinen schiitischen Glaubensgenossen im Irak gegen die sunnitische Türkei zu Hilfe kommen wird, die nächste Eskalationsstufe in dem seit Jahrzehnten andauernden Irak-Konflikt anstehen. *Bodo Bost*

Aus für den Finanzplatz London?

Nach dem Brexit dürfte Frankfurt am Main die Rolle als größter Bankenstandort in der EU übernehmen

Langsam wird es ernst. Die Vorbereitungen für den Brexit haben begonnen. Bisher galt London als die Finanzmetropole Europas. Doch damit dürfte es bald vorbei sein. Die Banker in Frankfurt machen sich berechtigte Hoffnungen, die Nachfolge anzutreten.

„Spiegel Online“ berichtete in der vergangenen Woche, dass Umzüge einiger kleinerer Banken schon in den kommenden Monaten über die Bühne gehen könnten. „Der Großteil der Banken wird seine Geschäfte aber erst später an andere Orte verlagern“, meint Hubertus Väth, der Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance: „Große Bewegungen wird es ab dem zweiten Halbjahr 2017 geben.“ Bis dahin will sich die Main-Metropole in Stellung bringen. Es wird zwar nicht mit einem Exodus in London gerechnet, aber einzelne Abteilungen, Aufgaben oder Hauptsitze kleinerer Auslandsbanken könnten aus der britischen Metropole abwandern. Denn die Banken brauchen innerhalb der Europäischen Union einen Gesellschaftssitz, um ihre Produkte innerhalb der Gemeinschaft vertreiben zu dürfen. Da sich die Finanzwelt aber nicht nur in Europa abspiele, sondern naturgemäß auch in allen anderen Teilen der Welt, werde London ein wichtiger Kapitalmarkt bleiben, glaubt Väth.

Frankfurt dürfte dennoch die Nachfolge Londons als größter Finanzplatz der Europäischen Union antreten. Bereits jetzt ist es Sitz wichtiger Finanzinstitutionen wie der Europäischen Zentralbank (EZB). „Für Frankfurt dürften die Auswirkungen in der Summe positiv sein“, sagt Väth. Er rechnet mit mindestens 10 000 Arbeitsplätzen, die von London nach Frankfurt verlagert werden. Dies seien am Ende aber nicht mehr als zwei Prozent der im Londoner Finanzsektor Beschäftigten. Insgesamt arbeiten in Großbritanniens Hauptstadt rund 360 000 Menschen, die sich mit Geld beschäftigen. In Frankfurt sind es 75 000. Bisher haben Banken aus New York, aus Nahost oder Asien London als Drehscheibe für die Geschäfte innerhalb der EU genutzt. Damit ist es bald vorbei. Davon wird Frankfurt profitieren. Dass aber andere Geschäftsbereiche oder gar ganze Großbanken von London an den Main verlagert werden, deutet sich nicht an. Alle wichtigen Banken der Welt sind mindestens mit einer Tochtergesellschaft vertreten, besonders US-Investmentbanken wie Goldman Sachs und JP Morgan. Gerade die US-Institute haben gegen ein Votum Großbritanniens zum Austritt aus der EU gekämpft. Goldman Sachs hat den „Verbleib-Befürwortern“ 500 000 Dollar gespendet. London war für die US-Banken extrem reizvoll. Von einem einzigen Standort aus konnte der gesamte europäische Binnenmarkt bearbeitet werden. Zudem gab es keinerlei Verständigungsprobleme. Außerdem gibt es in den USA immer noch die Angst, durch den Finanzstandort Frankfurt könnte Deutschland zu mächtig werden.


Foto: pa

Düstere Aussichten: Die Bankenbranche rechnet nach dem Brexit mit negativen Folgen für London

> Mindestens 10 000 neue Arbeitsplätze am Main

Um die frei werdenden Ressourcen buhlen allerdings auch andere Metropolen. Die irische Hauptstadt Dublin hat längst Lockrufe in die Vereinigten Staaten entsandt. Dort kann man vor allem den Amerikanern den Vorteil der Muttersprache schmackhaft machen. Doch die Iren gelten nur als Außenseiter. Bessere Chancen im Wettkampf mit Frankfurt haben Amsterdam und Paris. Tobias Just, Professor für Immobilienwirtschaft an der International Real Estate Business School in Regensburg, bleibt vorsichtig: „Frankfurt ist nur einer von mehreren theoretische Standorten, so einfach ist das Spiel nicht.“ Bei global tätigen Finanzinstituten, mit denen er gesprochen habe, werde die Entscheidung zwischen der französischen Hauptstadt und Frankfurt fallen, sagte Arnaud de Bresson, der Chef der Pariser Finanzmarktlobby, gegenüber dem „Spiegel“. Dieser Optimismus macht deutsche Banker unruhig. Sie fordern mehr Einsatz der Politik für Frankfurt als Finanzzentrum in der EU. „Wir wollen, dass sich die Bundesregierung hier aus der Deckung wagt, dass sie hörbarer wird“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Privatbanken-Verbandes BdB, Michael Kemmer, gegenüber dem „Handelsblatt“. Die deutschen Politiker seien zu still. Nach seinem Eindruck sei da Frankreich mit Paris etwas aktiver.

Der hessische Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) erklärte allerdings bei einer Veranstaltung der Hessischen Landesbank, dass die Bundespolitik nicht einseitig zugunsten der Bankenbranche vorpreschen könne: „Am dicken Ende muss die Bundesregierung ausgewogen nationale Interessen über alle Branchen vertreten.“ Auch Stefan Winter, der Vorstandsvorsitzende des Verbands der Auslandsbanken, ist skeptisch: „Ich kann noch nicht absehen, ob der Finanzplatz Frankfurt der große Gewinner sein wird, da ich in Deutschland bisher keine Bereitschaft erkennen kann, für die Ansiedlung von Banken zu werben.“ Das sei in Frankreich anders, dort würde bei den in London ansässigen Instituten sehr stark für Paris geworben.

Viele Bankleute klagen darüber hinaus über den schleppenden Prozess des Brexit. Noch immer seien viele Dinge völlig im Unklaren. Die Branche, die für einen Verbleib Großbritanniens in der EU gekämpft hatte, macht sich Sorgen. „Natürlich glauben wir, dass Frankfurt als Finanzplatz durch den Brexit gestärkt wird“, erklärte Thomas Schlüter, Sprecher des Bundesverbands deutscher Banken, gegenüber dem „Handelsblatt“. Anlass zum Jubeln biete das aber keineswegs, denn die Schwächung der EU wiege für die Branche deutlich schwerer als mögliche Zugewinne in Frankfurt. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

EU verschenkt Milliarden

Brüssel – Die EU hat im vergangenen Jahr Fehlinvestitionen in Höhe von 5,5 Milliarden Euro getätigt. Dabei handele es sich nicht um Verschwendung oder Betrug, sondern um Fehler bei der Zuweisung, erklärte der Europäische Rechnungshof. Die Gelder seien in Projekte geflossen, die eigentlich keinen Anspruch auf EU-Hilfen gehabt hätten. Als Beispiele nannte der Rechnungshof zu hoch angesetzte Personalkosten bei der Entwicklung von Cloud-Computerdiensten oder die Auszahlung von Geldern an kleine und mittelständische Unternehmen in Tschechien, Italien und Polen. 2014 betrugen die Fehlinvestitionen noch 6,3 Milliarden Euro. *J.H.*

Entlastung durch Bürokratieabbau

Berlin – Die Bundesregierung will die mittelständische Wirtschaft entlasten. Dazu sind Vereinfachungen im Steuerrecht und bei der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge geplant. Die Maßnahmen würden insgesamt 3,6 Millionen Betrieben zugutekommen, schreibt sie ihrem Gesetzesentwurf. Vorgesehen ist unter anderem eine Anhebung der Pauschalierungsgrenzen für Rechnungen über Kleinbeträge und zur Abgabe der Lohnsteuer-Anmeldung. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.038.255.877.039 €
Vorwoche: 2.038.187.909.856 €

Verschuldung pro Kopf:
24.802 €
Vorwoche: 24.802 €

(Dienstag, 25. Oktober 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wackelkandidat Italien

Ökonomen rechnen mit Austritt aus der Währungsunion

Mit einer massiven Erhöhung der Staatsausgaben riskiert Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi einen Verstoß gegen die EU-Defizitvorgaben und eine Brüskierung der EU-Kommission. Wenige Wochen, bevor die Italiener in einem Referendum über eine Verfassungsreform abstimmen sollen, hat die Regierung in Rom eine Flut von finanziellen Wohltaten für die Bevölkerung angekündigt. Das unlängst verabschiedete Budgetgesetz sieht unter anderem eine Erhöhung der Mindestpensionen und die Erleichterung eines vorzeitigen Pensionseintritts vor. Ebenso ist geplant, die Ausgaben für das Gesundheitswesen um zwei Milliarden und für das Bildungswesen um eine Milliarde Euro zu erhöhen. Angekündigt sind zudem die Schaffung von tausenden neuen Arbeitsplätzen im Staatsdienst sowie Entlastungen bei den Unternehmenssteuern im Umfang von 13 Milliarden Euro. Verschwinden soll zudem die umstrittene Steuerinkasso-Agentur Equitalia.

Nach ersten Berechnungen könnten die angekündigten Maßnahmen Italiens Staatshaushalt in Form von Mehrausgaben und Mindereinnahmen insgesamt 27 Milliarden Euro kosten und damit das Haushaltsdefizit auf 2,3 Prozent des Bruttoinlandprodukts steigen lassen. Mit Brüssel vereinbart war allerdings ein Wert von maximal 1,8 Prozent. Abzuwarten bleibt, wie die Reaktion der EU-Kommission ausfällt. Das für den 4. Dezember angesetzte Referendum gilt für die Zukunft der EU inzwischen als ähnlich wichtig wie die Brexit-Abstimmung der Briten. In Brüssel wird befürchtet, dass ein Nein der Italiener zur Verfassungsreform nicht nur Premier Renzi politisch schwächt, sondern auch eine Dynamik in Gang setzt, die in Italien EU-kritische Kräfte an die Macht bringt.

> Wählerbestechung vor dem Verfassungsreferendum

Ohnehin sehen einige Ökonomen inzwischen die Wahrscheinlichkeit wachsen, dass Italien aus der europäischen Währungsunion aussteigen wird. So erklärte Werner Sinn, der ehemalige Chef des Münchener ifo-Instituts, in einem Gespräch mit der Tageszeitung „Die Welt“, die wirtschaftliche Situation Italiens sei so desolat, dass ein Austritt aus dem Euro nur noch eine Frage der Zeit sei. Aus Sicht des Ökonomen kommt Italien mit dem Euro nicht zurecht: „Die italienische Volkswirtschaft ist nicht wettbewerbsfähig und hat in den vergangenen Jahren keine messbaren Anstrengungen unternommen, wieder wettbewerbsfähig zu werden.“ Dabei hat Sinn eine Reihe von Punkten angeführt, die aus seiner Sicht für einen Ausstieg Italiens aus dem Euro sprechen. So produziert Italiens Industrie immer noch 22 Prozent weniger als vor der Finanzkrise, während die Jugendarbeitslosigkeit nur knapp unter 40 Prozent liegt. Solch eine katastrophale Situation könne ein Land nicht lange aushalten, meint Sinn, der darauf aufmerksam macht, dass der Euro bei den Italienern immer unbeliebter wird.

Auch der Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz erwartet ein Ausscheiden Italiens aus der Eurozone. „Wenn ich mich mit Italienern unterhalte, spüre ich, dass die Menschen dort zunehmend enttäuscht sind vom Euro“, so Stiglitz gegenüber der „Welt“. Aus seiner Sicht ist damit zu rechnen, dass Italien schon bald den gemeinsamen europäischen Währungsraum verlassen wird. *Norman Hanert*

Edle Polit-Ritter?

Von Frank Horns

Haben Sie den Artikel auf Seite 3 gelesen? Er zeigt auf, dass sich die Zuwanderungsströme nicht begrenzen lassen, indem man versucht, in großem Maßstab Fluchtursachen zu bekämpfen. Das Gegenteil ist der Fall: Maßnahmen, die den Lebensstandard in armen Ländern erhöhen, verstärken den Migrationsdruck. Gleichzeitig hat sich die bisherige Entwicklungshilfe ohnehin als weitgehend nutzlos erwiesen. Die Recherche zum Text war einfach wie selten. Es gibt unter anderem zahllose Studien, die genau dies belegen. Der Journalist mag sich über den Quellenreichtum freuen, für den Staatsbürger ist er eine Quelle der Wut. Als edle Polit-Ritter treten seine Regierenden an mit ihrer unablässigen Forderung nach der Fluchtursachenbekämpfung. Dabei werden sie die Wahrheit genau kennen. Man fühlt sich an Antänzer erinnert: Mit lächelnder Miene und wiegenden Hüften rauben sie den Geldbeutel. Diese Polit-Wegelagerer haben es auf die Wählerstimmen der Leichtgläubigen abgesehen.

Endgültige Lösung

Von Florian Stumfall

Ja, natürlich, Braunau am Inn ist hauptsächlich als die Geburtsstadt von Adolf Hitler bekannt. An der Vergangenheit kann man nichts mehr ändern, aber an der Gegenwart. Und die präsentiert nach wie vor das bewusste Geburtshaus und ist geeignet, auf diese Weise die alten Wunden aus den Jahren 45 und folgende offenzuhalten. Damals hatte jenes Haus für Einheimische wie Gäste den grauen Reiz des Unheimlichen, zumal in der Höhe des ersten Stocks im Rauhputz ein Rechteck ausgespart war. In diesem hatte sich natürlich zu heroischer Zeit eine Gedenktafel befunden, die man im Augenblick der Zeitenwende mit unösterreichischer Pünktlichkeit entfernte. Dann war also für zehn, zwölf Jahre die Fehlstelle im Putz zu bewundern, die mit der Zeit selbst die Qualität eines unerwünschten Mahnmals erlangte. Also ging man eines Tages her und ließ die ganze Hausfront neu verputzen in der Hoffnung, damit wäre das Ärgernis aus der Welt geschafft. Die Hoffnung trog. Genau wie man zuerst auf das leere Rechteck gezeigt hatte mit dem Hinweis, was sich einst dort befunden hatte, wies man im Anschluss auf die makellose Mauer und erklärte wiederum den vorherigen Zustand, den mit dem leeren Rechteck, und was er bedeutet hatte.

Jetzt aber wehrt sich die gequälte Kollektivseele einer geschundenen Bevölkerung und greift zur endgültigen Lösung, um das Wort von der Endlösung zu vermeiden: Das Haus wird abgerissen. Mit dem bevorstehenden Abriss ist freilich wieder eine Hoffnung verbunden, nämlich diejenige, dass der ganze leidige Zusammenhang in Vergessenheit gerät. Doch auch diese Hoffnung wird trügen. So wie man jahrelang den leeren Fleck im Hausputz bewundert hat, wird man künftig den Platz betrachten, an dem das Haus gestanden hatte. Und den Platz kann man ja nicht entfernen.

Keine dritte Diktatur

Von Angelika Barbe

Seit Längerem treibt mich die Frage um, was eigentlich der inflationär benutzte Begriff Rassismus bedeutet. Der Theologe Richard Schröder definiert ihn folgendermaßen: „Rassismus ist ein Überlegenheitsanspruch aufgrund biologischer Merkmale.“ Ende letzten Jahres war der Politologe Aladin El-Mafaalani Gast in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Dresden und beantwortete Fragen zum Thema „Welcher Islam passt zu Deutschland?“ El-Mafaalanis Eltern stammen aus Syrien, er ist sunnitischer Moslem, hat in Deutschland alle Bildungschancen genutzt und es zum Professor für Politische Soziologie gebracht. Bei der Veranstaltung zitierte ich die oben gebrauchte Definition des Rassismus-Begriffs. Dann führte ich aus, dass ich den Koran gelesen und die Behandlung der Frauen dort besonders untersucht hätte. So sagt Sure 2, Vers 228, dass „die Männer eine Stufe über den Frauen stehen, denn Allah ist mächtig und weise“, Sure vier, Vers 34, wiederholt: „Die Männer stehen über den Frauen, weil Allah sie ausgezeichnet hat.“ Und das alles, weil sie Frauen sind. Ich stellte fest: „Dann ist der Islam eine rassistische Ideologie!“ Zu meiner Überraschung und der von 130 Anwesenden bejahte El-Mafaalani meine Überlegung.

> Wann richtet sich der Rassismusvorwurf auch gegen den Islam?

Da doch der „Kampf gegen den Rassismus“ laut Medien, Kirche und Politik intensiv geführt werden muss, frage ich mich, wann er sich denn endlich auch gegen die rassistische Ideologie des Islam richtet. Dabei fühle ich mich sowohl von der Politik als auch von der Amtskirche und ihren zahlreichen Wohlstandstheologen alleingelassen, die „Politik und Evangelium verwechseln“ (Militärpfarrer Ulrich Kronenberg). Den Opfern hilft es nicht, wenn unter dem Mäntelchen der Menschenliebe alles vertuscht und verschwiegen wird. Nicht moralischer Rigorismus ist das Gebot der Stunde, sondern Wahrhaftigkeit.

Mein Großvater war einfacher Werkzeugmacher, hat aber mit großer Zivilcourage gegen die Nazi-Diktatur gekämpft und einen hohen persönlichen Preis dafür gezahlt. Ich habe Widerstand gegen die kommunistische Diktatur geleistet, bin dafür als „feindlich-negativ“ diffamiert, mit Bespitzelung, Berufsboykott bestraft worden und musste Sippenhaft erleben. Ich möchte keine dritte Diktatur – erst recht keine islamische – auf deutschem Boden erleben müssen. Haben unsere „Spitzenpolitiker“ wie Gabriel, Maas, Stegner, Laschet, Röttgen, Roth – oder Landesbischof Bedford-Strohm – je eine Diktatur am eigenen Leib erduldet? Weiß der EKD-Ratsvorsitzende, der im Kuratorium des Forums für Islam in München mitwirkt, wie es Frauen geht, die lebenslang unter Diktatur und Rassismus zu leiden haben? Haben sie verfolgte Christen in Flüchtlingsheimen besucht und ihnen Schutz vor Muslimen angeboten oder begrenzen sie ihre zur Schau getragene Anteilnahme auf Moschee-Besuche?



Ist die betende Muslimin Opfer einer rassistischen Ideologie oder nicht? Der Islam stellt Männer über Frauen.

Bild: Colourbox

Frei gedacht



Deutschland: Das Schlachtfeld Europas

Von Eva Herman

Es gibt im derzeitigen Wirrwarr der politischen Verhältnisse zum Glück immer wieder einige Lichtblicke, ohne die das Leben inzwischen nur noch schwer erträglich wäre. So traf ich letzte Woche den ehemaligen Staatspräsidenten der Tschechischen Republik, Václav Klaus, zum Interview. Wohltuend war es, zu erkennen, dass eben doch nicht alle Politiker gleich sind. Er ist ein Staatsmann mit Format und Stil, gerade so, wie er einst im Buche stand und wie es ihn heutzutage leider sehr selten noch gibt.

Der Vorsatz, Licht ins Dunkel der derzeitigen Verwerfungen Europas zu bringen, lenkt ihn, und es dürfte sicher sein, dass Klaus vielen Menschen aus dem Herzen gesprochen hat, die ebenso wie er besorgt sind um den Fortgang unseres Landes und des europäischen Kontinents. Das Wohl der Gesellschaft, die Souveränität und Eigenverantwortung der einzelnen Staaten, der Erhalt von Kultur, Sprache und Tradition liegen ihm am Herzen.

Klaus ist in großer Sorge, denn er sieht den abendländischen Kontinent untergehen, wenn nicht ganz schnell eine Wende herbeigeführt wird. Diese müsste allerdings radikal sein, die Wurzel allen Übels müsste beherzt herausgerissen werden. Doch solange die Zentralregierung in Brüssel die einzelnen Staaten weiterhin bei nahezu jeder Entscheidung entmündigt, gibt es wohl keine Rettung. Die von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel verkündete Entscheidung letztes Jahr, Millionen Einwanderer ins Land zu lassen, die zu über drei Vierteln keine gültigen Identitätsnachweise besitzen, ist der gesicherte Anfang vom Ende gewesen.

Deutschland, so die Worte des ehemaligen tschechischen Präsidenten, „ist nun das Schlachtfeld Europas“. Er übt deutliche Kritik an der Politik Merkels, wie auch an den deutschen Mainstream-Medien. Diese seien „genauso schlecht wie Merkel“, so Klaus. Die Berichterstattung sei häufig falsch, die Propaganda ganz offensichtlich. Die Bezeichnung „Flüchtlinge“, welche in Deutschland von Politik und Medien für die Millionen Einwanderer hartnäckig gebraucht werde, sei falsch: „Wir sagen Migranten dazu.“ Seit Beginn der „Völkerwanderung“, der Massenimmigration letztes Jahr, sei in Europa „alles anders“ geworden. Doch die Schicksalhaftigkeit und Dringlichkeit des historisch bedeutsamen Momentes würden nicht erkannt. Viele Menschen seien noch blind für die bevorstehenden Gefahren, sie sähen es noch nicht so dramatisch, und die Politiker sähen es gleich ganz anders als er, sie seien fast begeistert von der Massenimmigration nach Europa – in diese Richtung „geht meine scharfe und radikale Politik“, so der ehemalige Präsident. Deutschland nehme bei dieser Debatte „den Spitzenplatz“ ein. Die deutsche Politik sei rigide, seit „vierzig, fünfzig Jahren ohne Veränderung. Es gibt keine seriöse Diskussion mehr.“

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Klaus nimmt einzig die AfD dabei aus, in welche er nun offenbar seine ganze Hoffnung zu setzen scheint. Zu möglichen neuen Sanktionsversuchen Europas gegenüber Russland äußerte der Politiker: „Das ist absolut falsch, absolut schlecht, absolut gefährlich!“ Er warnte vor einer Wiederbelebung des Kalten Krieges: „Einige amerikanische Politiker und Medien und einige europäische Politiker und ihre Medien wollen dies offenbar aber wiederholen.“ Angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit sollte gerade Deutschland klüger und vernünftiger handeln. „Leider aber ist es nicht so“, meint Klaus.

Auf die Frage, ob wir derzeit einem Dritten Weltkrieg entgegengehen, antwortete der Präsident, dass es diese Gefahr auf jeden Fall gebe. Noch vor einem Jahr hätte er diese Terminologie verneint. „Jetzt, ein Jahr später, muss ich leider sagen, dass diese Gefahr existiert.“ Die Massenimmigration habe den Kontinent, allen voran Deutschland, entscheidend verändert: „Alles ist anders geworden.“ Die Blindheit der Politiker innerhalb der EU für all die Gefahren habe er schon damals erkennen müssen, als er über lange Zeit hinweg seine Unterschrift unter den Lissabon-Vertrag zu verweigern gesucht hatte. Bereits im Vorfeld, 2007, hatte Klaus die Europäische Verfassung kritisiert. Heute seien beide Verträge nahezu identisch, sagt er. Aber damals sei er „ganz alleine gewesen“, keiner seiner „Kameraden“ habe ihn unterstützt. Die Kritik des ehemaligen Regierungs- und Staatschefs bezog sich schon damals, 2009, vor allem auf die extreme Schwächung der Rechte der Nationalstaaten Europas, die er mit allen Mitteln zu verhindern gesucht hatte. Er hatte fortdauernd gewarnt, in verschiedenen Büchern, Vorträgen, Aufsätzen, als habe er vorausgesehen, wie es ausgehen würde mit Europa.

In einem Aufsatz vertiefte Klaus nochmals die Gefahren der Zentralisierung Europas durch Brüssel: „Der Vertrag von Lissabon überträgt umfangreich die Befugnisse der individuellen Mitgliedstaaten nach ‚Brüssel‘, d.h. zu den EU-Organen. (…) Mit anderen Worten, der EU wird es möglich, sich in praktisch alle Bereiche im Leben eines Landes einzumischen. Diese Tatsache wird noch dadurch verstärkt, dass es der Vertrag unterlässt, irgendeine ‚alleinige Zuständigkeit‘ der Mitgliedsländer zu erwähnen, also eine Liste von Bereichen, die niemals von den zentralen EU kontrolliert werden sollen.“ Und weiter heißt es: „Der Vertrag von Lissabon ist ein Schritt zurück zu der abgelehnten Europäischen Verfassung. Es ist ein Dokument, das eine beträchtliche Verschiebung von einem Europa der Länder hin zu einem einzigen europäischen Staat verkörpert. Es bedeutet eine Verlagerung von freiwilliger und wiederholter Verhandlung sowie bestätigender Zusammenarbeit der europäischen Länder in Tausenden spezifischen Themen hin zu einer ewig gültigen Dominanz der europäischen Institutionen. Der Vertrag führt zu einer Vertiefung des demokratischen Defizits. Bislang hat das tschechische Parlament das Recht, über all diese Dinge zu entscheiden. Sollte der Vertrag jemals gültig werden, dann wird diese Fähigkeit des Parlaments aufhören zu existieren.“

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Klaus sollte Recht behalten. Die Nationalstaaten wurden entrechtet, fast „kommt es einer Liquidierung gleich“, wie er im Interview sagt. Jetzt, angesichts der nicht enden wollenden Massenimmigration, die wegen der „demografischen Krise Europas“, wie es offiziell in Brüssel heißt, notwendig sei, wird dies ganz offensichtlich. Der ehemalige Präsident bestätigt, dass Europa keine Arbeitskräfte von außen brauche, sondern eine dramatisch hohe Zahl eigener arbeitsloser, vor allem junger Menschen, habe. Die demografischen Veränderungen seien mitnichten etwa eine „Krise oder Katastrophe“, Europa sei seit Jahrtausenden mit weniger Menschen gut klargekommen.

Die Medien spielten nicht nur zum Thema Massenimmigration eine „unglaubliche Rolle“, sondern inzwischen überall, resümiert der tschechische Politiker: „Sie sind zu einer politischen Kraft in Europa geworden. Wir sprechen über die Mediokratie! Sie wollen eine politische Rolle spielen, und sie spielen absichtlich eine politische Rolle, die sich gegen die traditionelle Demokratie in den Ländern Europas stellt.“

„Eine potenzielle Veränderung zum Guten für Europa kann nur von Deutschland kommen“, ist sich Václav Klaus sicher: „Hier ist das Schlachtfeld!“ Und er fügt an: „Optimismus ist Pflicht, habe ich gelernt. Wir müssen weiter kämpfen!“

Palim Palim hinterm Deich

Didi Hallervorden snackt Platt – Berliner Kabarettist als Lehrer im Kinofilm »Ostfriesisch für Anfänger«

Im hohen Alter kommt der Kabarettist und Humorist Didi Hallervorden noch einmal als Charakterschauspieler in Kinofilmen ganz groß heraus. Sein jüngster Streich: die Rolle eines Platt sprechenden Ostfriesen.

Mit dem Traktor „rast“ Uwe Hinrichs durchs platte Land. Er muss eilig zu den „Utländern“, die auf ihren Lehrer warten. Uwe alias Didi Hallervorden soll ausländischen Facharbeitern, die in Ostfriesland gestrandet sind, Deutsch beibringen. Deutsch – das heißt für den Ostfriesen Uwe natürlich Plattdeutsch, was anderes kennt er nicht. Und wenn am Ende der libanesische Schiffsingenieur oder die vietnamesische Ärztin op Platt snacken, dann ist das in Zeiten einer ungebremsten Einwanderungswelle fremder Kulturen ein liebenswürdiger wie komisch klingender Versuch, den Integrationswillen der neuen Mitbürger unter Beweis zu stellen.

Seit Donnerstag kann man Hallervorden in den Kinos dabei zusehen, wie er in der Komödie „Ostfriesisch für Anfänger“ als weißbärtiger Küstenbewohner Sprachunterricht gibt. Dabei musste der in Dessau geborene Berliner, der als Kabarettist „berlinert“, selbst erst einmal Unterricht nehmen. „Hier bestand die Schwierigkeit, dass ich nur neun Tage Zeit hatte, um Platt zu lernen“, gestand Hallervorden gegenüber der *PAZ*, „ich bin ja jemand, der sehr fleißig ist, also habe ich die Zeit genutzt, um so intensiv zu lernen, dass mir am Ende ein Ostfriese aus Emden bestätigt hat: Ja, das klingt authentisch.“

Vor und während der Dreharbeiten stand dem Schauspieler eine Dialekt-Trainerin zur Seite, die ihm eine allgemeinverständliche Spielart des Ostfriesischen beibrachte. Hätte er reinstes Ostfriesen-Platt gesprochen, wäre er spätestens jenseits des Mains nicht mehr verstanden worden. Um den Film nicht hochdeutsch zu untertiteln, spricht er eine Art Kompromiss-Dialekt, den man auch in Bayern verstehen kann. Wie gut, dass die Figur des Uwe ziemlich wortkarg ist und Hallervorden nur wenige Dialoge sprechen muss. Das überfordert sprachlich niemanden.



Bringt den „Utländern“ Ostfriesland nahe: Didi Hallervorden als Lehrer Uwe Bild: UniversumFilm

Berufliche Herausforderung aber nimmt Hallervorden im Alter von jetzt 81 Jahren noch immer gerne an. Der Mann, der seit 1960 die Berliner Kabarettbühne „Die Wühlmäuse“ leitet und daneben noch seit 2008 in der Hauptstadt Direktor des Schlosspark Theaters ist, hatte als Komiker seine große Zeit in den 1970er und 80er Jahren. Im Fernsehen brachte er mit „Nonstop Nonsens“ die ganze Nation zum Lachen und erwarb sich Kultcharakter durch seine in einem Sketch verwendete Lautmalerei „Palim Palim“. Daneben kam er im Kino mit seinen „Didi“-Filmen „auf große Touren“.

Danach wurde es etwas stiller um ihn, bis er 2013 seinen großen Auftritt hatte als greiser Marathonläufer im Kinofilm „Sein letztes Rennen“, für den er mit dem Deutschen Filmpreis ausgezeichnet wurde. Das war so etwas wie der Startschuss für Hallervordens Spätkarriere als Kinodarsteller in ernsten Charakterrollen. Es folgte Til Schweigers „Honig im Kopf“, die mit Hallervorden als Alzheimerpatienten die erfolgreichste deutsche Komödie des Jahres 2014 war.

„Welcher Regisseur, welcher Fernsehredakteur hat genügend Phantasie, mir ernste Charakterrollen zuzutrauen, nur weil ich vorher etwas anderes gemacht habe?“, macht sich Hallervorden Gedanken über seinen späten Triumph im Kino, „ich habe einen langen Atem, und ich wusste: Irgendwann wird es schon mal werden. Und siehe da, ich bin für meine Geduld belohnt worden.“

Er habe große Opfer dafür bringen müssen, gibt er zu. Aber da kamen ihm die preußischen Kardinaltugenden wie eiserne Disziplin zupass, auf die er sich berufen kann: „Von der Art der Pflichterfüllung, von der Art, mich an versprochene Dinge zu halten, und von der Herkunft meiner Vorfahren her bin ich absoluter Preuße.“ Sein Großvater, der im Wörlitzer Park Gartendirektor war, stammte im Übrigen aus dem ostpreußischen Sensburg.

Im neuen Film treffen auch die Generationen aufeinander. Nicht nur könnte der 24-jährige Regisseur Gregory Kirchhoff ein Enkel Hallervordens sein, auch die ausländischen Fachkräfte sind durchweg junge Leute. Sie stehen auch als Chiffre für die Massenzuwanderung, ein Thema allerdings, an das sich der Film nicht direkt herantraut, weshalb vieles im Vagen bleibt und beim Zusammenprall fremder Kulturen zwischen Ausländern und ostfriesischen „Ureinwohnern“ in Sachen Komik meist Ebbe herrscht.

FDP-Sympathisant Hallervorden ist da offenherziger gegenüber dem Ausländer-Thema: „Man muss vor allem Leute finden, die bereit sind, sich zu integrieren. Zum einen sprachlich, zum anderen mit der Bereitschaft, auch zu leben, was unsere freiheitlich demokratische Grundordnung vorschreibt. Wer das nicht akzeptieren will, der gehört auch nicht hierher. Ansonsten sind für mich alle Leute willkommen, und ich finde, wir sind als reiches Land auch verpflichtet, unsere Arme auszustrecken und anderen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen.“

Was das „bessere Leben“ angeht, so setzt der Film eher ungewollt ein Fragezeichen. Er wählt als Kulisse eine strukturschwache Region mit hoher Arbeitslosigkeit. Da leidet selbst Lehrer Uwe im Film unter dem Verlust seines Arbeitsplatzes als Werftarbeiter und seines Hauses. Die Illusion vom reichen Deutschland scheint in Ostfriesland begraben zu sein.

Bloß gut, dass man dort seinen Humor behalten hat. Der hat auch Hallervorden stets über Wasser gehalten, was sich für den Humoristen sogar noch im hohen Alter jetzt als Kino-Schauspieler bezahlt macht. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Botticellis Höllenvisionen

Berlin – „La Primavera“ und „Die Geburt der Venus“ sind nur zwei der bekanntesten Meisterwerke des Renaissancekünstlers Sandro Botticelli. Die Dokumentation „Botticelli Inferno“, die am 3. November in die Kinos kommt, beleuchtet auf faszinierende Weise die Entstehung dieser und anderer Werke. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Botticellis trichterförmiger Karte der Hölle zu Dantes „Göttlicher Komödie“, die in diesen Tagen auch im Kino in dem Dan-Brown-Thriller „Inferno“ mit Tom Hanks eine Rolle spielt. *tws*

1000 »Tatorte« in Berlin

Berlin – Anlässlich der 1000. Folge des „Tatorts“, die im November ausgestrahlt wird, präsentiert die Deutsche Kinemathek, Potsdamer Straße 2, vom 1. November bis 29. Januar 2017 die Sonderschau „1000 Tatorte – Alle Filme. Alle Fälle“. Neben einem kuratierten Programm zu fünf Jahrzehnten „Tatort“ sind nun sämtliche bisher ausgestrahlten Episoden in der Mediathek Fernsehen abrufbar. www.deutsche-kinemathek.de *tws*

Degas versus Rodin

Wuppertal – Mit „Degas & Rodin – Giganten im Wettlauf zur Moderne“ kommt es bis zum 26. Februar 2017 im Von-der-Heydt-Museum zum visuellen Showdown zweier Stars des Impressionismus. 100 der insgesamt rund 250 Exponate stammen aus dem Musée Rodin in Paris. *tws*

Hier spricht der Roboter

ARD widmet sich eine ganze Woche lang der »Zukunft der Arbeit«

Blumenstrauß und Urkunde nach einem langen Arbeitsleben in derselben Firma? Das ist genauso passé wie der vertraute Schreibtisch mit Gummibaum als Sichtschutz und Postkarten an der Pinnwand. Das Arbeitsleben ändert sich, nichts bleibt, wie es ist: 50 Prozent der heutigen Arbeitsplätze werden in den nächsten Jahren automatisiert. Betroffen sind nicht nur monotone oder schwere körperliche Arbeiten, sondern auch kreative Wirkungsbereiche von Ärzten, Professoren oder Journalisten. Neuer Mitarbeiter des Monats wird der Roboter, schon wird daran geforscht, mechanische Klone in der Altenpflege einzusetzen.

Wie werden wir in Zukunft arbeiten? Der TV-Sender Das Erste hat zur Erörterung dieser Frage ein Mammutprogramm gestemmt: Die ARD-Themenwoche „Die Zukunft der Arbeit“ vom 30. Oktober bis zum 5. November gerät zur Leistungsschau der föderal aufgestellten öffentlich-rechtlichen Anstalt, von der Programmdirektor Volker Herres behauptet: „An der Komplexität der ARD werden Algorithmen nicht rütteln.“

Allerdings: Die Konzentration auf ein Thema hat auch einen Nachteil – es gibt kein Entkommen. Der Zuschauer wird eine Woche lang via Fernsehen, Internet und Radio traktiert, selbst die Kleinsten erleben am 30. Oktober in „Die Sendung mit der Maus“ einen Roboter, der eine wahre Wundermaschine ist.

Verdienstvoll ist die Dokumentation wie der Gehaltscheck („Verdienen wir, was wir verdienen“, 31. Oktober, 20.15 Uhr), ein historischer Rückblick, als harte Arbeit noch das Leben bestimmte („Arbeit war das halbe Leben“, 31. Oktober, 23.30 Uhr), oder die Story im Ersten („Faktor Mensch – was macht Unternehmen erfolgreich?“, am 31. Oktober, 23 Uhr).



„Schichtwechsel – Die Roboter übernehmen“: Die Sendung läuft am 2. November um 21.45 Uhr Bild: HR/WDR

Die fiktionalen Beiträge zum Thema wirken dagegen recht wahllos zusammengewürfelt. Der Bremer „Tatort“ widmet sich dem rätselhaften Tod einer Start-Up-Unternehmerin, die einen digitalen Assistenten entwickelt hat („Echolot“, 30. Oktober, 20.15 Uhr), und der Spielfilm am Mittwoch widmet sich dem vermeintlichen Selbstmord eines erfolgreichen Bankers („Dead Man Working“, 2. November, 20.15 Uhr). Regisseurin Sherry Hormann traut sich an einen Wirtschaftskrimi zu TTIP, der derart verschachtelt ist, dass der aufdeckende Ansatz von den Volten der Geschichte überlagert wird. Schade um die prominente Besetzung rund um Nina Kunzendorf, Anke Engelke und Katja Riemann, schade um das hoch aktuelle Thema („Tödliche Geheimnisse“, 5. November, 20.15 Uhr).

Damit der Humor nicht zu kurz kommt, trumpfen „Die Rosinskis“ auf, eine Berliner Familie in prekären Verhältnissen, die von der Großmutter mit Mafiosi-Brille und anarchischen Methoden zusammengehalten wird. Erstmals spielen hier Mitglieder der Berliner Schauspieler-Dynastie Katharina, Anna und Nellie Thalbach zusammen mit. Es ist eines der wenigen Sehvergnügen, das auch jenseits von Themenwochen bestehen könnte.

Wer sich von der schönen neuen Arbeitswelt in all ihrer Perfektion überfordert fühlt, der ist im Übrigen bei der guten, alten „Tageschau“ weiterhin gut aufgehoben. Chefsprecher Jan Hofer sagt: „Die Zuschauer werden unsere Versprecher nochmal lieben.“ *Anne Martin*

Zurück zu den Wurzeln

Aachen zeigt Collagen Mies van der Rohes vom New Yorker MoMA

Zwischen 1910 und 1965 schuf Mies van der Rohe eine Vielzahl von Collagen und Fotomontagen, die auf faszinierende Weise die Gestaltungsprinzipien seiner Baukunst verdeutlichen und darüber hinaus ein eigenständiges künstlerisches Werk darstellen. Sie sind im Zusammenhang mit zahlreichen berühmten Werken wie dem Entwurf für ein Hochhaus an der Friedrichstraße in Berlin oder der dortigen Neuen Nationalgalerie entstanden. Anlässlich des 130. Geburtstags des Architeckten präsentiert das Ludwig Forum Aachen vom 28. Oktober bis 12. Februar 2017 die Ausstellung „Mies van der Rohe – Die Collagen aus dem MoMA“. Grundlage dafür ist ein umfangreiches Konvolut an Leihgaben aus dem New Yorker Museum of Modern Art mit Collagen und Fotomontagen.

Der Ruhm des am 27. März 1886 in Aachen geborenen Sohns eines Maurer- und Steinmetzmeisters gründet unter anderem darauf, dass er als einer der letzten Vertreter der Tradition des Baumeisters gilt: Ohne klassische Hochschulausbildung hat sich der Architekt, der eigentlich Maria Ludwig Michael Mies hieß und der – verknüpft mit dem Zusatz „van der“ – sich ab 1921 nach den Familiennamen väterlicher- und mütterlicherseits nannte, sein Handwerk von der Pike auf gelernt. Nach dem Besuch der Domschule arbeitete er im väterlichen Betrieb und begründete seine Kenntnis von Handwerkskunst und Materialien. Betrachtet man heute die klaren Linien seiner Werke, die exemplarisch für die Moderne stehen, ist es kaum vorstellbar, wie der 17-jährige Lehrling die Zeichenkunst beim Abzeichnen von Ornamenten in einem Stukkateurbetrieb erlernte.

Zwischen 1901 und 1905 war Mies in Aachen als Gehilfe auf verschiedenen Baustellen und als



Bild: www.medien.aachen.de

Mies van der Rohe, 1964

Zeichner in Architekturbüros tätig. Damals arbeitete er am Fassadenentwurf für das neue Kaufhaus Leonhard Tietz am Aachener Markt mit. Über diese Arbeit entstanden die ersten Verbindungen nach Berlin, nachdem Tietz die Bauleitung dem Berliner Büro Bossler & Knorr übertrug.

1905 machte sich Mies als 19-Jähriger endgültig in Richtung Hauptstadt auf, wo er schnell Kontakte zu avantgardistischen Künstler- und Architektenkreisen (Dada und Werkbund) knüpfte. Bereits in den frühen 20er Jahren machte er sich in der Debatte um das Neue Bauen schnell einen Namen. Seine Vorliebe für traditionelle und hochwertige Baustoffe (Stein, Marmor) verband sich mit zunächst noch visionären Entwürfen, die auf neuartigen Materialien und Konstruktionsweisen basierten.

So waren seine Glashochhäuser und Stahlskelettstrukturen ihrer Zeit weit voraus und so visionär, dass sie technisch noch gar nicht realisierbar waren. Sie leisteten als theoretische Projekte einen Beitrag zur Weiterentwicklung der modernen Architektur. Aber nicht nur mit seiner Auffassung von Materialität, sondern auch mit seinem neuartigen Raumverständnis – die Auflösung der klassischen Raumgliederung und Verbindung von Außen- und Innenraum – revolutionierte Mies, der vor seiner Übersiedelung in die USA von 1930 bis 1933 Bauhaus-Direktor war, die Bauwelt. All diese Konzepte fanden sich im Deutschen Pavillon auf der Weltausstellung 1928/29 in Barcelona, der zu seinen Hauptwerken zählt und der endgültig seinen Weltruhm begründete. Der extra für diesen Bau entworfene „Barcelona-Chair“ ist heute ein Design-Klassiker. *PAZ*

Die Schau im Ludwig Forum Aachen, Jülicher Straße 97–109, läuft vom 28. Oktober bis 12. Februar 2017, www. ludwigforum.de

Strauß' Marsch macht ihn unsterblich

Vor 250 Jahren wurde mit Josef Wenzel Radetzky von Radetz der wohl bekannteste Heerführer Österreichs geboren

Als der Adelsspross am 2. November 1766 auf dem väterlichen Schloss in Südböhmen geboren wurde, hat wohl niemand geahnt, dass er mehr als 90 Jahre später als dienstältester Soldat der Donaumonarchie in Ruhestand gehen würde. Da sein Vater als Hauptmann in der kaiserlichen Armee diente, dürfte allerdings für den Sohn dieselbe Laufbahn naheliegend gewesen sein. Diese machte ihn zum wahrscheinlich populärsten österreichischen Feldherrn aller Zeiten.



Auch als greiser Heerführer noch immer zu Pferde: Feldmarschall Radetzky inmitten seiner Soldaten Bild: pa

Der junge Radetzky trat 1784 als Kadett in ein Kürassier-Regiment ein und wurde zwei Jahre später zum Unterleutnant befördert. In den ersten beiden Koalitionskriegen gegen Frankreich machte er aufgrund seiner Leistungen eine steile Karriere. Schon 1799 zum Oberst befördert, tat er sich vor allem in Schlacht um Marengo am 14. Juni 1800 durch seine Tapferkeit hervor, wo er von fünf Kugeln getroffen wurde. In der Folge kommandierte er ein Kürassier-Regiment und erhielt das Ritterkreuz des Militär-Maria-Theresien-Orden verliehen.

Im Krieg gegen Napoleon von 1805 bekam Radetzky von Erzherzog Karl den Auftrag, von Norditalien aus auf schnellstem Weg nach Marburg (Maribor) an der Drau zu reiten, um dem vorrückenden französischen Südflügel abzufangen. Zwischen dem 12. und dem 16. November legte er mit seinem Regiment über 300 Kilometer zurück und konnte so die Vorhut der Franzosen aufhalten. Nach der siegreichen Schlacht von Aspern im Mai 1809 wurde er zum Feldmarschall-Leutnant (Generalleutnant) ernannt.

1813 rückte er in die Position des Chefs des Generalquartiermeisterstabs auf. Die Stellung entsprach dem des späteren Generalstabchefs, eine Funktion, in der Radetzky seinen Spürsinn für die Lage und seinen Weitblick zur Geltung brachte. Im Herbstfeldzug 1813 gegen Napoleon hatte er aber weniger gegen den Korsen, sondern viel mehr mit rivalisierenden Generalen und den Interventionen des selbstbewussten Zaren Alexander I. zu kämpfen. Immerhin war Radetzky der wichtigste Berater des Oberbefehlshabers, des Feldmarschalls Fürst Schwarzenberg, und geriet in ein Spinnennetz von Intrigen. Der von ihm entworfene Operationsplan sah vor, dass sich jene der drei verbündeten Armeen, die von Napoleon angegriffen würde, zurückziehen sollte, während die beiden anderen vorzurücken hatten, um so den Aktionsraum Napoleons Stück für Stück einzuengen. Dann sollten sie ihn gemeinsam angreifen.

Auch die Schlacht von Leipzig im Oktober wurde nach seinen Vorstellungen vorbereitet. Schwarzenberg ließ sich durch einen sächsischen Offizier bewegen, den linken Flügel zu stärken, um einen Flankenangriff zu führen, schwächte aber dafür sein Zentrum empfindlich, wo Napoleon mit seiner überlegenen Hauptmacht durchzubrechen plante. Radetzky konnte diesen Fehler unter Mithilfe des Zaren gerade noch korrigieren. Daran scheiterte der Entscheidungsangriff Napoleons am Abend des 16. Oktober. Drei Tage später waren die Verbündeten Sieger. Am Winterfeldzug 1814 nahm Radetzky, der dem Gegner keine Kampfpause schenken wollte, als Generalquartiermeister der österreichischen Armee unter Schwarzenberg teil und zog gemeinsam mit den siegreichen Monarchen in Paris ein.

> Ruhestand erst im Alter von 90 Jahren

In den nächsten Jahren versah Radetzky als Divisionskommandeur an mehreren Standorten Dienst ohne nennenswerte Ereignisse, bis er 1831 eine bedeutende, aber auch heikle Aufgabe erhielt. Man ernannte ihn zum Oberbefehlshaber im Königreich Lombardo-Venezien, womit ihm die Italien-Armee mit 110 000 Mann unterstand. Norditalien war nach der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress 1814/15 der wichtigste Gewinn des Habsburgerreiches und somit ein Prestigeobjekt ersten Ranges, und Radetzky wusste, was die neue Position bedeutete. Er nutzte die Zeit, um seine langjährige Erfahrung in Form von „Feldinstruktionen" zu Papier zu bringen. Schließlich wurde er, 70-jährig, 1836 zum Feldmarschall ernannt.

Man könnte meinen, dass dies eine gute Gelegenheit gewesen wäre, um nach 52 Dienstjahren einen Abschied zu erbitten. Doch der von seinen Soldaten liebevoll „Vater Radetzky" genannte Feldherr blieb im Dienst und erlebte 1849/49 den Höhepunkt seiner Laufbahn. Das aufstrebende Königreich Piemont-Sardinien wollte die Lombardei gewinnen und nutzte die revolutionäre Lage in Mailand zum Vorgehen gegen Österreich. Der 82-jährige Radetzky zog seine Kräfte bis ins Vorfeld Veronas zurück und ging dann zum Gegenangriff über. Er siegte in mehreren Schlachten, und gewann am 6. August 1848 Mailand zurück, worauf der geschlagene König Karl Albert um Waffenstillstand ersuchte. Nachdem aber Karl Albert im März 1849 das Abkommen aufgekündigt hatte, war es Radetzky, der zum Angriff überging und das gegnerische Heer schnell und gründlich besiegte. Damit war der Krieg entschieden und die Stellung Österreichs in Norditalien gesichert.

„Vater Radetzky" wurde mit Auszeichnungen geradezu überhäuft. Er erhielt beispielsweise das Großkreuz des Maria-Theresien-Ordens und den Orden vom Goldenen Vlies, die höchste Ehrung, die das Haus Habsburg zu vergeben hatte. Endlich trat er 1857 in den Ruhestand und starb am 5. Januar 1858 in Mailand. Seine sterblichen Überreste wurden auf dem „Heldenberg" in Niederösterreich in einem Mausoleum beigesetzt. Der Feldherr lebte im Gedächtnis breiter Schichten vor allem durch den volkstümlichen „Radetzky-Marsch" weiter, den Johann Strauß-Vater in Anerkennung von dessen Siegen 1848 komponiert hatte. *Heinz Magenheimer*

Der weltweit erste Jagdflieger kam aus Preußen

Oswald Boelcke entwickelte mit den Dicta Boelcke die ersten Einsatzgrundsätze der Luftkampftaktik

Die Luftstreitkräfte steckten zu Beginn des Ersten Weltkrieges noch in den Kinderschuhen. Sie entwickelten sich aber besonders an der Westfront sprunghaft, was auf beiden Seiten verbesserte Technik, mehr Flugzeuge und mehr Luftkämpfe zur Folge hatte. Die französischen, englischen und deutschen Kampfflieger wurden vor allem an ihren erreichten Abschüssen im Luftkampf gemessen und bei Erfolgen in der jeweiligen Heimatpresse als Helden gefeiert. In der kaiserlichen deutschen Luftwaffe sorgten besonders Jagdflieger wie Oswald Boelcke für Schlagzeilen. Boelcke, der in Dessau aufgewachsen war, galt bis zu seinem frühen Tod vor 100 Jahren als Star der ersten deutschen Jagdflieger-Generation. Wegen seiner fliegerischen Leistungen genoss er auf beiden Seiten der Frontlinie höchste Anerkennung. Er war der jüngste Hauptmann des deutschen Heeres, setzte mit 40 Luftsiegen weltweit Maßstäbe, erarbeitete mit der „Dicta Boelcke" die ersten Einsatzgrundsätze der Luftkampftechnik und prägte seinen berühmten Jünger und Nachfolger Manfred Freiherr von Richthofen.

> Nicht ein Kriegsgegner, sondern der Zusammenstoß mit einem Kameraden im Luftkampf beendete vor 100 Jahren sein Leben

Boelcke wurde am 19. Mai 1891 im Ortsteil Giebichenstein in Halle an der Saale geboren. Der Vater, ein Gymnasialprofessor, entstammte einer Beamtenfamilie, die in Brandenburg an der Havel über mehrere Generationen Staatsdiener hervorbrachte. Der Großvater fungierte in der Domstadt als Stadtsekretär. Vater Max wirkte außer in Halle auch in Buenos Aires und Dessau als Gymnasialprofessor. Sohn Oswald legte 1911 in Dessau das Abitur ab und trat anschließend wie sein älterer Bruder Wilhelm als Fahnenjunker in das kaiserliche Heer ein. Nach der Offiziersausbildung in Koblenz meldeten sich beide Brüder, begeistert von der neuartigen Fliegertruppe, freiwillig zur Ausbildung als Flugzeugführer. Oswald Boelcke absolvierte die diesbezügliche Zusatzausbildung ab Mai 1914 in der Fliegerschule Halberstadt. Seine letzte Flugprüfung bestand der junge Offizier am 15. August 1914, zwei Wochen nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Beide Brüder Boelcke wurden sofort in die Feldfliegerabteilung 13 an der Westfront versetzt, wo sie zunächst als Beobachter eingesetzt wurden. Aber aus den Beobachtern entwickelten sich innerhalb eines halben Jahres im Gefolge der Eigendynamik des Krieges und der erkannten Möglichkeiten der Luftwaffe Kampfflieger. Dazu wurde Oswald Boelcke im April 1915 an der Fliegerschule in Döberitz bei Berlin geschult. Er wurde anschließend mit der neuen Feldfliegerabteilung 62 nach Douai in Frankreich verlegt und errang am 4. Juli 1915 seinen ersten Luftsieg. Luftkämpfe waren zu dieser Zeit noch eine Ausnahme. Aber gerade das reizte Boelcke, der sich als einer der ersten Weltkriegs-Kampfflieger etablierte und für die gezielte Ausweitung der Luftkämpfe mit einer entsprechenden technischen Ausstattung warb. Mit Erfolg. Ab September 1915 ging es Schlag auf Schlag. Boelcke hatte im Januar 1916 zusammen mit Max Immelmann, dem zweiten frühen Stern am deutschen Fliegerhimmel, schon acht Luftsiege, beherrschte mit Immelmann den Luftkrieg über der Westfront und wurde mit ihm noch im Januar 1916 mit dem Pour le Mérite ausgezeichnet. Beide waren die ersten deutschen Kampfflieger, die diesen Orden erhielten und galten fortan als Helden und Vorbilder, denen andere aufstrebende Jagdflieger nacheiferten.

Doch nach dem frühen Tod von Immelmann erhielt Boelcke im Juni 1916 für einige Zeit Flugverbot.



Früher Stern am Fliegerhimmel: Oswald Boelcke Bild: CF

Er war mit seinen Erfahrungen und Ideen für den Ausbau, die Neustrukturierung und die Ausbildung der Fliegerwaffe zu wichtig, um ihn weiter den Gefahren des Luftkampfes auszusetzen. Stattdessen wurde der junge Kriegsheld mit Auszeichnungen überschüttet und als Luftwaffeninspekteur auf eine Balkanreise bis an die Galipolifront im Osmanischen Reich geschickt, wobei er als rangniederer Offizier mit Militär- und Staatsgrößen den Gedankenaustausch pflegte. Das reichte von Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg über Generalfeldmarschall August von Mackensen bis zu Enver Pascha. Der Luftkriegsheld erregte überall großes Aufsehen. Nach seiner Rückkehr an die Westfront, seiner Beförderung zum Hauptmann und der Umstrukturierung der deutschen Luftwaffe unter seiner Regie fungierte er ab dem 10. August 1916 als Kommandeur der neuen Jagdstaffel 2, deren Mitglieder er selbst auswählte. Dafür holte er sich auch die junge Fliegerbegabung Manfred von Richthofen an seine Seite, den er in den nächsten Wochen prägte. Mehr noch. Er entwickelte die ersten Einsatzgrundsätze für den Luftkampf, die über Jahrzehnte Gültigkeit hatten, bildete seine Flieger entsprechend aus und steigerte die deutsche Quote der Luftkampfsiege erheblich. Im Oktober 1916 stand der Draufgänger Boelcke mit 40 anerkannten Luftsiegen an der Spitze aller Jagdflieger weltweit.

Am 28. Oktober 1916 allerdings kam sein jäher Absturz. Da war er 25 Jahre alt. Boelcke starb nach einer Kollision, erhielt ein Staatsbegräbnis und fand auf dem Ehrenfriedhof in Dessau seine letzte Ruhe. Das dortige Boelcke-Denkmal blieb hier bis heute erhalten. Seine Jagdstaffel bekam nach seinem Tod seinen Namen. Heute tragen Jagdgeschwader der Bundeswehr, Kasernen und auch Straßen in verschiedenen Städten seinen Namen. Oswald Boelckes Bruder Wilhelm überlebte den Ersten Weltkrieg als Fliegeroffizier und hatte später Leitungspositionen in der Wirtschaft. *Martin Stolzenau*

Gedanklicher Ballast

Das Deutsche Historische Museum hinterfragt in einer Ausstellung die Geschichte der deutschen Kolonien

Lange Zeit war der deutsche Kolonialismus wegen der übermächtigen Ereignisse von Weltkrieg, Vertreibung und deutscher Teilung kein Thema. Doch in den vergangenen Jahren hat er mehr und mehr Aufmerksamkeit gefunden, nicht zuletzt wegen der blutig niedergeschlagenen Aufstände der Hereros und Namas in den deutschen Afrika-Kolonien. So wirkt es fast überfällig, wenn sich jetzt das Deutsche Historische Museum (DHM) in Berlin mit einer Ausstellung „Deutscher Kolonialismus. Fragmente seiner Geschichte und Gegenwart" des Themas annimmt.


Bild: Siesing/DHM

Geschnitzte Gottheiten, Elefantenstoßzähne, Hobbyfotografien: Die Ausstellung zeigt zahlreiche Facetten deutscher Kolonien

Deutschland war von 1884 bis 1919 Kolonialmacht, eine nur kurze Zeit im Vergleich zu den großen Kolonialmächten Großbritannien, Frankreich, Spanien und den Niederlanden. Aber weite Teile der Bevölkerung begrüßten es, Kolonien zu besitzen. Für die europäischen Staaten wurde es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch zur Prestigefrage. Reichskanzler Otto von Bismarck stand entsprechenden Bestrebungen reserviert gegenüber, konnte sich aber dem wachsenden Druck nicht entziehen. Zu den bekanntesten Verfechtern auf Kolonien gehörten Carl Peters, Gustav Nachtigal und Adolf Lüderitz. 1884/85 auf der Berliner Afrika-Konferenz wurde das noch „freie Land" auf dem Kontinent aufgeteilt: Deutschland erhielt Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia), Kamerun, Togo (heute teils Togo, teils Ghana) und Deutsch-Ostafrika (heute Tansania und Teile Ruandas). 1897 sicherte sich das Kaiserreich das Mandatsgebiet Tsingtau in China, außerdem mehrere Stützpunkte in Neu-Guinea, Samoa und auf den Marshall-Inseln. Mit dem Friedensvertrag von Versailles verlor Deutschland 1919 alle Kolonien.

Der Titel der Ausstellung sagt schon, dass man es nicht bei historischen Ereignissen belassen, sondern auch fragen will, wieweit „kolonialrevisionistisches Denken" nach 1919 und bis heute fortwirkt. „Wer von Aufklärung in Europa redet, darf vom Kolonialismus nicht schweigen", heißt es gleich zu Beginn. Gezeigt werden soll, dass Kolonialismus eine gewaltsame Fremdherrschaft war, dass ein europäisches Überlegenheitsdenken, imperialistische Anmaßung und das Gefühl, einer Herrenrasse anzugehören, nicht nur Deutsche, sondern generell alle europäischen Kolonialmächte bestimmten.

Die Ausstellung geht nicht chronologisch vor, sondern ist mit ihren rund 500 Objekten in acht Themenbereiche unterteilt. Diese reichen von Bildern der Kolonien als Symbole von Weltgeltung und Weltherrschaft über den kolonialen Alltag, von kolonialen Sammlungen – überreich in deutschen Museen, besonders im DHM selbst, das einen Großteil der Schau aus eigenen Beständen bestücken kann – über revisionistische Bestrebungen in der Weimarer Republik und NS-Zeit bis zur Dekolonialisierung fast aller Staaten ab den 1960er Jahren und zu einer kritischen Analyse postkolonialer Gegenwart. Beim letztgenannten Punkt kommen Themen wie Wiedergutmachung, „Entschuldigungen" für begangenes Unrecht und mögliche Restitutionen von Kulturgut zur Sprache. Ergänzt wird die Ausstellung durch einen informativen Katalog und ein umfangreiches Begleitprogramm, das besonders auf Kinder und Jugendliche abzielt.

> Ein Thema ist die »postkoloniale Gegenwart«

Die Ausstellung selbst spiegelt diesen schweren gedanklichen Ballast – zum Glück? – nur teilweise wider. Illustriert werden die acht Bereiche mit zahlreichen Bildern und Plakaten, mit Büchern heroisierenden Inhalts, mit Uniformstücken der Schutztruppen, mit frühen Filmaufnahmen und vor allem mit einer Fülle von Fotografien. Diese sind altersbedingt oft etwas blass, aber wenn man sich die Mühe des genauen Anschauens macht, sieht man, wie sie den Alltag der Menschen – Afrikaner wie Deutsche, seien es Farmer, Beamte oder Soldaten – ungemein anschaulich spiegeln. Schnell wird deutlich, warum das Thema Kolonien damals auf viele Menschen in den Heimatländern so faszinierend wirkte. Man sah eine fremde, eine scheinbar ferne Welt, die aber jetzt als Kolonie gleichsam zum eigenen Land gehörte. Die damals noch junge Fotografie muss das Hobby vieler Deutscher gewesen sein, so als wolle man ein Stück erlebte Fremde für immer mit nach Hause nehmen. Das Spektrum ist dabei denkbar breit: Bilder aus der Landwirtschaft, Menschen in Runddörfern und Krals, Viehtränken, Großwildjagd, aber auch Schulen und Unterricht und immer wieder soldatischer Alltag.

Zu den besonderen Ausstellungsstücken zählt ein originales Maxim-Maschinengewehr, mit dem alle europäischen Schutztruppen ausgerüstet waren und das die numerische Unterlegenheit der Europäer bei kriegerischen Auseinandersetzungen mehr als wettmachte, ein Brief von Reichspräsident Friedrich Ebert, in dem er kurz vor Abschluss des Versailler Vertrages bedauernd schreibt, die deutschen Kolonien seien wohl für immer verloren, eine Kanonenkugel, die an die allererste, noch preußische Kolonie 1682 an der westafrikanischen Küste erinnert, und schließlich das komplette Arbeitszimmer des letzten Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika mit Stoßzähnen von Elefanten, geschnitzten Gottheiten, Federbüschen und Textilien. Ganz am Ende stehen drei gestürzte Bronzeplastiken, ein Löwe, ein Askari und ein Schutztruppensoldat, so als sei darin das Ende des deutschen Kolonialismus sichtbar. *Dirk Klose*

Deutsches Historisches Museum Berlin, Unter den Linden, bis 14. Mai 2017, Eintritt 8 Euro, ermäßigt 4 Euro.

Der Bomber, der nie kam

Warum das Dritte Reich kein Pendant zu den »Halifax«, »Stirlings« oder »Flying Fortresses« der Angloamerikaner hatte

Eigentlich ist die Dornier Do 19 eher eine Fußnote der Luftfahrtgeschichte. Aber an ihr lässt sich gut das Versagen der Luftwaffenführung des Dritten Reiches auf einem wichtigen Feld der Luftrüstung zeigen.

Die Do 19 war Dorniers Beitrag zur Entwicklung des sogenannten Uralbombers, der gemäß einer Anforderung des Reichsluftfahrtministeriums aus dem Jahre 1933 auch Ziele hinter dem Uralgebirge erreichen sollte. Neben Junkers beteiligte sich auch Dornier an der Ausschreibung für diesen strategischen Langstreckenbomber.

1934 präsentierte Dornier eine Attrappe und bekam daraufhin den Auftrag zum Bau von drei Versuchsmustern. Der erste Prototyp der Do 19 startete vor 80 Jahren, am 28. Oktober 1936, zum Erstflug. Dornier lieferte ein schlankes, viermotoriges Flugzeug ab, das eine Spannweite von 35 Metern hatte und vollgetankt etwas über 18 Tonnen wog. Den Antrieb lieferten vier Bramo-H2-H2-Sternmotoren mit je 715 PS oder 526 Kilowatt. Es hätte eine Bombenlast von 1,6 Tonnen befördern können. Vor 80 Jahren, am 28. Oktober 1936, erfolgte der Erstflug.

Dass die Do 19 nie in Serie ging, lag nicht zuletzt daran, dass sich schon während des Baus der ersten Versuchsmaschine die Prioritäten bei der Luftwaffe geändert hatten. Die Verantwortlichen hatten erkannt, dass die Leistungsvorgaben für den Uralbomber zu niedrig angesetzt waren. Deshalb wurde darauf verzichtet, die Do 19 und das Konkurrenzmuster Junkers Ju 89 weiterzuentwickeln. Das Reichsluftfahrtministerium zog die Anforderung nach dem Uralbomber im August 1936 zurück. Von den bestellten Do-19-Prototypen blieb das erste das einzige Versuchsmuster, das abhob. Die Maschine wurde rund drei Monate von der Luftwaffe erprobt und dann an Dornier zurückgegeben. Bei Kriegsbeginn flog sie für kurze Zeit als Truppentransporter. Dornier hatte versucht, seine Konstruktion als Passagierflugzeug an die Lufthansa zu verkaufen. Aber dieses Rennen hatte Junkers mit der aus der Ju 89 abgeleiteten Junkers Ju 90 bereits für sich entschieden.


Vor 80 Jahren erstmals in der Luft: Die Dornier Do 19

Bild: CF

Der Generalstabschef der Luftwaffe, Generalleutnant Walther Wever, gab nun eine neue Anforderung heraus – nach dem „Bomber A", der unter anderem sturzkampftauglich sein sollte. Wever starb zwar bereits kurze Zeit später, am 3. Juni 1936, bei einem Flugzeugabsturz und sein Nachfolger, Albert von Kesselring, befürwortete im Gegensatz zu ihm statt einer strategischen Luftkriegsflotte eine taktische, also zur Heeresunterstützung ausgerichtete Luftwaffe. Dennoch wurde das „Bomber A"-Programm fortgesetzt.

Heinkels Antwort war die ungewöhnliche He 177 „Greif". Der schwere Bomber hatte vier Motoren, von denen je zwei miteinander gekoppelt waren und auf eine Luftschraube wirkten. Die Triebwerkshitze sollte durch die sogenannte Oberflächenkühlung abgeleitet werden. Dabei wurde die Kühlflüssigkeit in Wärmetauschelemente auf den Flügel und den Rumpf geleitet, nicht durch konventionelle Kühler. Heinkel hatte diese Technologie bereits in kleineren Flugzeugen erfolgreich getestet. Mit dem ungewöhnlichen Antrieb sollte die Maschine sturzkampftauglich gemacht werden.

Der Uralbomber wurde zugunsten des angeblichen Superflugzeugs Heinkel He 177 eingestellt. Allerdings bereiteten die für einen schweren Langstreckenbomber ziemlich unrealistische Forderung nach Sturzkampffähigkeit und die technisch komplexe Oberflächenkühlung Probleme. Nun ging man nicht etwa den einfacheren Weg und baute eine technologisch abgespeckte, weniger ambitionierte, konventionelle Variante der He 177 mit vier Einzelmotoren. Heinkel wurde sogar verboten, eine derartige He 177 gegenüber der Luftwaffenführung auch nur zu erwähnen. Stattdessen ließ das Reichsluftfahrtministerium die Industrie weiter experimentieren. Junkers durfte versuchen, aus dem Transporter Ju 290 einen Bomber zu machen, und Messerschmitt an der viermotorigen Me 264 „Amerikabomber" arbeiten. Das Ergebnis waren eine kleine Serie von Ju-290-Fernaufklärern und zwei Prototypen der Me 264. Die Luftwaffe behalf sich mit dem zum Kampfflugzeug umkonstruierten viermotorigen Tiefdecker-Langstreckenverkehrsflugzeug Focke-Wulf Fw 200. Von diesem Modell standen aber nie mehr als 20 Maschinen gleichzeitig zur Verfügung.

Ungeachtet der genannten Probleme ging die Heinkel He 177 1942 in Serie. Bis zum Produktionsende 1944 wurden 1137 Exemplare gebaut. Die zahlreichen Kinderkrankheiten wurden erst Mitte 1943 einigermaßen überwunden. Darüber hinaus fehlte es an erfahrenen Piloten und Technikern, an Ersatzteilen, Austauschmotoren, an geeigneten Flugplätzen sowie an Bodengeräten für den Motorenwechsel oder das zum Reifenwechsel nötige Aufbocken der Flugzeuge. Zudem hätte nach Erkenntnissen des britischen Luftfahrthistorikers Alfred Price die deutsche Treibstoffindustrie ab Sommer 1943 nicht mehr genug Flugbenzin liefern können, um große strategische Bomberoffensiven durchzuführen. Und die Produktion ging im weiteren Kriegsverlauf immer mehr zurück. Ende 1944 wurden alle Bomberentwicklungen sang- und klanglos eingestellt. Viele neue He 177 wurden von den Fabriken direkt zur Verschrottung überführt, die Verbände aufgelöst. *Friedrich List*

»Reisewarnungen« ignorieren

Zu: Usedom soll abgestraft werden (Nr. 39)

Meine Frau und ich sind gerade von einem dreiwöchigen Urlaub von der Insel Usedom zurückgekehrt, und wir waren wieder einmal begeistert von der Schönheit der Landschaft und der Gastfreundschaft der Menschen. Mit wem wir uns dort auch unterhielten – das Thema Politik spielte nie wirklich eine Rolle, allerdings bemängelte man immer wieder die schleichende Reduzierung öffentlicher Dienstleistungen in den letzten Jahren, die für viele Inselbewohner dazu führt, dass sie weitere Anfahrtswege zu bewältigen haben (zum Beispiel nach Greifswald).

Inzwischen wurde auch das letzte (moderne) Kinderhospital auf Usedom geschlossen, und all solche negativen Erscheinungen haben dann wohl dazu geführt, dass viele Menschen auf der Insel im September bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern die AfD wählten, wie man den Zeitungen entnehmen konnte. Das hatte dann auch damit zu tun, dass die AfD-Kandidaten sich vor Ort mit Bürgern zusammensetzten und sich deren Alltagsprobleme anhörten, während man auf die Funktionsträger von CDU und SPD vergeblich wartete.

Wie wir erfuhren, ist schon heute die Tourismus-Saison für 2017 zum großen Teil ausgebucht, und auch jetzt wimmelte es auf der Insel von Touristen, die Unterkünfte waren weitgehend ausgelastet. Von Boykott hörte und spürte man absolut nichts.

Abschließend sei noch erwähnt, dass nicht einmal die Nationalsozialisten zu Urlaubsboykotts aufgerufen haben, im Gegenteil, man sollte möglichst in andere Länder reisen – wenn auch meist organisiert durch KdF –, um zu erfahren, um wie viel schlechter es den Menschen dort ging im Vergleich zum prosperierenden Deutschland.

Vor 1989/90 war es außerdem üblich, zum Boykott von Reisen nach Südafrika (wegen der Apartheid) oder nach Chile (wegen des Pinochet-Regimes) aufzurufen, während dieselben Mahner keine Probleme damit hatten, in die Sowjetunion, nach Kuba oder auch in die Volksrepublik China zu reisen, wo sich die Menschenrechtssituation auch nicht gerade vorbildlich darstellte. Es war stets ein Unterschied, ob es sich um sogenannte rechte oder linke Diktaturen handelte, wobei letztere allenfalls als „autoritäre Regierungen" klein- beziehungsweise schöngeredet wurden.

Wolfgang Reith, Neuss

Verordneter Suizid eines Landes

Zu: Erinnerungen an Deutschland (Nr. 41)

So traurig das eigentlich ist – ich möchte mich dafür bedanken, wie treffend Eva Herman in ihrem Beitrag den bedauernswerten Zustand dieses Landes beschreibt, das sich einst stolz „Deutschland" nennen durfte und für das auch die Widerstandskämpfer des „20. Juli 1944" in den Tod gingen (der Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg rief – verbürgt – dem Erschießungskommando zu: „Es lebe das heilige Deutschland!").

Der gravierende Abwärtstrend, der sich tatsächlich durch alle Bereiche in diesem Land zieht, hat inzwischen Dimensionen angenommen, die leider zwangsläufig zu Hermans traurigen Schlussfolgerungen führen müssen: „Ich weiß nicht, wie es mit der Geschichte der Deutschen weitergehen wird."

Die Frage, die sich jeder noch normal und sachlich denkende deutsche Bürger dieses Landes stellt oder stellen müsste, woher dieser verordnete Suizid wohl kommen mag, liegt allerdings meiner Meinung nach in der Zeit der Verträge, die 1990 schließlich zur wundersamen „Wiedervereinigung" führten. Danach gibt es meines Erachtens ein geheimes Zusatzprotokoll, das bestimmt, dass dieses Deutschland dann aber gefälligst „aufzugehen" (oder wie auch immer man es formuliert hat) habe. Der Ort des Auf- oder Untergehens dürfte inzwischen auch klar definiert sein: natürlich im Sumpf der EU unter der Führung verantwortungsloser Politiker, die sich scheinbar im Quadrat vermehren.

Das klingt nach Verschwörungstheorie und kann bestenfalls nach Öffnung von Archiven in 50 oder 100 Jahren bestätigt oder widerlegt werden, aber war es denn mit dem Zusatzprotokoll zwischen Deutschland und der Sowjetunion von 1939 anders? Hier wird es gewiss einen Aufschrei der Entrüstung geben, aber das ist oft so, wenn ein bestimmter Nerv getroffen wird.

Manfred Kirsten, Freital

Trauriger Prozess

Zu: Die Angst fährt immer mit (Nr. 40)

Eine hochbetagte Bekannte von uns stiftet Sachen für karitative Einrichtungen. Bei einem solchen Anlass beobachtete sie eine ausländische Frau beim Diebstahl. Sie sprach sie höflich an und bat um Bezahlung mit dem Hinweis auf die hiesigen Gepflogenheiten. In diesem Moment bedrohte sie brutal ein Mann, der möglicherweise der Ehemann der Diebin war und der sich die ganze Zeit im Hintergrund gehalten hatte mit den Worten: „Wenn du irgendwas machen, dann ich warten draußen vor der Tür auf dich."

Die alte Dame ging verängstigt und entsetzt nach Haus. Eine sehr, sehr traurige Entwicklung – armes Deutschland.

Familie Dr. Jullian, Eberbach

Juwel mit Makel

Zu: Tolerante Wanze (Nr. 42)

Bravo, der erhellende Artikel über Erasmus von Rotterdam ist ein kleines Juwel in Ihrer Zeitung. Der Humanist und sein Konflikt mit Luther sind so erfrischend geschildert, dass es Lust macht, mal selbst wieder ein Buch von Erasmus in die Hand zu nehmen.

Ein kleiner Hinweis sei dennoch gestattet: Papst Leo X. war nicht wegen der „Erasmus-Bibel" erzürnt. Erasmus widmete seine Ausgabe des Neuen Testaments von 1516 dem Papst, und es gelang ihm sogar, zur zweiten Auflage von 1519 einen Brief Leos als Vorwort zu platzieren. Erzürnt waren in erster Linie die Dogmatiker in Rom, welche die katholische Lehrmeinung durch eine solche kritische Bibelfassung in Gefahr sahen.

Matthias Schöne, Hannover

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Auf in den Norden

Zu: Aufrufe zum Urlaubsboykott (Nr. 39)

Glauben die Herren Eberhard Seidel, der frühere Ressortleiter der „Taz" und jetzige Geschäftsführer der „Schule ohne Rassismus", und Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, wirklich daran, dass sie einer in diesen Urlaubsregionen vermisst? Beide Herren sollten sich recht bald nach Urlaubsregionen außerhalb von Deutschland umsehen, wo es nicht ähnliche Gegebenheiten gibt. Was nicht so ganz einfach ist.

Solche oder ähnliche Äußerungen (zum Urlaubsboykott wegen „ungebührlichen Wahlverhaltens", d. Red.) nutzen nur der AfD. Die Linken sollten sich, bevor sie über ungebührliches Wahlverhalten schreiben und reden, darüber informieren, warum es auf Usedom zu diesem Wahlergebnis gekommen ist. Das hat nur ganz am Rande etwas mit unseren „neuen Bürgern" zu tun. Viel eher fühlen sich die Bewohner vom Land Mecklenburg-Vorpommern abgehängt. Warum muss ein Mitglied des Landtages „touristische Kompetenz" haben?

Ich gehe davon aus, dass es im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einige Abgeordnete gibt, die diese „Voraussetzung" nicht erfüllen, diese Politiker aber wohl nicht der AfD angehören. An „touristischer Kompetenz" scheint es der Geschäftsführerin der Dresden Marketing GmbH, Bettina Bunge, völlig zu fehlen. Hier schadet nicht Pegida, sondern Frau Bunge.

Also, auf nach Mecklenburg-Vorpommern und Dresden!

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Hörige Justiz

Zu: Subventionsgrab Windkraftanlagen (Nr. 41)

Der in dem Beitrag geschilderte Umgang mit den Klägern erinnert fatal an einen Vorgang aus dem Jahr 2005. Damals hatte der Rechtsanwalt Lerche aus Detmold im Auftrag einer Gemeinschaft von zwölf Bürgerinitiativen Klage beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eingereicht.

Die Klage richtete sich gegen das EEG, das Erneuerbare Energien Gesetz, das eine rot-grüne Koalition ein Jahr zuvor als Meisterwerk der Energiepolitik gefeiert hatte. Dieses sei nach Ansicht der Kläger klar verfassungswidrig. Dabei stützte sich die Hoffnung auf ein Urteil des BVerfG aus dem Jahr 1994. Damals hatten die obersten Richter einer Klage gegen den sogenannten Kohlepfennig stattgegeben. Sonderabgaben seien nur unter engen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zulässig. Es handele sich um einen unzulässigen Eingriff in die Privatautonomie. Die Stromkunden würden zur Mitfinanzierung einer Energiepolitik gezwungen, für die sie keine besondere Verantwortlichkeit trifft.

Hätten die Richter der neuerlichen Klage stattgegeben und pflichtgemäß geurteilt, wäre auf die Bundesregierung ein gravierendes Problem zugekommen. Es gibt Berichte, nach denen sie auf verschiedenen Wegen versuchte, auf das Gericht Einfluss zu nehmen. Durchgesickert ist, dass sich der damalige Umweltminister Trittin auf den Weg nach Karlsruhe machte. Das Gericht zog sich aus der Affäre, indem es – wie zu befürchten war – die Klage ohne nähere Begründung nicht zur Entscheidung annahm.

Wie im vorliegenden Fall aus dem Jahr 2016 ist es wieder einmal ein Beispiel für die verbreitete Hörigkeit der Justiz gegenüber der Politik.

Ulrich Löbert, Quedlinburg

Das Ostpreußenblatt



Nr. 43 – 28. Oktober 2016

»Ostpreußen ist und bleibt Faszination«

Die Landsmannschaft Ostpreußen führte in Berlin ihr 8. Deutsch-Russisches Forum durch – Das Interesse wächst



Jewgenij Snegowskij – Der Delegationsleiter der russischen Teilnehmer referierte auf Deutsch. In seinem Kurzvortrag berichtete er über die aktuellen Bauaktivitäten in seiner Heimatstadt Palmnicken.



Wilhelm von Boddien – Als Vorsitzender des Fördervereins Berliner Schloss e.V. bereitete der engagierte Geschäftsführer die Teilnehmer des Forums mit seinem Vortrag über den Fortgang des Wiederaufbaus auf den vorgesehenen Besuch des Humboldt-Forums vor.



Eva Schalaginowa – Die Pillauer Forumsteilnehmerin kann auf zahlreiche Projekte mit Jugendlichen zurückblicken. Ihr Interesse gilt besonders der preußischen Architektur, deren Baustil sie „Preußische Romantik“ nennt.





Irina Lobenko – Um die Kirche von Tharau zu erhalten, haben die heutigen Bewohner privat gespendet. Heute gibt es dort ein Museum, über dessen Arbeit Irina Lobenko berichtete. Kürzlich fand ein Herbstmarkt statt. Des „Ännchen von Tharau“ wird mit einem Fest gedacht. Weil es in Tharau viele Linden gibt, hat sich ein Theater namens „Lipka“ (Lindchen) formiert.

Mehr als 60 Teilnehmer, je zur Hälfte Deutsche und Russen, trafen sich im Dietrich-Bonhoeffer-Haus zum 8. Deutsch-Russischen Forum „Zukunft braucht Vergangenheit 2016“, um sich über die Ergebnisse ihrer Arbeit und aktuelle Projekte auszutauschen. Vom 21. bis 23. Oktober hatte die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) zu ihrer völkerverbindenden Veranstaltung nach Berlin eingeladen.

Für Brigitte Stramm, Leiterin des Forums und Vorstandsmitglied der Landsmannschaft Ostpreußen steht fest: „Ostpreußen ist und bleibt Faszination.“ Dass dem so ist, beweist das große Interesse am Deutsch-Russischen Forum, das sich von einem Kennenlern- und Austauschforum der ersten Jahre zu einem verlässlichen Netzwerk grenzüberschreitender und völkerverbindender Zusammenarbeit entwickelt hat. Gemeinsame Motivation sei es, „Historie zu bewahren, damit Leben hüben wie drüben Früchte trägt“, so Stramm. Dass die Zusammenarbeit bereits Früchte getragen hat, zeigen sowohl das große Interesse der Teilnehmer als auch die angeschobenen und teils umgesetzten gemeinsamen Projekte, von denen einige auf dem Forum vorgestellt wurden.

Stramm ging auf die Vision vom Wiederaufbau des Berliner Schlosses ein, dessen Entwicklung sie von der Attrappe über die Planung bis zur Umsetzung aufmerksam verfolgt habe. Das Beispiel Berlin könne auch die Vision vom Wiederaufbau des Königsberger Schlosses beflügeln.

Eine Vision hatten auch die Vertreter der LO, als sie 2008 ihr erstes Deutsch-Russisches Forum in Königsberg durchführten. LO-Sprecher Stephan Grigat hob zu Beginn des diesjährigen Forums hervor, dass damals niemand wissen konnte, dass die Zusammenarbeit sich zu solch einem fruchtbaren Miteinander formen würde. Er betonte aber auch, dass wir uns heute nicht vorstellen könnten, was in zehn Jahren sein werde. Getreu dem Motto „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, schaffe das Deutsch-Russische Forum auch in bewegten Zeiten eine Verbindung zwischen Menschen und Völkern.

Die Grüße des Bundes der Vertriebenen (BdV) überbrachte mit einfühlsamen Worten Christian Knauer, der Vorsitzende des BdV-Landesverbands Bayern.

Die reiche preußische Geschichte Berlins mit ihren kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten und der voranschreitende Wiederaufbau des Berliner Schlosses boten einen hervorragenden Hintergrund für das diesjährige Deutsch-Russische Forum, zumal im heutigen Kaliningrad die Planungen für den Wiederaufbau des Königsberger Schlosses weitergehen.









Ein hochinteressantes Programm, prominente Gäste: Piotr Kuroczynski vom Herder-Institut in Marburg stellte „Virtuelle Rekonstruktionen“ in Ostpreußen vor (o.), LO-Sprecher Stephan Grigat begrüßte Philipp Lengsfeld, MdB (u.l.), Blick ins Plenum (r.)

Bilder: MRK

Einer, der sich seit 23 Jahren für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses stark gemacht hat, ist Wilhelm von Boddien. Er zeigte anhand von Bildern den Fortgang der Arbeiten. Als weitere Beispiele einer gelungenen Rekonstruktion nannte von Boddien Breslau und Danzig. Für Königsberg sprach er den Forumsteilnehmern Mut zu.

Die deutsche Hauptstadt blickt auf eine reiche Geschichte zurück. So nimmt es nicht Wunder, dass auch der Veranstaltungsort geschichtsträchtig ist. Das Dietrich-Bonhoeffer-Haus spielte bei der friedlichen Revolution von 1989 eine zentrale Rolle: Hier fand damals der erste Runde Tisch der SED mit der Opposition statt.

> Zusammenarbeit ist eine »Oase der reinen Vernunft«

Der CDU-Abgeordnete Philipp Lengsfeld, in dessen Wahlbezirk „Berlin-Mitte“ das Tagungshotel liegt, sprach in seinem Grußwort die wenig bekannte Geschichte der Vertreibung der Russlanddeutschen an. Selbstbewusst regte er an, den „stolzen“ Städten Königsberg und Tilsit ihre alten Namen zurückzugeben.

Jewgenij Snegowskij, Delegationsleiter der russischen Gruppe, sprach von den Erfolgen auf dem gemeinsamen Weg. Das Forum verbinde Menschen, denen Ostpreußen ans Herz gewachsen ist. Zu den Fortschritten trage neben individuellen Enthusiasten aber auch hin und wieder der russische Staat bei. All diese kleinen und großen Schritte der Zusammenarbeit sieht Snegowskij in Anlehnung an Kant als „Oase der reinen Vernunft“.

Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, moderierte die Veranstaltung bewährt souverän. Daneben referierte er diesmal zunächst über die von ihm konzipierte Ausstellung „Tilsit – Stadt ohne Gleichen“, die in Königsberg und Tilsit gezeigt wurde und einen großen Besucherandrang verzeichnen konnte. Darüber hinaus zeichnete Freyberg den Weg von Dietrich Bonhoeffer nach, wobei er besonders dessen Visitationsreisen nach Ostpreußen als Mitglied der Bekennenden Kirche hervorhob.

Im Anschluss stellte Tatjana Urupina ihr Buch „Tilsitskije Dominanty“ vor, das die Kulturhistorikerin gemeinsam mit ihrem Mann, dem Fotografen Jakow Rosenblum, erarbeitet hat und das bereits in dritter Auflage vorliegt.

Ein unbestreitbarer Höhepunkt der Veranstaltung war der Vortrag von Piotr Kuroczynksi vom Herder-Institut in Marburg. Der Architekt beschäftigt sich seit Jahren mit 3-D-Rekonstruktionen. Sein laufendes Projekt dient unter anderem der Sicherung digitaler Daten, damit sie nicht im „Daten-Friedhof“ verloren gehen. Ziel ist es aber auch, verloren gegangene Kulturschätze virtuell zu rekonstruieren und sie so für die Nachwelt zu erhalten. Am Beispiel von Schloss Schlobitten, dessen 3-D-Rekonstruktion ein Nachkomme in Auftrag gegeben hatte, erläuterte Kuroczynski, welcher Aufwand betrieben werden muss, um am Ende in einer 3-D-Animation durch die wiedererstandenen Räume zu „wandern“. Für solch eine Arbeit ist das Studium unterschiedlicher Quellen vonnöten. Anschließend werden alle Informationen miteinander verbunden, neben Historikern werden auch Kulturhistoriker, Augenzeugen und Architekten mit einbezogen. Zurzeit arbeiten Wissenschaftler an der Vernetzung vorhandener Datenbanken. Nach Fertigstellung des Projekts sollen Internetnutzer die Möglichkeit haben, alle Informationen zu Bauwerken abrufen zu können, inklusive Filmsequenzen der Interviews mit Augenzeugen.

In seiner Funktion als Stiftungsrats-Mitglied referierte Stephan Grigat über Planung und Entstehung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ (SFVV). Er spannte den Bogen vom Nachkriegsdeutschland, als das Thema Flucht und Vertreibung tabu war, über die Renaissance der Vertriebenenfrage in den Jahren 1989/90, als erstmals darüber diskutiert wurde, ein sichtbares Zeichen gegen Vertreibungen zu setzen, bis in die Gegenwart. Lange Zeit gab es endlose Diskussionen um den Inhalt der Stiftung, in denen man sich schließlich auf den Kompromiss einigte, dass der Fokus der Stiftung nicht nur den Deutschen gelten solle. Streit gab es auch um die personelle Besetzung, vor allem um die damalige BdV-Vorsitzende Erika Steinbach als Vertreterin der deutschen Vertriebenen. Dennoch hat sich das lange Ringen schließlich gelohnt: Kürzlich wurde im Deutschlandhaus, das mit großzügigen Mitteln der Bundesrepublik Deutschland umgebaut wird, um künftig die Ausstellung der SFVV zu beherbergen, Richtfest gefeiert. Mitte 2019 soll die Ausstellung eröffnet werden. Das Beispiel der SFVV zeigt, wie wichtig es ist, auch bei größeren Schwierigkeiten an Visionen festzuhalten und „dran zu bleiben“, damit diese Wirklichkeit werden können.

Dran bleiben wollen auf jeden Fall auch die Teilnehmer des Deutsch-Russischen Forums. Zwischen den Programmpunkten hatten sie Gelegenheit, sich auszutauschen. Dabei blieb es nicht aus, dass Sorgen bezüglich der derzeitigen politischen Eiszeit zwischen Russland und Europa und den USA zur Sprache kamen. In einem waren sich alle einig: „Wir werden weiter zusammenarbeiten und unsere Freundschaft pflegen.“

Manuela Rosenthal-Kappi



Irina Urupina – Die Kulturhistorikerin stellte ihr Buch „Tilsitskije Dominanty“ vor, das mit Unterstützung der Stadtgemeinschaft Tilsit entstand und das großen Erfolg hat.



Wlada Smirnowa – Als Freiwillige engagiert sie sich für die private Initiative „Dom Zamok“ in Insterburg. Vor allem Kindern und Jugendlichen will der Verein mit Führungen durchs Schloss die Geschichte näher bringen, aber auch mit Ritterspielen oder Handwerkskursen ihr Interesse wecken.



Dmitri Suchin – In seinem Rückblick auf das Projekt „Insterjahr“ kritisierte der in Berlin lebende Architekt die versäumten Chancen, Bauwerke in Insterburg zu erhalten und gab Erklärungsansätze. Zugleich stellte er neue Ideen vor.



Jurij Userzow – Der bekannte und beliebte Schul- und Museumsdirektor aus Kraupischken, Kreis Elchniederung kann auf große Erfolge zurückblicken. Ab dem 1. Dezember zeigt das Museum „Friedländer Tor“ eine Ausstellung mit Exponaten seines Museums. Für seine Verdienste ehrte die LO ihn beim Tilsiter Forum mit der Silbernen Ehrennadel.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

ich freue mich immer, wenn ich Berichte von Landsleuten bekomme, die ihre Erlebnisse und Eindrücke von ihrer letzten Heimatreise schildern, weil ich ja selber nicht mehr dorthin fahren kann. So wird es auch anderen Leserinnen und Lesern im Seniorenalter ergehen, da diese Ausführungen so aufschlussreich und gut zu lesen sind, als wäre man selber dabei gewesen. So muss ich wieder einmal Herrn **Bernd Dauskardt** danken, der uns immer mit seinen Berichten zu Schauplätzen zurückführt, die für jeden Ostpreußen ein Begriff sind oder sein sollten, weil sie zu unserer jüngsten Geschichte gehören wie Nemmersdorf, jenes Kirchdorf im Kreis Gumbinnen, das im Oktober 1944 den ersten Russeneinfall erlebte. Bis dahin hatte dieser Ortsname eher für Beschaulichkeit und friedvolles Landleben gestanden – von der Dichterin Frieda Jung mit ihrem Buch „In der Morgensonne“ sogar in die ostdeutsche Literatur eingebracht – nun wurde er zum Symbol für bestialischen Völkermord. Als die deutschen Truppen am 20. Oktober diesen frühen Kriegsschauplatz zurückeroberten, fanden sie ein Bild des Schreckens, das an Grausamkeit nicht zu überbieten war. Einer der Soldaten war der Vater von Bernd Dauskardt, und deshalb zieht es ihn auf seinen Ostpreußenreisen immer wieder dorthin. Von einem dieser Aufenthalte am Ort des damaligen Geschehens berichtet er für unsere „Ostpreußische Familie“ und vermittelt uns damit Eindrücke, die so ganz zu diesen letzten Oktobertagen passen:

„Von Gumbinnen aus starte ich eine Rundreise durch das nördliche Ostpreußen. Ich mache wie immer einen Abstecher nach Nemmersdorf und halte mich eine Weile an der gesprengten Brücke über die Angerapp auf. Ich muss an meinen Vater denken, der mit seiner Einheit, dem Fallschirmpanzergrenadier-Regiment, am 20. Oktober 1944 Nemmersdorf zurückerobert hat. Hier sind schreckliche Dinge passiert, jeder Ostpreuße weiß das. Ich blicke in die klaren Fluten des Flusses und sehe badende Kinder, die sich da ausgelassen tummeln. Ein Bild des Friedens und der Harmonie. Erstaunlicherweise blieben in Nemmersdorf noch viele alte Häuser erhalten. Auch die Kirche steht noch, wenn auch als solche kaum erkennbar, denn der Turm ist verschwunden, heute wird sie als Kulturraum mit Bibliothek genutzt. Mit meinem treuen russischen Fahrer, der gleichzeitig Dolmetscher ist, fahren wir in Richtung Kiaulkehmen/Jungort. Da begegnet uns in der Weite der Landschaft eine abenteuerliche menschliche Gestalt mit Pferd. Wir kommen mit dem Mann ins Gespräch, es ist ein Aserbaidschaner, der hier recht und schlecht in einer Hütte haust. Zaumzeug und Sattel sind zigmal geflickt, aber das Pferd ist gut dressiert, legt sich auf Kommando hin. Hier ist Ostpreußen nicht mehr das Land der Trakehner.“

Soweit ein Auszug aus den Schilderungen von Bernd Dauskardt, die auch bei mir wieder Erinnerungen geweckt haben. In jenen Oktobertagen vor nunmehr 72 Jahren brachte ich meine Mutter aus dem zerbombten Königsberg zu der Familie meines Bruders nach Meseritz, wo wir glaubten, dass sie dort sicherer aufgehoben sei. Plötzlich stürmte eine junge Frau durch den Gang des überfüllten D-Zuges und schrie mit sich überschlagender Stimme: „Ich komme aus Nemmersdorf! Ich komme aus Nemmersdorf!“ Wir hatten noch nichts von dem Russeneinfall erfahren und zuckten nur ratlos mit den Schultern. Die unentwegt schreiende Frau wurde dann weggebracht, wohl in ein Sonderabteil, ich habe sie nicht mehr gesehen. Aber diesen furchtbaren Schrei habe ich nie vergessen.



Ruine der Kreuzapotheke in Königsberg Bild: privat

Doch zurück zu Bernd Dauskardt, den meine Laudatio zum Tode von **Günter Uschtrin** sehr berührt hat, denn zwischen ihnen hatte sich eine späte, aber umso festere Freundschaft gebildet, die auf der gemeinsamen tätigen Liebe zu dem Land ihrer Ahnen beruhte. Wie sie zustande kam, war mir bisher unbekannt, ich hatte immer gedacht, die beiden Leser hätten sich durch unsere „Ostpreußische Familie“ gefunden, aber es war alles ganz anders gekommen, wie Herr Dauskardt mir nun mitteilte. Und da spielt wieder einmal der Zufall eine Rolle. Jahrzehntelang hatten sie fast nebeneinander im Norden der Lüneburger Heide gewohnt – nur zehn Kilometer voneinander entfernt -, ohne dass sie sich bewusst begegnet waren. „Kurz nach der Jahrtausendwende hatte sich Günter, von seinem Wohnort Regenbostel kommend, in meiner Straße in Hollenstedt verfahren“, berichtet Bernd Dauskardt. „Wir kamen ins Gespräch, und als er seinen Namen nannte, sagte ich ihm auf den Kopf zu, dass sein Familienname auf einer Gedenktafel in einer Kirche im Memelland stehe. Zu jener Zeit hatte ich das Memelland schon gründlich durchpflügt und kannte deshalb auch die Kirche von Coadjuthen. Diese Mitteilung schlug bei Günter wie der Blitz ein, denn damit fing alles an, was sein späteres Denken und Handeln für die Kirche seiner Vorfahren bestimmte“. Was der Verstorbene in den letzten Jahren zu Wege brachte, haben wir stets mit verfolgt, weil es ein Beispiel für eine gelungene Bewahrung und Belebung der Zeugnisse deutscher Vergangenheit und deren Transferierung in die Jetztzeit ist.“

Ob auch der Zufall bei der nächsten Suchfrage mitgespielt hat oder ob Frau **Nicole Dreschel** aus Neuss bereits mit dem Vorsatz, etwas über ihre Großeltern zu erfahren, auf das diesjährige ostpreußische Erntedankfest ging, ist mir nicht bekannt, spielt aber auch keine Rolle. Wichtig ist, dass sie auf diesem Fest Hinweise auf unsere „Ostpreußische Familie“ als einen begehbaren Weg für ihre Familienforschung erhielt, und so wandte sie sich an uns mit der Bitte, ihr zu helfen, etwas über Herkunft und Heimat ihrer Großeltern zu erfahren, denn diese hatten nie über die Vergangenheit gesprochen. Wahrscheinlich waren sie traumatisiert wie so viele Vertriebene, denn beide stammten aus dem deutschen Osten, die Großmutter aus Schlesien, der Großvater aus Ostpreußen. Auch die Mutter von Frau Dreschel konnte als Tochter des Ehepaares **Edith** und **Werner Raupach** nichts über das frühere Leben ihrer Eltern erfahren, die in einer kleinen Dachgeschoßwohnung in einem Düsseldorfer Altbau lebten, wo ihre kleine Enkelin sie manchmal besuchte. So hat Frau Dreschel die Großeltern Raupach in Erinnerung: Opa Werner war recht groß, sehr schlank, mit hagerem Gesicht und Brillenträger, er hatte von Kindheit auf einen Sehfehler. Auffallend war sein kräftiges, gewelltes Haar, das er wohl sehr pflegte, denn er hatte den Friseurberuf erlernt, war aber als kaufmännischer Angestellter tätig. Oma Edith war eher klein und etwas füllig, aber nicht dick, sie hatte braune Augen und feines dunkles Haar.

Das waren so ziemlich alle Informationen, die uns zur Verfügung standen, aber auf unsere Nachfrage hin bekamen wir dann noch einige aufschlussreiche Angaben, die Frau Dreschel aufgrund der inzwischen erhaltenen Sterbeurkunden machen konnte, denn beide waren in den 80er Jahren in Düsseldorf verstorben. Aus ihnen geht hervor, dass ihre Großmutter als **Edith Pangritz** am 3. Januar.1931 in Freudenthal/Krs. Heiligenbeil geboren wurde, der Großvater als Werner Georg Raupach am 15. August 1929 in Liebau, Krs. Landshut. zur Welt kam. Er hatte eine Schwester **Inge Raupach**, die ebenfalls in Düsseldorf lebte, von deren Ehemann sind nur die Vornamen August Hubertus bekannt. Auch Großmutter Edith hatte Geschwister, deren Namen aber Frau Dreschel nie erfahren hatte.

Somit können wir uns auf die Suche nach Informationen über die Familie Pangritz aus Freudenthal begeben und damit unsere Landsleute aus dem Kreis Heiligenbeil ansprechen. Vielleicht erinnern sich Nachbarn oder Freunde an die Familie, haben mit der kleinen Edith Pangritz zusammen gespielt, mit ihr die Schulbank gedrückt oder sind zusammen konfirmiert worden. Vor allem hofft Frau Dreschel, dass sich Nachkommen der Geschwister ihrer Mutter oder andere Verwandte melden, „aber ich spreche alle an, die mir mehr über unsere Familie und deren Heimat erzählen können“, so endet ihr Suchwunsch. Ich hoffe, dass er sich erfüllt, aber er dürfte doch einigen Landsleuten, die etwas mitteilen wollen und können, Schwierigkeiten bereiten. Wie alle aus der Enkelgeneration wickelt auch Frau Dreschel ihre Korrespondenz online ab. Sie möchte weder ihre Anschrift noch Telefon-Nummer angeben, da sie damit schlechte Erfahrungen gemacht hat. Aber viele ältere Leserinnen und Leser können sich nur postalisch oder telefonisch melden, weil sie keinen Zugang zu den elektronischen Medien haben. In diesem Fall kann die Post an die „Ostpreußische Familie“ gerichtet werden, wir leiten sie weiter.

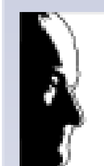
Bei neuen, an unsere „Ostpreußische Familie“ gerichteten Schreiben bitte ich immer wieder um Angabe der Anschrift und Telefonnummer, auch wenn deren Veröffentlichung nicht gewünscht wird. Vor allem ist die Letzte ist wichtig für die zumeist notwendigen Nachfragen vor der Veröffentlichung, weil im direkten Gespräch vieles schneller und umfassender geklärt werden kann. Wenn keine Veröffentlichung erfolgen soll, bitte den Vermerk „intern“ hinzufügen. (Fast hätte ich nun die E-Mail-Adresse von Frau Nicole Dreschel vergessen, sie lautetet: nicole.dreschel@gmx.de)

Ein Zwischenbericht zu den Fragen von Herrn **Maik Bialek**, die wir in der letzten Folge brachten. Das „Bilderrätsel“ ist geklärt: das verkommene Gebäude befindet sich gegenüber der Elbgalerie in Riesa an der Elbe, liegt also nicht „in den tiefen dunklen Wäldern Ostpreußens“. Bleibt noch die Frage, ob Interesse aus unserem Leserkreis für das Blechschild von der Königsberger Kreuzapotheke besteht, das Herr Bialek in einem Königsberger Antiquariat entdeckt und erworben hatte. Hierzu eine Richtigstellung der Adressenangabe: Maik Bialek wohnt in der Lutherstadt Wittenberg, nicht in Wittenberge. Die Postleitzahl war allerdings korrekt angegeben, die richtige Adresse lautet also: Pfaffengasse 26 in 06886 Wittenberg.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Deutsches unerwünscht

Breslau: Widerstand gegen Straßennamen, die an Deutsche erinnern

In Breslau wird in Anlehnung an die 1929 entstandene Werkbundausstellung Wohnung und Werkraum Breslau die „WuWa 2“ gebaut. Bei dieser soll auch mit Straßennamen an deutsche Architekten erinnert werden. Im Sommer 2017 ist die Metropole Austragungsort der Weltspiele nichtolympischer Sportarten. Als Hauptarena soll dann die Schlesierkampfbahn dienen, die von den Polen Olympiastadion genannt wird. Diese Anknüpfung an das deutsche Erbe gefällt nicht allen und am wenigsten Vertretern der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). „Breslau ist wieder deutsch!“, wettern Rechtskonservative, „Breslau wird regermanisiert“, so die Schlagzeilen in PiS-nahen Medien.

Und wenn man sich noch einigermaßen offen dem aus Kempen in der Provinz Posen stammenden Erbauer der Schlesierkampfbahn, Richard Konwiarz erinnert – vielleicht macht es ja der polnisch klingende Familienname –, so hat es sein Mentor Max Berg bedeutend schwerer, bei den polnischen Breslauern Anerkennung zu finden. Berg hat 1909 dem jungen Konwiarz seinen ersten Auftrag im eigenen Architektenbüro vermittelt. Der gebürtige Stettiner Berg hat die Breslauer Jahrhunderthalle entworfen und soll neben Hans Poelzig (Vier-Kuppel-Pavillion), Heinrich Lauterbach (WuWa), Ernst May (modernistische Häuser in Breslauer Vororten, Leiter der Zeitschrift „Schlesisches Heim“) und Hans Scharoun (Haus für Einsame) für Straßennamen der „WuWa 2“ Pate stehen. Doch damit sei die Regermanisierung Breslaus in vollen Gängen, heißt es aus den Reihen der PiS im Stadtrat, wie die „Gazeta Wyborcza“ berichtet: „Deutsche ... haben im Krieg unser Land zerstört und zahlten keine Reparationsentschädigungen. Sie ermordeten sechs Millionen Menschen, die deutsche Regierung erzwingt antipolnische Artikel in Zeitungen und wir sollen sie feiern?!“, regte sich Stadtrat Tomasz Małek (PiS) auf.

Dominik Klosowski vom Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) erinnerte Małek und seine Ratskollegen von der PiS daran, dass sie immerhin auch in deutschen Kirchen beten, was sie nicht zu stören scheint. Pawel Randa von der Partei Die Moderne setzte noch einen drauf und brachte einen weiteren Namenspatron für eine Breslauer Straße in die Diskussion ein. Er schlug den oberschlesischen Erfinder der Paralympischen Spiele, Ludwig Guttmann, vor und tat es mit den Worten: „Halten sie sich fest, Herr Małek, er war Deutscher und Jude!“ *C. W. W.*

Nur eine Wahrheit

Polnische Protestpartei macht Druck auf Minderheiten

Abgeordnete des Bündnisses „Kukiz’ 15“ sehen die polnische historische Wahrheit in Schulen mit Minderheitenunterricht gefährdet. In einer Anfrage an die Bildungsministerin Anna Zalewska (PiS) mahnen Vertreter der drittstärksten Partei im polnischen Parlament an, zu prüfen, ob das Fach Geschichte in Schulen mit erweitertem Unterricht in der Sprache der Minderheiten von dem an öffentlichen Schulen abweicht. Darüber hinaus wollen die Vertreter der Protestpartei wissen, welche Zusatzfächer dort unterrichtet werden, wie hoch der Anteil der Fächer in polnischer Sprache an „Minderheitenschulen“ ist und ob zum Beispiel Bücher für Schulbibliotheken in der Sprache der Minderheit aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

„Kukiz’ 15“ will, dass Publikationen in den Sprachen der Minderheiten an öffentlichen Schulen nach den Kriterien verifiziert werden, die auch für die normalen polnischen Geschichtsunterricht gelten.

So führte „Kresy.pl“ – der Name Kresy steht für die ehemaligen polnischen Ostgebiete – Das Beispiel einer Schule der ukrainischen Minderheit im ostpreußischen Bartenstein an. Dort sollen in der Schulbibliothek Publikation vorhanden sein, die den sogenannten „Banderismus“ glorifizieren sollen. Stepan Andrijovy Bandera, Anführer des revolutionären Flügels der Organisation Ukrainischer Nationalisten, soll am 30. Juni 1941 – und damit noch vor Einmarsch der regulären deutschen Truppen – ein Massaker in der ostpolnischen und heute ukrainischen Stadt Lemberg angerichtet haben.

Vertreter der in Polen lebenden nationalen Minderheiten reagierten empört. Piotr Tyma, Vorsitzender der Ukrainer, kommentierte in der „Gazeta Wyborcza“, dass die Kukiz-Kreise die Minderheiten als Geisel polnischer Politik sehen wollten. Dies sei gefährlich, so Tyma, denn man wolle dadurch den Minderheiten das Recht zur eigenen Geschichtsbewertung aberkennen. Er wehre sich gegen das Konzept, Minderheiten ausschließlich oder als Folkloregruppen abzustempeln.

Jan Syczewski, Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Weißrussen in Polen, wundert sich über die Anfrage, da der Geschichtsunterricht an allen „Minderheitenschulen“ ohnehin ausschließlich in polnischer Sprache und anhand polnischer Geschichtslehrbücher geführt werden darf. Allein schon das widerspricht übrigens Standards, wie man sie sonst in Europa kennt. *Chris W. Wagner*



ZUM 99. GEBURTSTAG

Regge, Elfriede, geb. **Lipka**, aus Treuburg, am 28. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Raudonat, Fritz, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 3. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Düding, Elfriede, geb. **Dudek**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober

Nippa, Frieda, geb. **Gallus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, und aus Palmnicken, Kreis Samland, am 1. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Johann, Christel, geb. **Grajetzki**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

Schablowski, Eva, geb. **Schoenfeldt**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 3. November

Schwarz, Hanni, geb. **Merchel**, aus Neidenburg, am 28. Oktober

Sczech, Karl Heinz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 114, am 3. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Arius, Käte, geb. **Heinrichs**, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober

Brack, Frieda, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 29. Oktober

Krause, Hildegard, geb. **Linka**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober

Maseizik, Heinz, aus Lyck, Morgenstraße 32, am 28. Oktober

Nothhorn, Christel, geb. **Mischkewitz**, aus Lyck, Memeler Weg 1, am 28. Oktober

Zysk, Irmgard, geb. **Chilla**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Czeranski, Helene, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 3. November

Grahl, Erna, geb. **Rauffmann**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

Gürges, Helene, geb. **Adamus-Jopp**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 28. Oktober

Hildebrandt, Agnes, geb. **Teschner**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 29. Oktober

Michalowitz, Amalie, geb. **Wischnewski**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 1. November

Saemann, Horst, aus Rosignaiten, Kreis Samland, am 3. November

Schramma, Erwin G., aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober

Skerswetat, Irmgard, geb. **Wittenberg**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 1. November

Stanko, Edith, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. Oktober

Stempfle, Edit, aus Funken, Kreis Lötzen, am 1. November

Venohr, Erich, aus Rauschback, Kreis Heiligenbeil, am 31. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Frasch, Irma, geb. **Niklas**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 30. Oktober

Houben, Ursula, geb. **Moderegger**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 2. November

Janz, Gertraud, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 2. November

Weissmann, Karl-Heinz, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 28. Oktober

Zygann, Hilde, geb. **Schönbeck**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Jentsch, Maria, geb. **Marrek**, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

Müller, Aegidius, geb. **Witt**, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 28. Oktober

Niebaum, Helga, geb. **Liedtke**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 29. Oktober

Olk, Frieda, geb. **Scharnowski**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

Ostermann, Erika, geb. **Matzdorf**, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. November

Nummert, Karl, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 2. November

Porr, Kurt, aus Powayen, Kreis Samland, am 29. Oktober

Schmidt, Lieselotte, geb. **Bauer**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 30. Oktober

Sewtz, Edith, geb. **Matzick**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober

Symanzik, Walter, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brandt, Werner, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 30. Oktober

Frank, Gertrud, geb. **Czarnojan**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 30. Oktober

Göken, Udo, aus Bassum, am 31. Oktober

Höchst, Fritz, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 29. Oktober

Kelch, Edeltraut, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 3. November

Nicolaus, Waltraut, aus Lyck, am 2. November

Scheffler, Fritz, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 29. Oktober

Smukal, Waltraud, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 1. November

Stukenbrock, Vera, geb. **Spieswinkel**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 1. November

Szameitat, Karl, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 28. Oktober

Weicht, Barbara, geb. **Salewski**, aus Regehnen, Kreis Samland, am 2. November

Zimmermann, Erika, geb. **Trzeziak**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bahr, Irene, geb. **Mazuleit**, aus Neidenburg, am 28. Oktober

Beckmann, Erwin, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 29. Oktober

Behres, Waltraut, geb. **Komaschewski**, aus Treuburg, am 30. Oktober

Dietzek, Emil, aus Schwarzenofen, Kreis Neidenburg, am 2. November

Färber, Heinz, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

Fitschen, Erna, geb. **Nowosadtko**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 30. Oktober

Irnich, Helene, geb. **Krüger**, aus Stadthausen, am 3. November

Johansson, Ruth, geb. **Omilian**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 1. November

Kecker, Heinz, aus Moditten, Kreis Königsberg, am 31. Oktober

Oster, Waltraut, geb. **Zimmermann**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 1. November

Ragutt, Hilde, geb. **Wagenzik**, aus Lyck, am 31. Oktober

Starbatty, Helene, geb. **Danielzik**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 30. Oktober

Steinke, Irma, geb. **Ziemek**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 29. Oktober

Tutlies, Achim, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 31. Oktober

Werner, Ilse, geb. **Henschel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 2. November

Wunderlich, Maria, geb. **Heimbuchner**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bieler, Elisabeth, aus Danzig, Pommern, am 31. Oktober

Brausten, Margret, geb. **Kensy**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober

Buchwald, Waltraud, geb. **Bensich**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 2. November

Czychi, Herbert, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, am 28. Oktober

Feyer, Edeltraut, geb. **Dzikonski**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 2. November

Franke, Gertrud, geb. **Gazioch**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober

Kilian, Willi, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

Konetzka, Gertrud, geb. **Gosdzinski**, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

Kummetz, Siegfried, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

Lewandrowski, Willi, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 29. Oktober

Lünse, Else, geb. **Schiemann**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 29. Oktober

Nahrun, Inge, geb. **Borowski**, aus Wehlau, Kreis Wehlau, am 3. November

Pawlenka, Elfriede, geb. **Dennig**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 31. Oktober

Pottberg, Liesbeth, geb. **Stolzenwald**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 30. Oktober

Ritter, Hans-Joachim, aus Mülsen, Kreis Samland, am 28. Oktober

Schiller, Herta, geb. **Magath**, aus Hortlauken, Kreis Samland, am 1. November

Wagner, Ursula, geb. **Hennig**, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober

Warschun, Gerhard, aus Ilmsdorf, Kreis Gerdauen, am 30. Oktober

Zagermann, Christel, aus Lischau, Kreis Elchniederung, am 3. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Barz, Anneliese, geb. **Dietrich**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 3. November

Berg, Horst, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 31. Oktober

Daher, Ursula, geb. **Keiter**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 28. Oktober

Dzienus, Horst, aus Klein Jauer, Kreis Lötzen, am 2. November

Geigle, Brigitte, geb. **Redetzky**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. November

Gienau, Berndard, aus Sillginnen, Kreis Gerdauen, am 28. Oktober

Grünke, Anne-Dörte, geb. **Buggenhagen**, aus Augam, Kreis Preußisch-Eylau, am 28. Oktober

Haaszio, Lothar, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 30. Oktober

Hachmann, Helga Wilhelmine, geb. **Janert** oder **Jeanneret**, aus Pohiebels, Kreis Rastenburg, am 28. Oktober

Hellstern, Waltraud, geb. **Paukstat**, aus Klein Warnau, Kreis Lötzen, am 3. November

Huuck, Fritz, aus Caspershöfen, Kreis Samland, am 29. Oktober

Kattelat, Herbert, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 30. Oktober

Kruck, Ingrid, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 30. Oktober

Kück, Edeltraut, geb. **Stein**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 2. November

Kuljurgis, Charlotte, geb. **Maurusschat**, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 3.November

Lühr, Hildegard, geb. **Gerlach**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 29. Oktober

Nagel, Ursula, geb. **Zachrau**, aus Königsberg, Hinterlomse 15, am 2. November

Neumann, Ingeburg, geb. **Voß**, Kreis Samland, am 30. Oktober

Nilson, Elisabeth, geb. **Kammerer**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 2. November

Pfeffer, Fritz, aus Groß Lindenau, Kreis Wehlau, am 30. Oktober

Potega, Irena, geb. **Kapicka**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 1. November

Putzer, Alfred, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 28. Oktober

Ruchotzki, Gerhard, aus Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, am 28. Oktober

Schmielewski, Anna, geb. **Schönknecht**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 1. November

Schulz, Ursula, aus Lötzen, am 28. Oktober

Schulz, Ursula, geb. **Till**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. Oktober

Schwarz, Anneliese, geb. **Drews**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 28. Oktober

Scheuerlein, Waltraud, geb. **Rausch**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 3. November

Seedorf, Ursula, geb. **Klemens**, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober

Steckert, Marlene Bertha, geb. **Janert** oder **Jeanneret**, aus Pohiebels, Kreis Rastenburg, aus Pieragienen, Angerlinde, Kreis Insterburg und aus Auxkallen, Ackerhof sowie aus Budwallen, Budewald, Kreis Labiau, am 28. Oktober

Voigt, Rudi, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 1. November

Wieler, Anneliese, geb. **Jahnke**, aus Wehlau, Kreis Wehlau, am 29. Oktober

Widwald, Helmut, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober

Wirschins, Karl-Heinz, aus Tilsit, am 3. November

Ziaja, Waltraut, geb. **Kullik**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 2. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Czelinski, Hartmut, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 1. November

Freutel, Hans-Joachim, aus Waschingen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 31. Oktober

Grünebaum, Winfried, aus Treuburg, am 2. November

Häfker, Beate, geb. **Gess**, aus Polennen, Kreis Samland, am 31. Oktober

Heinrich, Irene, geb. **Heinrich**, aus Stadthausen, am 30. Oktober

Lehmann, Günter, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 2. November

Marotz, Heidrun, geb. **Meyer**, aus Pillau, Kreis Samland, am 28. Oktober

Schmidt, Irene, geb. **Grasteit**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

Schulze, Brunhilde, geb. **Stemplewitz**, aus Lötzen, am 30. Oktober

Zepik, Gustav, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 30. Oktober



Brost, Günter, aus Seubersdorf, Kreis Mohrungen, und Ehefrau Ilse, am 3. November

TERMINE DER LO

2016

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal

5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschl. Teilnehmerkreis)

11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017

1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Der Deutsche Orden im Kulturzentrum Ostpreußen

Ellingen – Ein ganzes Jahr wird gefeiert. Anlass ist das Jubiläum „800 Jahre Deutscher Orden in seiner Residenz Ellingen". Die Geschichte der Stadt ist eng mit der Ordensgemeinschaft verbunden. Galavorstellung, Wanderungen zu historischen Orten und Vorträge sollen dies lebendig werden lassen. Eine Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen im Westflügel des Deutschordensschlosses zählt ebenfalls zu den Jubiläums-Aktivitäten. Die von Bernhard Denga gestalteten Bildtafeln zeigen mit zahlreichen historischen Dokumenten unter anderem, wie der Deutsche Orden entstand, wie es zur Gründung eines Spitals in Ellingen kam und wie die Gemeinschaft dann in der kleinen Stadt Fuß fasste.

Die Ausstellung kann bis zum 5. März 2017 besichtigt werden. Geöffnet ist sie täglich außer montags von 10 bis 12 Uhr und von 13 bis 16 Uhr im Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen. Weitere Informationen: Telefon (09141) 86440 oder info@kulturzentrum-ostpreussen.de. *M. Fritsche*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 29. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Der Luther-Code – Die Geburtsstunde der Neuzeit.

MONTAG, 31. Oktober, 20.15 Uhr, ZDF: Schweigeminute. TV-Liebesdrama nach einer Novelle von Siegfried Lenz, Dän./D 2016 (siehe *PAZ* 42, Seite 9)

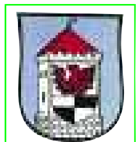
DIENSTAG, 1. November, 20.15 Uhr, 3sat: Sisi (1+2). TV-Historienromanze zum Themenabend „Mythos Habsburg". I/D/A 2009

MITTWOCH, 2. November, 20.15 Uhr, Servus TV: Trakehner – des Königs letzte Pferde.

FREITAG, 4. November, 20.15 Uhr, NDR: Die Elbphilharmonie – Von der Vision zur Wirklichkeit. Langzeit-Reportage

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

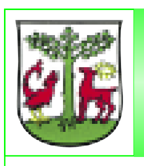
Benkheimer trauern um Gustav Kutz

Die Kreisgemeinschaft Angerburg und besonders die Benkheimer trauern um Gustav Kutz, der am 23. September in Bad Schwartau im Alter von 88 Jahren verstarb. In der Angerburger Kreisvertretung hat der Tischlermeister seit 1993 zielbewusst mitgearbeitet und auch die heimatpolitischen Tagungen der Kreisgemeinschaft in Rotenburg (Wümme) waren ihm wichtig.

Sein besonderes Interesse galt seiner Heimatgemeinde Benkheim im Kreis Angerburg, die er mehrfach besucht hat. Der Zusammenhalt der Benkheimer war für Gustav Kutz von zentraler Bedeutung, der er sich mit ganzer Kraft und ausgeprägtem Pflichtbewusstsein stellte. Seine Heimatverbundenheit hat unsere Zusammenarbeit in positivem Sinne geprägt. Aber auch in der Landsmannschaft Ostpreußen in Bad Schwartau war Gustav Kutz zusammen mit seiner Frau Iris aktiv. Für das gezeigte Engagement wurde Gustav Kutz zusammen mit seiner Frau mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen im Jahr 2009 ausgezeichnet Am 30. Juli 2015 konnten Iris und Gustav Kutz noch die Diamantene Hochzeit feiern.

Gustav Kutz hat Spuren hinterlassen und besonders die Benkheimer werden ihn sehr vermissen. Unser aufrichtiges Mitgefühl und herzliche Anteilnahme gelten seiner Familie. Gustav Kutz wird uns in guter Erinnerung bleiben.

Kurt-Werner Sadowski,
Kreisvertreter



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Kreistreffen in Münster

Das Treffen am 24. und 25. September begann am Sonnabend um 15 Uhr mit der Mitgliederversammlung. Die Kreisvertreterin gab nach einem Jahr im Amt ihren ersten Rechenschaftsbericht ab. Nach den üblichen Formalien erteilte die Mitgliederversammlung dem Vorstand Entlastung. Am Abend war Gelegenheit zu Gesprächen und gemütlichem Beisammensein.

Der Sonntag begann mit der Heiligen Messe in der nahe gelegenen Kirche der Heilig-Geist-Gemeinde, die die Kreisgemeinschaft immer gerne aufnimmt. Den Gottesdienst zelebrierte unser Heilsberger Landsmann Pastor Oskar Müller, Coesfeld. In seiner Predigt über das Evangelium vom armen Lazarus und dem reichen Prasser wies Pastor Müller auf zweierlei hin: Wir dürfen uns Gott nicht als den Schreibenden und Richtenden vorstellen, sondern müssen immer den Guten Hirten sehen, der sich um seine „Schäflein“ sorgt. Und dann: Der Reiche bleibt in dem Evangelium anonym, während der Arme jedoch namentlich genannt wird. Damit wird deutlich, dass Jesus eher auf der Seite der Verlierers steht.

Zur Festlichen Stunde in der Johanniter-Akademie konnte der Vorstand der Kreisgemeinschaft zirka 45 Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen. Ratsherr Stefan Leschniok und Anna Chevtchenko, Referentin der Stadt Münster für Internationales, Europa und Städtepartnerschaften, überbrachten Grüße des Oberbürgermeisters Markus Lewe.

Leschniok thematisierte in seinem Grußwort die vielen heutigen Heimatlosen in der Welt, die das grundlegende Menschenrecht auf eigene Heimat nicht erfahren. Die Braunsberger, Zeitzeugen des Kriegsunrechts, können hier authentisch ihre Erinnerungen an solches Unrecht an junge Menschen weitergeben.

Für den Festvortrag konnte die Kreisgemeinschaft Professor Winfried Lenz aus Oelde gewinnen. Lenz hat zwei Beziehungen nach Ostpreußen: Seine Mutter stammt aus dem südlichen Ermland und sein letzter Chef und Lehrer an der Frauenklinik in Essen war Professor Dolff, von 1934 bis 1945 Oberarzt an der Frauenklinik Königsberg. Gemäß seinem Vortragsmotto „Ostpreußen einst und jetzt – eine Reise in die Vergangenheit und Gegenwart“ tat Lenz genau dieses und nahm alles Gäste auf eine höchst eindrucksvolle Tour gen Osten mit. Anhand von eigenen Fotografien und historischen Aufnahmen rief Lenz in sehr ansprechender Weise die heute nahezu vergessene Kulturgeschichte aus der Zeit vor 1945 in Erinnerung und der vergangenen ebenso die gegenwärtige Lage.

Die musikalische Mitgestaltung der festlichen Stunde durch das „Orchester Kolophon“ unter der Leitung von Reinhard Kollenberg war wie immer ein besonderer Genuss. Nach einem gemeinsamen Mittagessen gab der Vorstand Auskunft über künftige Vorhaben der Kreisgemeinschaft. Das nächste Kreistreffen findet wiederum in Münster in der Johanniter-Akademie statt, und zwar vom 30. September bis zum 1. Oktober 2017.

Manuela Begett,
Kreisvertreterin



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Gesamtdeutsches Heimattreffen

Zum Heimattreffen am Sonnabend, dem 12. November, das in der Zeit von 10 bis 17 Uhr im Spornitzer Landhotel stattfinden wird, laden wir alle Landsleute und daran Interessierte herzlich ein. Wissenswertes über Ostpreußen wird vorgetragen. Ein Film wird die Heimat wieder gegenwärtig werden lassen, so dass der Landsmann und auch der Nicht-Ostpreuße hierdurch beeindruckt, gerne zu Nachfolgetreffen kommen wird.

Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt Glewe oder auch mit der Bahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Troch unter Telefon (038726) 88460 vereinbart werden.

Auskunft erteilt Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, Parchim, Telefon, Anrufbeantworter, Fax (03871) 226238.

Friedrich-Eberhard Hahn

Für alle Goldaper der Begleiter für das Jahr 2017: Historische Postkarten und Fotos aus der alten Heimat mit stimmigen Kalendersprüchen begleiten Sie ein ganzes Jahr. Zu beziehen ist der Kalender im DIN-A4-Format unter verkauf@goldap.de oder unter Telefon (04141) 7977537 (nur mittwochs) oder privat (04142) 3552. Preis 10,95 Euro plus Versand.

Korrektur

Heilsberg statt Tilsit-Stadt
Nicht Tilsit-Stadt, wie fälschlich in der Ausgabe 41 berichtet, sondern Heilsberg beging sein Heimattreffen am 15. Oktober in Köln

INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel – Treffen in jedem Monat am zweiten Donnerstag im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Juck-nat, Telefon (0431) 311972.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

8. Lycker Treffen in Bremen

Wilhelm Norra, Bezirksvertreter Lyck Land und Ortsvertreter Sareiken, bittet zum Lycker Treffen am 3. November:

Liebe Lycker Landsleute, hiermit möchte ich Sie – möchte ich Euch – einladen zum 8. Treffen der in Bremen und „umzu“ wohnenden ehemaligen Lycker Landsleute, deren Nachkommen beziehungsweise deren Freunde. Wir treffen uns am Donnerstag, 3. November, von 13 bis zirka 18 Uhr im Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen. Da ich dem Hotel vorher die genaue Teilnehmerzahl verbindlich mitteilen muss, bitte ich spätestens bis zum 15. Oktober um telefonische Mitteilung.

Das Treffen beginnt auch in diesem Jahr bereits um 13 Uhr, da mehrere Landsleute die Zeit für persönliche Gespräche bei den bisherigen Veranstaltungen als zu kurz empfanden. Der offizielle Teil mit der Begrüßung und einigen Vorträgen beginnt dann um 14 Uhr. Danach findet, wie auch bei den vorhergehenden Treffen, gegen 15.30 Uhr das Kaffeetrinken statt. Ein Stück Torte und Kaffee oder Tee kosten 6,90 Euro. Dafür brauchen wir dann auch keine Saalmiete zu zahlen. Weitere Getränke können geordert werden. Jeder Teilnehmer ist Selbstzahler.

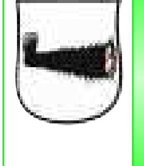
Das Hotel zur Post liegt rechts, schräg gegenüber vom Hauptausgang des Bremer Hauptbahnhofes. Wer jemanden mit dem Auto zum Hotel bringen muss, fährt zum Aussteigen bis zum Eingang vor; gegebenenfalls kann man sich bei der Rezeption auch erkundigen, ob in der Hotelgarage neben dem Hotel gegen Entgelt ein Parkplatz frei ist. Weitere Parkplätze befinden sich in der Hochgarage am Hillmannplatz, auf der Bürgerweide und am ehemaligen Güterbahnhof; die Straße hinter dem Überseemuseum führt dorthin.

Auch das diesjährige Treffen soll uns weiter untereinander bekannt machen und den Zusammenhalt der ehemaligen Lykker Landsleute (und gern auch deren Nachkommen) fördern. Es soll nicht als Ersatz zum Kreistreffen in Hagen gelten. Zahlreiches Erscheinen in Hagen ist dringend erforderlich, denn dort findet weiterhin das jährliche Haupttreffen statt, im nächsten Jahr am 26. und 27. August.

Vom Vorstand wird Heidi Mader (Kassenwartin unserer Kreisgemeinschaft und Sprecherin der „Mittleren Generation“) über die vielfältigen Aktivitäten der Mittleren Generation berichten; unter anderem über die nächste Gruppenreise 2017 nach Lyck. Michael Mader wird wieder einen Büchertisch aufbauen, wobei man vielleicht auch schon ein kleines Weihnachtsgeschenk erwerben kann.

Landsmann Elimar Labusch (dienstältester Führer des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg) wird uns über den Stand der Umbauten des Museums unterrichten. Ich selbst werde von der von mir organisierten Gruppenfahrt nach Lyck vom 4. bis 14. August erzählen.

Unser diesjähriges Treffen soll wieder eine harmonische Zusammenkunft sein. Wichtig ist, dass Sie, liebe Landsleute, untereinander Gespräche führen können. Gern können Sie auch etwas Interessantes oder Heiteres für alle Anwesenden vortragen. Meine Frau und ich freuen uns auf Ihre/Eure Teilnahme. Anmeldungen unter Wilhelm Norra, Telefon (0421) 820651.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Bruderhilfe – eine gebotene Aktion

Die Information über die Auszahlung der „Bruderhilfe“ an die hilfsbedürftigen Landsleute im Kreis Sensburg war von der Geschäftsstelle in Remscheid Anfang September per Post verschickt worden. Wenig später machten sich zwei Beauftragte der Kreisgemeinschaft Sensburg, Gerhard Zielinski und Manfred Buchholz, mit ihren Fahrzeugen auf den weiten Weg nach Sensburg. Die drei evangelischen Pfarrämter, die im Kreis Sensburg bestehen, Sorquitten, Sensburg und Nikolaiken sowie die Kultureinrichtung in Peitschendorf, hatten für die anberaumten Termine dankenswerterweise geeignete Räume zur Verfügung gestellt. An vier aufeinander folgenden Tagen fanden sich die Helfer aus Deutschland dort ein. So waren die Pfarrhäuser in den genannten Pfarreien sowie das Peitschendorfer Kulturhaus die Anlaufstelle für den Empfang der „Bruderhilfe“.

Überwiegend waren es Mitglieder der Sensburger Deutschen Gesellschaft und somit Menschen deutscher Abstammung, die durch den Vorstand des deutschen Vereins in Sensburg als hilfsbedürftig eingestuft wurden. Es war durchaus nicht schwierig,

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

mit den Menschen, fast ausschließlich Frauen, ins Gespräch zu kommen. Dennoch wurde die Feststellung gemacht, dass ein nicht geringer Teil die Muttersprache Deutsch kaum oder gar nicht beherrscht, obwohl sie als Mitglieder der „Bärentatze" registriert sind und dementsprechend die Satzung des deutschen Vereins kennen sollten. So kam zum Beispiel während der Feier zum 25-jährigen Bestehen der „Bärentatze" bei einer Teilnehmerin Verwunderung auf. „Ich verstehe nicht", so ihr Einwand, „warum den Menschen deutscher Abstammung eine in Deutsch gehaltene Rede ins Polnische übersetzt werden muss?!"

Für Empfänger der „Bruderhilfe", die nicht in der Lage waren, ihr Geld persönlich abzuholen, war die Möglichkeit gegeben, vertraute Personen damit zu beauftragen. Eine Vollmacht war in solchen Fällen allerdings notwendig. Vorwiegend war die Freude bei den Empfängern sichtbar groß. Vor allem wurde die Anhebung des Betrags zum vorigen Jahr sofort registriert. Bettlägerig Kranke oder sehr alte Personen erhielten die Auszahlung in ihrer Wohnung. Dankbar brachten die Besuchten ihre Freude über die Gäste aus Deutschland zum Ausdruck, besonders wohl auch darüber, sich ausgiebig in der Sprache unterhalten zu können, die bis zur un gerechten Abtrennung Ostpreußens von Deutschland dort gang und gäbe war.

Manfred Buchholz


Sensburg: Zwei Beauftragte der Kreisgemeinschaft zahlten die Bruderhilfe aus. Anlaufstellen waren drei Pfarrhäuser sowie das Peitschendorfer Kulturhaus Bild: privat




TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Manfred Urbschat wurde 80

Manfred Urbschat konnte in Cottbus seinen 80.Geburtstag feiern. 1936 in Tilsit geboren, musste er im Alter von acht Jahren seine Heimatstadt verlassen. Die Familie wurde von der Roten Armee überrollt und 1947 nach Mecklenburg vertrieben. Er besuchte die Oberschule in Bad Doberan, machte das Abitur und schlug die Offizierslaufbahn ein. 30 Jahre diente er als technischer Offizier für Flugsicherungstechnik und erwarb die Abschlüsse als Diplom-Ingenieur für Hochfrequenztechnik und als Fachingenieur für Mikroprozesstechnik. Seit dem Eintritt in den Ruhestand besuchte er mit der Stadtgemeinschaft Tilsit seine Heimatstadt und trat der Landsmannschaft Ostpreußen bei. Bei Heimattreffen und Ausstellungen übernahm er zahlreiche technisch-organisatorische Aufgaben und wurde in die Stadtvertretung gewählt. In seiner Wahlfunktion richtete er die Homepage „Tilsit-Stadt" ein. Mit organisatorischem Geschick klassifizierte er das Tilsiter Archiv und machte es nutzerfreundlich. Darüber hinaus digitalisierte er sämtliche bisher erschienenen Tilsiter Rundbriefe auf CD und ermöglichte ihre Zugriffsbereitschaft und deren Erhalt für die Zukunft. 2009 wurde Manfred Urbschat zum Mitglied des Vorstands der Stadtgemeinschaft Tilsit gewählt und übt seitdem die Funktion des Geschäftsführers aus.

Anlässlich seines 80. Geburtstages besuchten ihn Mitglieder des Vorstands, überbrachten die Gratulation der Stadtgemeinschaft und wünschten dem Jubilar Gesundheit und ein langes ostpreußisches Leben.



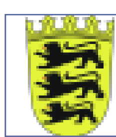
LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN


BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 5. November, 11 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Stuttgart: Kulturnachmittag des Landesgruppe Westpreußen. Die LM Ostpreußen und Gäste sind herzlich eingeladen.

Buchen – Sonntag, 30. Oktober, 14 Uhr, Pfarrscheune, Buchen-Hainstadt: Herbst- und Dankesfest mit Grützwurst-Essen. Zum weiteren Programm gehören ein Filmvortrag, eine Tombola und musikalische Unterhaltung.



Ulm/Neu Ulm – Freitag, 11. November, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen.


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 29. Oktober, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss Ellingen: Zweite Landeskulturtagung. Landeskulturreferent Jürgen Danowski schreibt in der Einladung zur Veranstaltung:

„Liebe Landsleute, liebe Freunde Ost- und Westpreußens, nach der erfolgreichen Landeskulturtagung Anfang Juli dürfen wir nun die Kulturarbeit unserer Landesgruppe mit der schon traditionellen Landeskulturtagung im Oktober fortsetzen. Wir wollen uns weiterhin der 'Idee der Heimat' widmen, die nach dem Kulturhistoriker Carl von Lorck 'ein seelisches und darum nie verlierbares Besitztum der Kultur des deutschen Ostens' ist.

Diese 'Idee der Heimat' kommt zum Ausdruck in einer unglaublich vielfältigen alten und neuen Literatur über Ost- und Westpreußen. Sie wird gepflegt in der Ernst-Wiechert-Gesellschaft (IEWG), von der es Sensationelles zu berichten gibt. Klaus Weigelt, Vizepräsident der IEWG, wird darüber berichten.

Kultur wird auch immer getragen von heimatlichem Liedgut, wir werden uns auf den 'Schwingen der Musik' der Heimat nähern. Dass feiner Humor auch im historischen Nordosten des deutschen Kulturraumes verbreitet war, werden wir durch eine Vorstellung von Heinz Erhardt aus dem baltischen Riga erfahren.

Wie immer wird kein Tagungsbeitrag erhoben. Kaffee, Kuchen und Herzhaftes wird in den Pausen gereicht, dafür tragen Sie ihre Fahrtkosten bitte selbst. Um den organisatorischen Aufwand zu bewältigen, bedarf es einer vollständigen und rechtzeitigen Anmeldung spätestens bis zum 25. Oktober." Weitere Informationen: Jürgen Danowski, Telefon (0981) 488490, E-Mail: dr.juergen.danowski@gmx.de

Altmühlfranken – Sonnabend, 29. Oktober, 9.30 – 17 Uhr: Landeskulturtagung der Landsmannschaft im Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen.

Ansbach – Sonnabend, 12. November, 14.30 Uhr, Waldfriedhof: Gedenken zum Volkstrauertag (mit allen Ansbacher landsmannschaften). Ab 15 Uhr lädt die Landsmannschaft in der Orangerie nach dem Kaffee zum Tisiter-Käse-Essen ein.

Bamberg – Mittwoch, 16. November, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit einem Vortrag über die Pilgerkirche Heiligelinde.

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen hatte am 8. Oktober zu ihrer Erntedankfeier eingeladen. An den mit den bunten Früchten herbstlich geschmückten Tischen hatten viele Mitglieder und Gäste Platz genommen. Der Erste Vorsitzende Christian Joachim begrüßte freudig die Anwesenden und wünschte einen gemütlichen Nachmittag. Traditionsgemäß galten seine besten Wünsche den gewesenen Geburtstagskindern.

Er hatte aber auch eine traurige Nachricht mitzuteilen. Unser langjähriges treues Mitglied Detlev Kruck ist plötzlich und unerwartet verstorben. Viel zu früh hat er seine Familie und uns verlassen. In stiller Anteilnahme erhoben sich die Anwesenden und gedachten des Verstorbenen, der noch so viele Lebenspläne hatte.

Nach dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied erinnerte der Vorsitzende an die feierliche Gedenkstunde am Tag der Heimat am 1. Oktober, an die eindrucksvollen Ansprachen der verschiedenen Festrednern und an die heimatliche Ausgestaltung durch die Volkstanzgruppe im BdV Hof unter Leitung von Jutta Starosta.

„Ostpreußen verzaubert" diese einmalige Sonderausstellung im Museum Bayerisches Vogtland in Hof zeigt auf 24 Tafeln reich illustriert die ostpreußische Heimat. Unsere Gruppe traf sich zur Eröffnung dort, lauschte den heimatlichen Vorträgen und genoss die Spezialitäten. Dieses wunderschöne Land der Elche, des Tilsiter Käses und des Königsberger Marzipans zu erkunden, mit Ihnen zu erkunden, ist mein Plan, meinte der Vorsitzende, und lud zu einer Ostpreußenreise im nächsten Jahr – geplant vom 6. bis 16. Juni – ein.

Nach einem heiteren Märchen von der Saat bis zur Ernte des Korns, bis zum gebackenen Brot, wurden die selbst gesammelten und gebundenen Ährensträuße von unserem treuen letzten ostpreußischen Landwirt unserer Gruppe, Erich Kiutra, verteilt.

Mit gemeinsam gesungenen Herbstliedern ging dieser Heimatnachmittag schnell vorüber. Christian Joachim dankte allen für die Teilnahme und vor allem für die gabenreiche Schmückung der Tische, an der sich jeder bedienen konnte.

– Zum Vormerken –

Bis 6. November läuft noch die Sonderausstellung „Ostpreußen verzaubert" im Museum Bayerisches Vogtland in Hof

Sonnabend, 12. November, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof: Heimatnachmittag

Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof: Adventsnachmittag;

Sonnabend, 14. Januar, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof: Jahreshauptversammlung

Sonnabend, 11. Februar, 14 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof: Grützwurstessen

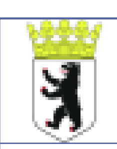
6. bis 16. Juni : Ostpreußenreise mit Christian Joachim als Reiseleiter

Kitzingen – Dienstag, 1. November, Neuer Friedhof: Kranzniederlegung des BdV (alle Landsmannschaften) am Kreuz der Heimat.

Landshut – Mittwoch, 2. November: Gedenken an die verstorbenen Landsleute. Der Zeitplan:

11.45 Uhr: Achdorfer Friedhof
12.30 Uhr: Nordfriedhof
13.30 Uhr: Hauptfriedhof (Eingang Marschallstraße). Anschließend Kaffeetrinken.

Landshut – Dienstag, 15. November, 14 Uhr, Gasthof Zur Insel: Gemeinsames Treffen.


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.


Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.


Frauengruppe – Mittwoch, 9. November, 13:30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Totenehrung. Anfragen: Marianne Becker, Telefon, (030) 7712354.


Rastenburg – Donnerstag, 13. November, 12 Uhr, Rastenburg, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.




BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@googlemail.co, Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Landesgruppe – Sonnabend, 29. Oktober, 10 Uhr, Veranstaltungsraum I. Etage, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam: Der Vorstand der Landesgruppe lädt alle Ostpreußen und an Ostpreußen Interessierten zu einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der Prussia-Gesellschaft (Duisburg) und der Preußen-Stiftung Tolkemita (Potsdam) ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind willkommen. Der Hauptbahnhof ist fußläufig erreichbar, Parkplätze und Tiefgarage vorhanden. Das Programm:

10 Uhr: Begrüßung

10:15 Uhr: Vortrag von Reinhard Grunenberg, Berlin, über das „prußische Gold", den Bernstein. Schwerpunkt: Handelswege nach Griechenland, Rom, Ägypten.

12 bis 14 Uhr: Mittagspause mit Gelegenheit zum Gedankenaustausch oder zur Besichtigung der Museums-Galerie „Die Ersten Preußen" oder der Ausstellungen im Haus der brandenburgisch-preußischen Geschichte (HBPG)".

14 Uhr Professor Ingo Sommer, Kleinmachnow, referiert zum Thema „Friedrich Wilhelm IV. – er wollte das schönere Preussen". Zahlreiche Bilder veranschaulichen seine Ausführungen. Sommer geht unter anderem auf das Wirken von Karl Friedrich Schinkel und Friedrich August Stuler in Ost- und Westpreußen ein. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

16 Uhr: Gunter Dehnert, Greifswald, beleuchtet in seinem Vortrag die Frage „Die ‚Gesamterhe-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Viel zu entdecken

Für Kunstfans und Knirpse: Museumsmarkt


Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

Kunsthandwerkliches im Ostpreußischen Landesmuseum

Entspannte Atmosphäre in moderner Umgebung und anspruchsvolles Kunsthandwerk in einer vielseitigen Mischung“ versprechen die rührigen Mitarbeiter des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg für das erste Wochenende im November. Von Freitag, 4., bis Sonntag, 6. November, veranstalten sie auch in diesem Jahr wieder ihren traditionellen Museumsmarkt.

Zwar ist die Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums mit der Deutschbaltischen Abteilung noch im Umbau, aber im neuen Eingangsfoyer und dem darüber liegenden Sonderausstellungsraum gibt es Platz genug für eine große Zahl von Ausstellern. Baltischer Bernsteinschmuck, masurische Handarbeiten, Leinenwaren, Perlenkunst, Scherenschnitt und viele mehr wird es zu entdecken geben. Im letzten Jahr kamen über 2000 Besucher zum Museumsmarkt, Er ist nicht nur für Lüneburger sondern auch für Kunstinteressierte aus Hamburg und Hannover zum beliebten Ausflugsziel geworden. Sicherlich auch weil an diesen Tag auf kleine und kleinste Marktbesucher mit dem Museums-Kinderclub ebenfalls ein buntes Programm wartet. Fingerfertige Knirpse können zum Beispiel unter Anleitung von ehrenamtlichen Mitarbeitern lustige Elchanhänger basteln.

Bernstein, Perlen und Scherenschnitt

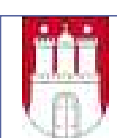
Eröffnet wird der Museumsmarkt am Freitag, 4. November um 18.30 Uhr von Lüneburgs Bürgermeister Ulrich Mädge. Der Jazzpianist Bernd Homann wird an diesem Abend für die musikalische Begleitung sorgen.

Am Sonnabend und Sonntag ist der Museumsmarkt von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt kostet 1,50 Euro. Weitere Informationen: Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeistraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de *PAZ*

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

bung' – ein zu Unrecht vergessenes Großforschungsprojekt der Bundesrepublik?“ Eingangs wird das Pommersche Landesmuseum in Greifswald vorgestellt.

Die Veranstaltung endet gegen 17:30 Uhr.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

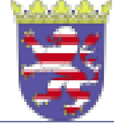
Landesgruppe – Sonnabend, 12. November, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Christkindlmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Der Ostpreußenstand ist auch mit einem Angebot regionaler Spezialitäten und diverser Literatur vertreten. Für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt. Anreise: Das Haus der Heimat liegt unweit der S-Bahnstation Stadthausbrücke, der U-Bahnstation Rödingsmarkt oder der Haltestelle der Buslinien 6 und 37.

KREISGRUPPEN

Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

STADTTEILGRUPPEN

Hamburg-Bergedorf – Freitag 28. Oktober, 15 Uhr, Harders Kamp 1: Treffen der Frauengruppe mit heimatlichen Geschichten, Gedichten und Liedern zur Herbstzeit. Bei einer herbstlicher Kaffeetafel sitzen wir beieinander. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Mittwoch, 31. Oktober, 15 Uhr, Cafe Eckstein, Königsberger Straße. Monatsversammlung. Lothar Hoffmann wird über den in Ostpreußen geborenen Maler Lovis Corinth sprechen.

Gellhausen – Einer alten Tradition folgend, trafen sich die Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen, Westpreußen und Pommern, Kreisgruppe zum Heimatgottesdienst in der Evangelischen Kirche in Bad Orb. Noch zierten die Erntekrone, Brotlaib und geerntete Früchte den Altarraum, denn eine Woche vorher feierten die Christen das Erntedankfest. Der immer in der zweiten Woche im Oktober stattfindende Heimatgottesdienst wurde diesmal zu einem besonderen Ereignis. Die anwesenden Mitglieder der Kreisgruppe und Landsleute aus Schlesien nahmen in besonderen Gedenken an die Glocken aus ihrer einstigen Heimat am Gottesdienst teil. Im Turm der Martin Luther Kirche in Bad Orb hängen zwei Glocken, die jeweils aus Schlesien und Ostpreußen stammen.

Nach dem Neuaufbau des buchstäblich in den letzten Tagen des Krieges zerstörten und durch eine amerikanische Fliegerbombe ausgebrannten Kirchturms, wurden 1953 dort drei Glocken aufgehängt. Neben der großen „Lutherglocke“, die extra angefertigt wurde, hängen dort noch weitere zwei Glocken, die vom „Glockenfriedhof“ aus Hamburg nach Bad Orb kamen. Die mittlere Glocke mit der Inschrift: "Der Herr bewahre dieses Haus und die ganze Stadt" stammt aus Reichenstein in Schlesien. Die kleine Glocke „Gloria in Excelsis Deo“ wurde 1944 aus dem Turm der Kirche in Schloßberg rausgerissen, wie viele andere auch.

Beide entkamen ihrem Schikksal, eingeschmolzen zu werden, und erfreuen mit ihrem Geläut nicht nur die Einwohner von Bad Orb sondern auch manchen Kurgast. Über die Pillkaller Glocke trug Dora Stark das von Anke Mehl in Ostpreußischer Mundart geschriebene Gedicht vor. Da Dora Stark aus der Umgebung von Schloßberg stammt, wurde ihr auch die Ehre zugedacht, die Glocke aus ihrer Heimat per Knopfdruck zum läuten zu bringen. Als die Orgel „Land der dunklen Wälder“ anstimmte, sangen alle Kirchgänger mit.

„Heimat“ – Das Wort, das im Gottesdienst im Mittelpunkt stand, wurde zur Verbindung zwischen dem Heimatgottesdienst und einer Taufe. Ein Lied, das die zur Taufgemeinschaft gehörenden Kinder anstimmten, bereitete besonders große Freude.

Der gemeinsame Gang zum Abendmahl beendete den eindrucksvollen Gottesdienst. Für die Mitglieder der Kreisgruppe war aber der Tag noch nicht zu Ende. Ihr Weg führte sie zum Mittagstisch, der in einem Gasthaus eingenommen wurde. Als die Vorsitzende erwähnte, dass sie noch ihre Anwesenheit in Bad Orb nutzen wolle, und zum Hindenburg-Denkmal zu fahren, folgten ihr alle. Zu ihrer Überraschung schien aus dem trüben und Wolken verhangenen Himmel, auf den Höhen des Spessarts die Sonne. Erinnerungen wurden wach an die Zeit, in der sich alljährlich am 2. Oktober zum Geburtstag Hindenburgs eine große Gruppe Ostpreußen hier einfand. Nach einer Fahrt über die Höhen des Spessarts vorbei an bunt gefärbten Wäldern trennten sich die Wege der Teilnehmer. *Renata Gogné*

Hanau – Der Bund der Vertriebenen hatte wie alljährlich in die Sandelmühle in Hanau zum Erntedankfest eingeladen. Herbstlich gedeckte Tische und ein liebevoll mit Feldfrüchten bestückter und geschmückter Erntetisch erwarteten die 60 Gäste. Auch die Stadtkapelle, die den Nachmittag mit ihren flotten Weisen unterhielt, war gekommen. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende Edeltrud Bartels und einleitenden Worten von Peter Jurenda, der die Moderation übernahm, stellten vier ostpreußische Frauen in einem Reigen der Früchte in hübsch dekorierten Körben die Feldfrüchte vor. Lieselotte Schneider mit einem großen Ährenstrauß das Getreide, Barbra Karpa die Kartoffeln, Edelgard Born das Gemüse und Alfreda Nikkling das Obst. Den Text dazu las Rotraut Schmidt. Eine Egerlandgruppe aus Bruchköbel war in ihrer schönen Tracht erschienen. Eine von ihnen brachte ein Mundartgedicht zu Gehör. Grüße vom Magistrat überbrachte Stadtrat Ott. Die Festrede hielt Landrat Piper. Nach der Kaffeetafel wurden Volkslieder gesungen: wie „Bunt sind schon die Wälder“ und „Land der dunklen Wälder“. Dazwischen spielte die Stadtkapelle fröhliche Volksweisen. Lothar Streck las ein Gedicht aus Böhmen und Heidi Förster eins über Ostpreußen. Edeltraut Bartels sprach einige Schlussworte, bedankte sich bei allen Teilnehmern und wünschte einen guten Heimweg.



BdV-Erntedankfest in Hanau: Herbstlich gedeckte Tische und ein liebevoll geschmückter Erntetisch erwarteten die 60 Gäste Bild: privat

Kassel – Donnerstag, 3. November, 14.30 Uhr, AWO-Heim, Am Wehrturm 3: Bildvortrag von Peter Lorenz über den „Bergpark Wilhelmshöhe – Natur und Kunst in Vollendung.“



Wetzlar: Der Historiker Peter Wörster spricht am 14. November Bild: Rühl

Wetzlar – Montag, 14. November, 19 Uhr, Restaurant Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: „Von Siegen nach „Kaliningrad und dann nach Königsberg und Ostpreußen“ – So lautet das Thema eines Vortrages des Historikers Peter Wörster aus Marburg. „Autobiografische Streifzüge eines Siegerländers am Ende seines Arbeitslebens“, hat der Referent seinen Vortrag untertitelt. Wörster, der in Marburg Geschichte, Slawinistik und Pädagogik studierte, hat seit 2006 einen Lehrauftrag für osteuropäische Geschichte an der Uni in Marburg. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

– Bericht –



Wetzlar: Karla Weyland erinnerte an den ostpreußischen Getreidegeist „Kornmuhme“ Bild: Rühl

An Bräuche aus der Heimat hat die Kulturbeauftragte der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in der Region Wetzlar, Karla Weyland (Rauschenberg), erinnert. Bei einer Erntedankfeier wies sie darauf hin, dass die Kinder der einst Angst hatten vor der Kornmuhme, einem weiblichen Getreidegeist.

In der ostdeutschen Heimat, die einst als Kornkammer Deutschlands galt, gab es riesige Kornfelder. Damit die Mädchen und Jungen die Körner und Halme nicht zertraten, erzählten die Erwachsenen von der Kornmuhme. Sollte sich ein Kind zu weit in das Getreidefeld wagen und die Ähren zertrampeln, dann komme die Kornmuhme und hole sie. Dieser Getreidegeist habe die Aufgabe gehabt, über die Felder so lange zu wachen, bis das Korn im Halm stand. Der Sage nach bedrohte die Kornmuhme jeden, der seinen Fuß unnützerweise in ein Ährenfeld lenkte.

„Vor 60, 70 Jahren war die Kornmuhme noch eine recht glaubhafte Geschichte für die abenteuersuchende Kinderschar“, so Weyland. Heute gebe es weniger Angst machende Methoden, der heranwachsenden Jugend den nötigen Respekt vor einem Getreidefeld zu vermitteln, so die Referentin. Sie brachte Kurzgeschichten und Gedichte rund um den Korngeist zu Gehör.

Pfarrer Christian Silbernagel von der Evangelischen Kirchengemeinde Wetzlar gestaltete eine Andacht zum Erntedank. Der Pfarrer ist auch beim nächsten Treffen am Montag, 27. November, ab 15.30 Uhr zu Gast. Bei der Advents- und Weihnachtsfeier der Landsmannschaft im Restaurant „Grillstuben“ (Stoppelberger Hohl 128) wird Pfarrer Silbernagel erneut die Andacht halten. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 8. November, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe zum Thema „Gesundheit und altersgerecht ernähren – Ein Nachmittag mit dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)“. – Sonntag, 13. November: Volkstrauertag mit Gedenkstunde auf dem Südfriedhof. Für die angeschlossenen Landsmannschaften legt der Bund der Vertriebenen (BdV), Kreisverband Wiesbaden einen Kranz nieder.

Wuppertal – Sonnabend, 12. November, 14 Uhr, Hofaue 51, Kolkmannhaus in Wuppertal-Elberfeld Ostpreußenrunde.

– Bericht –

Am 8. Oktober feierte die Gruppe das Erntedankfest. Da der Erste Vorsitzende Hartmut Pfecht verreist war, wurde die Feier von der Ehrenvorsitzenden Renate Winterhagen gestaltet. Ihr zur Seite standen Waltraut Bombe, Else Ulbricht und Helga Piontek, die schon ein paar Stunden vorher gekommen waren um den Raum festlich zu schmücken. Ein Blick-fang des Erntedanktisches bildete die gut erhaltene aus Ähren geflochtene Erntekrone. Die Tische waren mit allem was die Gärten hergaben dekoriert: Zwischen den grünen Ranken leuchteten die Lampionblumen wie kleine Lichter, andere Blumen viele Äpfel und Kastanien zierten die Tafel. Auch das Kuchenbuffet war mit sehr schmackhaften, selbstgebackenen Kuchen reichlich bestückt.

In ihrer Ansprache erinnerte Renate Winterhagen an das Erntebrauchtum von früher. Die Ernte war eine mühevolle und schwere Arbeit, die je nach Feldgröße von vielen Helfern geleistet werden musste. Von den letzten Getreidehalmen wurde eine Erntekrone geflochten und dem Bauern überreicht, der mit gutem Essen und Trinken, also einem Fest den Erntehelfern dankte. In der heutigen, schnelllebigen Zeit wird das Brauchtum von einst nicht mehr gepflegt, nur in der Kirche wird am 1. Sonntag im Oktober ein Erntedankfest gefeiert. Durch den technischen Fortschritt bedingt können zwei Personen, ein Mähdrescher und ein Trecker mit Anhänger riesige Felder ernten und das ausgedroschene Korn zum Hof bringen. Die deutschen Ostgebiete waren überwiegend ländlich geprägt, um ihre Größe zu erfassen machte Renate Winterhagen tat auch einen einen kleinen Abstecher in das Fach Geografie. So hat Ostpreußen in etwa die Größe der Schweiz, Danzig ist fast so groß wie Luxemburg, Pommern östlich der Oder größer als Belgien, das Sudetenland mit Südböhmen und Südmähren ist größer als Hessen.

Gemeinsam wurden Lieder wie „Bunt sind schon die Wälder“ gesungen. Auch wurden zur Ernte und zum Herbst passende Gedichte vorgetragen. Mit dem „Ostpreußenlied“ und „Kein schöner Land“ endete die Feier.

Sigrid Kruschinski



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 9. November, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Bildervortrag des Ehepaars Lubenau zum Thema „So schön ist der Nordwesten (Deutschlands), Eindrücke aus unserer Region“. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Rinteln – Donnerstag, 10. November, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird Joachim Berg Filme aus seinem Archiv vorführen. Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. – Bitte vormerken: Die Adventsfeier der Gruppe mit einem besonderen Programm ist für Donnerstag, 8. Dezember, 15 Uhr, vorgesehen, weitere Informationen folgen. Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 53 86 oder per E-Mail: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Herbstkulturtagung der Landesgruppe findet am 29. Oktober 2016 wieder in Oberhausen statt. Beginn: 10 Uhr. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wir haben für Sie wieder ein interessantes Programm zusammengestellt und freuen uns auf zahlreiches Erscheinen von Mitgliedern und Freunden

Bonn – Dienstag, 8. November, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Bildvortrag zum Thema „Europäische Kulturhauptstadt Breslau 2016“.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Ra-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

dostina Hristova. – Freitag. 28. Oktober, 19 Uhr, GHH: „Schluck und Jau“ – Komödie von Gerhart Hauptmann. – Sonnabend, 29. Oktober, 15 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Ostdeutsches Erntedankfest. Eintrittspreis für die Veranstaltung mit Programm: sechs Euro. Einlass ist ab 14 Uhr. – Mittwoch, 2. November, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutscher Stickkreis mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 2. November, 18.30 Uhr, GHH: Feierstunde zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an Oskar Gottlieb Blarr, – Donnerstag, 3. November, 18. Uhr, Neanderkirche, Bolkerstraße 36, Düsseldorf: Orgelkonzert zu Ehren von Oskar Gottlieb Blarr. Der Eintritt ist frei – Donnerstag, 3. November, 19 Uhr, GHH: „Kinder von NS-zwangsarbeiterinnen“ – Vortrag von Regina Plaßwilm. – Montag, 7. Novemberm 19 Uhr. „Die deutschen Ostvertriebenen und der Lastenausgleich“ – Vortrag von Professor Manfred Kittel. – Donnerstag, 10. November, 19 Uhr, GHH: „Die Deutschen, Geographie eines Verlustes“ – Lesung mit Jakuba Katalpa. – Freitag, 11. November, 18 Uhr, Restaurant Akropolis, Immermannstraße 40: Traditionelles Gänseessen. Anmeldung erforderlich: Telefon (0211) 682318. – Mittwoch, 16. November, 19 Uhr, GHH: Gespräch mit Professor Stefan Creuzberger von der Uni Rostock zum Thema „Eine Supermacht dankt ab – Das Ende der Sowjetunion vor 25 Jahren.“

Gütersloh – Donnerstag, 10. November, 15 Uhr, Café Villa Dr. Murken, Neuenkirchener Straße 12: Treffen der Frauengruppe. Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt für Frauengruppe und Singkreis: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Neuss – Sonntag, 13. November, Hauptfriedhof, 11 Uhr, Rheydter Straße: Teilnahme an der Feierstunde zum Volkstrauertag.

Wesel – Sonnabend. 12. November, 16 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Kulturabend.



Düsseldorf: Der Komponist Oskar Gottlieb Blarr aus Sandlack bei Bartenstein erhält am 2. November die Ehrendoktorwürde. In der Neanderkirche findet einen Tag später ein Orgelkonzert zu seinen Ehren statt
Bild: Etan Tal/Wikipedia



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 5. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Gezeigt wird der Film „Heimat ist kein Ort“.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Leipzig – Wieder ist ein treuer Ostpreuße für immer von uns gegangen. Der BdV-Kreisvorstand Leipzig trauert um seinen stellvertretenden Vorsitzenden Fritz Stramm, der am 8. September, unfassbar für alle, nach kurzer schwerer Krankheit verstarb.



Fritz Stramm
Bild: privat

Fritz Stamm wurde am 22. Dezember 1936 in Kuppen, Kreis Mohrungen, geboren. Er verlebte mit seinen Geschwistern eine glückliche Kindheit auf dem Lande in der schönen Natur seiner Heimat. Aber der Krieg holte bald auch das friedliche Ostpreußen ein; Fritz war drei Jahre, als er begann, der Vater wurde eingezogen, die Mutter musste alleine für die Kinder sorgen.

Die Familie teilte das Schicksal aller Menschen dieses Landes, nachdem sie das Inferno des Krieges überlebt hatten, mussten sie das Land verlassen, sie wurden aus der Heimat vertrieben und landeten in Thüringen in dem Städtchen Blankenburg. Fleißig wie viele Vertriebenenkinder schloss Fritz die Schule ab und studierte Bergmaschinentechnik. Seiner Arbeit im Bergbau blieb Fritz Stramm bis zur Rente treu.

1959 heirate er seine Frau Louise und gründete eine Familie, seine drei Söhne waren sein ganzer Stolz. Nach Zwischenstationen fand die Familie in Leipzig ihr endgültiges Zuhause. Als sich nach der Wende auch hier die Vertriebenen zu ihrer Heimat bekennen und sich zusammenschließen konnten, wurde Fritz Stramm am 10. November 1993 Mitglied des BdV-Kreisverbandes Leipzig. 2004 wurde er als Zweiter Stellvertreter des damaligen Vorsitzenden Max Duscha in den Vorstand des Kreisgruppe Ost-/Westpreußen gewählt.

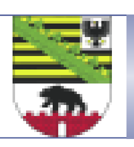
Nach der Neuorientierung des Verbandes, bedingt durch das Ableben von Max Duscha, übernahm 2010 Fritz Stramm das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden. Ein geruhsames Rentnerleben gab es für Fritz Stramm nicht. Neben seinem Garten war er in seiner Freizeit mit ganzem Herzen bei der ehrenamtlichen Tätigkeit im BdV-Kreisverband dabei.

Dazu gehörten auch Besuche in Schulen, Teilnahme an auswärtigen Veranstaltungen und gemeinsam mit seiner Frau die Teilnahme an den Chorreisen in die Heimat Ostpreußen. Zur Landsmannschaft „Deutsche aus Russland“ hatte Fritz Stramm einen guten Kontakt.

Er erfüllte seine Aufgaben stets korrekt und zuverlässig, und setzte sich besonders für die Bearbeitung der Antragstellung für die Bürgerstiftung Dresden ein. Fritz Stramm machte nicht viele Worte, war ruhig und ausgeglichen und immer bereit, wenn seine Arbeit und Hilfe gebraucht wurde. Für seine Arbeit im BdV wurde Fritz Stramm mit der Silbernen und Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet.

Wir Vorstandsmitglieder werden „unseren Fritz“ sehr vermissen.

Inge Scharrer



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 28. Oktober, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Singekreis. – Dienstag, 1. November, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen, Sonntag, 13. November, 14 Uhr: Gedenken aller Kriegs- und Vertreibungsopfer.



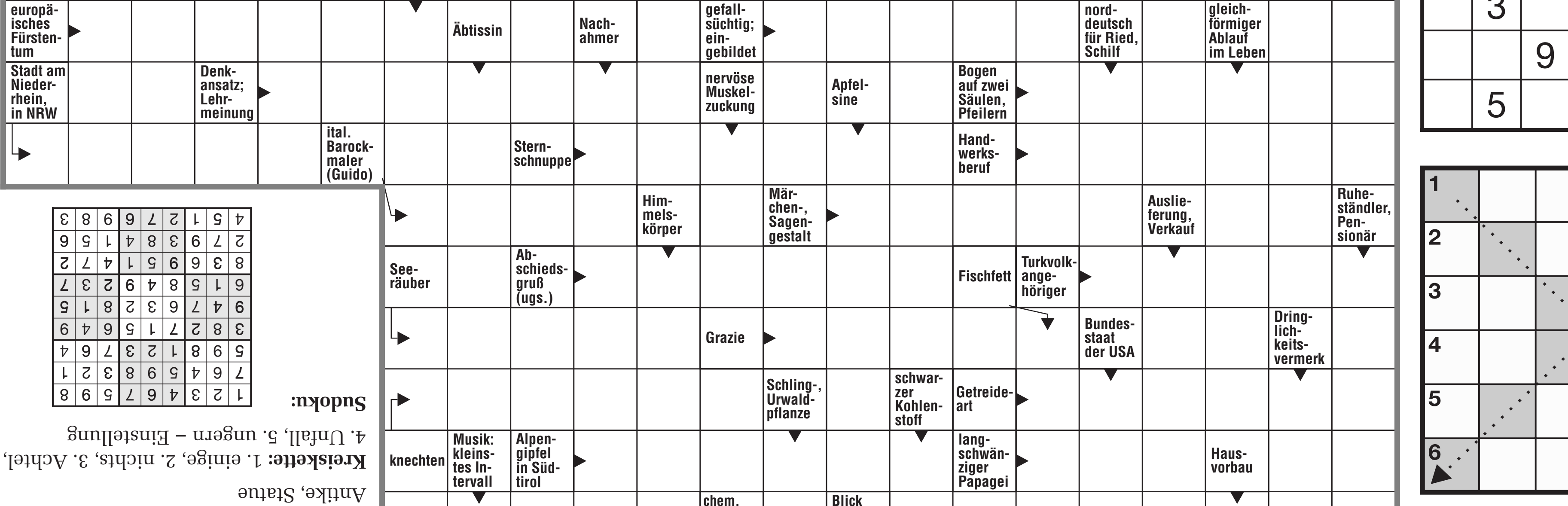
SCHLESWIG-HOLSTEIN

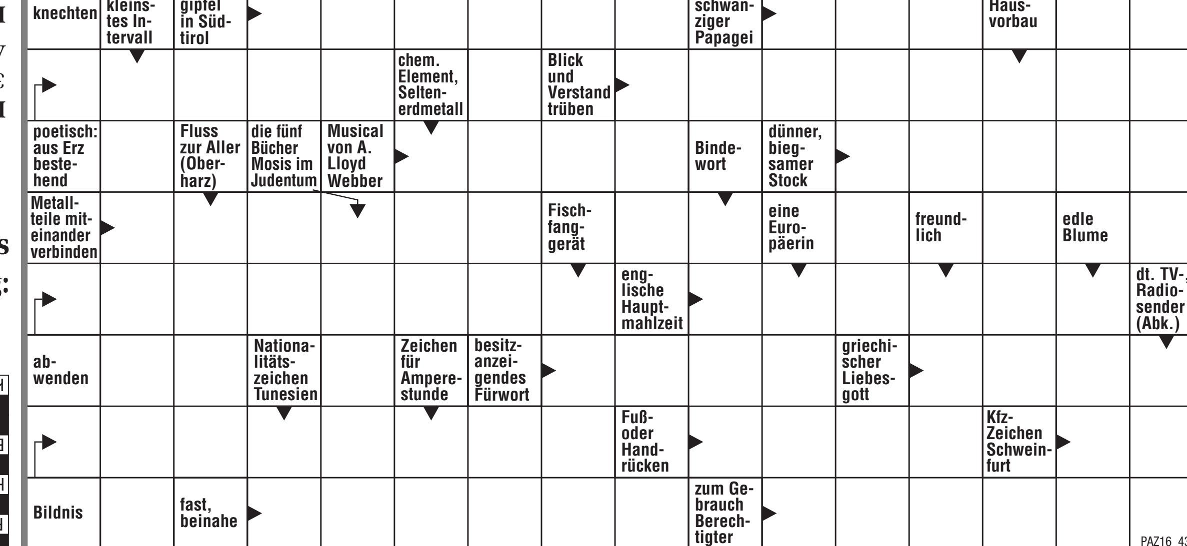
Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Thema der Oktober-Runde der Ost- und Westpreußen war Erntedank. Die Vorsitzende begrüßte die Teilnehmer mit ihrem Gedicht „Herbststrauß“. Ein prächtiger Herbststrauß schmückte die Kaffeetafel, außerdem Äpfel und Maiskolben, die das Ehepaar Makarowski mitgebracht hatte.

Zunächst berichtete die Vorsitzende über den Tag der Heimat in Lübeck, der vom BdV mit dem Thema „Identität schützen –Menschenrechte achten“ organisiert worden war. Zu diesem Thema hielt auch Edmund Ferner, Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen in Schleswig-Holstein, den Festvortrag. Dabei ging er auf den Zustrom der Flüchtlinge und Vertriebenen in den Jahren 1945/46 nach Schleswig-Holstein ein. Da überstieg in einigen Orten oft die Anzahl der Flüchtlinge die

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



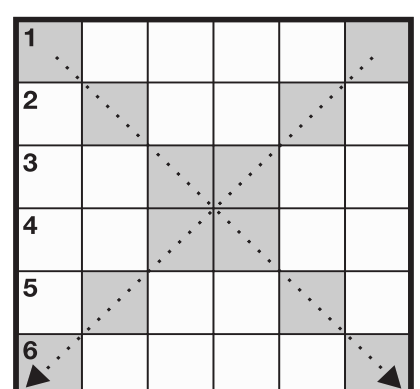


Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



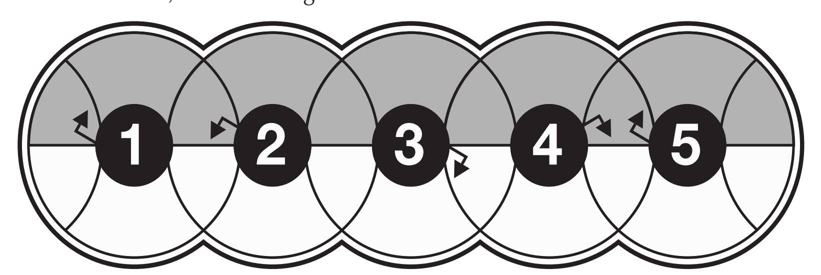
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe aus der Kunst.

1 Nordpolargebiet
2 Jagdkanzel
3 glänzendes chemisches Element
4 Handlung, Unternehmung
5 Eurasier, Osmane
6 kaltes Erfrischungsgetränk

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für Meinung, Ansicht.

1 manche; nicht wenige, **2** kein Ding, keine Sache, **3** Bruchteil, **4** Unglück, Zusammenstoß, **5** widerwillig



So ist's richtig:



Sudoku:

Diagonalrätsel: 1. Arktis, 2. Ansitz, 3. Metall, 4. Aktion, 5. Tuerke, 6. Eistee, Antike, Statue

Kreiskette: 1. einige, 2. nichts, 3. Achtel, 4. Unfall, 5. ungern – Einstellung

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

der einheimischen Bevölkerung. Weiter sprach er über die Bildung der Landsmannschaften und auch von der Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950.

Im Programm des Nachmittags ging es weiter mit den Ernteberichten aus Masuren, die Günter Donder, Bauernsohn aus Masuren, in seinem Buch „Meine Kinderjahre in Masuren" aufgeschrieben hat. Günter Donder erzählt vom Ablauf der Getreide-Ernte und der folgenden Kartoffel- und Rübenernte. „An den Erntewagen hänge den Pflug" war ein masurischer Wahlspruch. Nach der Ernte sollte gleich die Neu-Bestellung der Felder vorbereitet werden.

Für die Teilnehmer waren es liebenswerte Erinnerungen. Sie erzählten eigene Erlebnisse aus der Erntezeit in der Heimat. Geburtstagskind des Monats war Annemarie Knopf. *Gisela Brauer*

Flensburg – Sonntag 13. November (Volkstrauertag), 11.30 Uhr und Sonntag 20. November (Totensonntag), 15 Uhr, Friedhof Am Friedenshügel in der Kapelle: Gemeinsames Gedenken. Es ist geplant ein Sammeltaxi durch die Stadt einzusetzen.

Neumünster – Donnerstag, 10. November, 12 Uhr, Stadthalle, Kleinflecken: Gemeinsames Mittagessen. Näheres und Anmeldung bitte bis zum 30. Oktober unter Telefon (04321) 82314. Gäste sind willkommen.

– Bericht –

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster feierte am 12. Oktober das Erntedankfest. In ihrer Begrüßungsrede erklärte Brigitte Profé: „Der Sommer ist um! Die Tage werden kürzer, die Natur beginnt sich zu verfärben. Nehmen wir uns die Zeit zur Besinnung, zum Dank, zum gemeinsamen Genießen und Teilen." Sie erinnerte auch an eigene Erlebnisse: „Ich mag seit Kindestagen den Erntesonntag. Und auch heute noch gehen meine Gedanken in dieser Zeit in unsere geliebte ostpreußische Heimat zurück. Es war das heutiger Sicht eine arme Zeit, wo auch das Brot noch kostbar war, aber die Freude und die Dankbarkeit viel größer als heute im Jahr 2016. Was waren das für bewusste gefeierte Erntedankfeste!" Abschließend erklärte sie: „Wir danken Gott für den Ertrag der diesjährigen Ernte und nicht ohne denen zu danken, die mit ihrer Arbeitskraft dazu beigetragen haben."

Nach der Begrüßung und dem Kaffeetrinken folgte das abwechslungsreiche Programm. Viele Mitglieder und Gäste hatten die Tische reich mit Erntegaben geschmückt. Von der kleinen Kartoffel bis zum großen Kürbis waren alle Gemüsesorten auf dem Tisch, nett dekoriert mit verfärbtem Laub und Weintrauben. Ungespritzte Äpfel aus dem eigenen Garten waren zu finden und alles, was die Erde hergab.

Viele Herbstlieder wurden gesungen. Nicht fehlen durfte „Wir pflügen und wir streuen." Hildegard Henning brachte zwischendurch herbstliche Gedichte zu Gehör. Der gemütliche Nachmittag verlief viel zu schnell und endete mit dem Ost- und Westpreußenlied.

Pinneberg – Sonntag, 6. November, 15 Uhr: Gänseverspielen (Bingo). Anmeldungen unter Telefon (04010) 62667.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 3. November, 14 Uhr: Gemeinsames Treffen. – Donnerstag, 10. November, 14 Uhr: Gemeinsames Treffen. – Sonntag, 13. November, 9.45 Uhr, Schönwalder Kirche: Volkstrauertag.

Schwarzenbek – Mit 54 Mitgliedern und Gästen startete die Ortsgruppe am 30. September zu ihrer Ausfahrt in die preußische Geschichte. Besucht wurde zunächst Neuruppin, die Geburtsstadt Theodor Fontanes und des preußischen Architekten Karl-Friedrich Schinkel. Ein preußisch gekleideter Reiseführer führte uns durch die nach einem Großbrand 1787 im klassizistischen Stil neu erbaute und weitgehend erhaltene Stadt. Nächste Station war das Preußenmuseum in Wustrau am südlichen Ende des Neuruppiner Sees, dem ehemaliger Sitz des früheren Husarengenerals Ziethen, einem engen Vertrauten des Preußenkönigs Friedrich des Großen. Interessant und umfassend war der dortige Vortrag zu 500 Jahren preußischer und deutscher Geschichte.

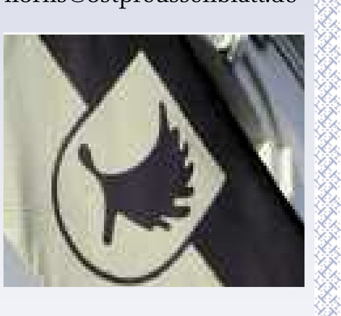
Im benachbarten Gasthaus „Zum Alten Ziethen", benannt nach dem erwähnten Preußengeneral wurde ein schmackhaftes Mittagessen eingenommen. Auf den Spuren von Theodor Fontane besuchte die Gruppe anschließend Schloss Ribbeck im Havelland, dort wo der Birnbaum stand. Sachkundig erläutert wurde den Besuchern unter anderem die Entstehungsgeschichte des Gedichtes. Der Vortragende ließ dabei offen, ob der Dichter möglicherweise abgeschrieben haben könnte. Der ursprüngliche Birnbaum wurde im Laufe der Zeit mehrfach ausgetauscht. Eine schmackhafte Kaffeetafel in der Alten Dorfschule bildete dann den Abschluss in Ribbeck.

Alles in allem war es ein interessanter Ausflug in die deutsche Geschichte, der sicherlich die eine oder andere Anregung für spätere Ausflüge gegeben hat und so manchen bewegen wird, nach den Wanderungen durch die Mark Brandenburg von Theodor Fontane zu greifen, wo zu Beginn des ersten Bandes ausführlich Neuruppin, der Ruppiner See und Wustrau in aller Ausführlichkeit beschrieben werden.

Bei dieser Gelegenheit laden wir alle in Ost- und Westpreußen Geborenen sowie deren Nachkommen ganz herzlich ein, an den Veranstaltungen und Reisen des Ortsverbandes teilzunehmen. Wir möchten das Schicksal der Vertriebenen sowie Geschichte und Kultur der Vertreibungsgebiete pflegen und in Erinnerung behalten. Peter Gerigk

Uetersen – Freitag, 11. November, 15 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Vorstandsmitglied Frank Farin berichtet über die wirtschaftliche und politische Situation unserer Nachbarn.

Texte und Fotos für die Heimatseiten bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de



Markenzeichen fröhliche Atmosphäre

Rekordumsätze, prominente Gäste, tolle Stimmen – So feierten die Ostpreußen beim Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern

Das volle Haus, der gute Geist und die fröhliche Atmosphäre sind Markenzeichen bei den Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern. Zum 21. Landestreffen am 8. Oktober kamen 1500 Landsleute aus der näheren und weiteren Umgebung nach Neubrandenburg. 40 fleißige Helfer hatten das große Jahn-Sport-Forum mit leuchtenden Sonnenblumen, den Fahnen und Schildern aller ostpreußischer Stadt- und Landkreise prächtig ausgeschmückt. An der Hallendecke schwebte ein neues riesiges Transparent mit dem Trakehner Tor. Landesvorsitzender Manfred Schukat verwies in seiner Begrüßung erfreut auf die seit 20 Jahren nicht nachlassenden Besucherzahlen, darunter sogar Ostpreußen aus dem fernen Australien und 120 Landsleute aus allen drei Teilen der Heimat, allen 16 Bundesländern und allen 40 ostpreußischen Heimatkreisen. Auch wenn die meisten Besucher aus Mecklenburg-Vorpommern kamen, waren auch Busgruppen aus Hamburg, Bremen, Iserlohn und der Altmark angereist. Als Ehrengäste erschienen der litauische Botschafter Deividas Matulionis aus Berlin, die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier, der älteste Urenkel des letzten deutschen Kaisers, Pfarrer Philip Kiril Prinz von Preußen, der Bundessprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, sowie der Neubrandenburger Oberbürgermeister Silvio Witt.

Der Landesposaunenchor Vorpommern umrahmte die Fest- und Feierstunde am Vormittag. Emotionaler Höhepunkt war der Einzug von 68 Heimatfahnen zu den Klängen des Trakehner Marsches und von den Landsleuten mit stehendem Applaus begrüßt. In seinem geistlichen Wort rief Pfarrer Philip von Preußen zur Besinnung auf die geistlichen Wurzeln und zur Hoffnung auf die ewige Heimat bei Gott auf. Nach dem bewegenden Totengedenken stimmten die Ostpreußen ihre Heimathymne vom „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" an.

Den Reigen der Grußworte eröffnete der litauische Botschafter, der zum vierten Mal am Landestreffen teilnahm. Diesmal stellte er einen neuen litauischen Roman „Salz für die See" vor, welcher die Flucht aus Ostpreußen aus deutscher, polnischer und litauischer Sicht thematisiert und seit kurzem in Deutsch vorliegt. Alle vor Ort erworbenen Bücher signierte der Botschafter am Ehrentisch eigenhändig. Freya Klier las aus ihrem vielbeachteten Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens", in der auch das Schicksal von Doris Festersen beschrieben wird. Sie blieb als Kind bis 1947 in Königsberg und lebt bis heute in Neubrandenburg. Am Büchertisch wurden alle Exemplare restlos verkauft und von der Autorin signiert.

Mit dem Ruf „Ostpreußen lebt!" grüßte der Sprecher der Bundeslandsmannschaft, Stephan Grigat, seine Landsleute und forderte sie auf, der Heimat und den Zusammenkünften treu zu bleiben. Grüße aus der Heimat überbrachten Magdalena Piklaps, Ehrenvorsitzende der Deutschen in Memel, und Barbara Ruzewicz vom Dachverband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren. Die gemeinsam gesungene deutsche Nationalhymne beendete den Vormittag.

Das ostpreußische Kulturprogramm war wieder prall gefüllt – auch die Mittags- und Kaffeepausen wurden von Heimatsänger BernStein zügig durchmoderiert. Alle Ensembles stellten ihr exzellentes Können unter Beweis. Mit dabei waren die Jugendtanzgruppe Saga aus Bartenstein, die Chöre Stimme der Heimat aus Lötzen und Warmia aus Heilsberg oder die Schülerinnen des Memeler Hermann-Sudermann-Gymnsiums sowie der Chor Heide aus Heydekrug.

Über 6000 Fläschchen Bärenfang verkauft

Die Darbietenden hatten tagelange Hin- und Rückreisen auf sich genommen, nur um in Neubrandenburg dabei zu sein. Seit 2006 werden die Heimatchöre nun schon das elfte Mal zu den Landestreffen eingeladen. Auch der russische Kant-Chor aus Gumbinnen war eigens aus dem Königsberger Gebiet gekommen und brillierte durch seine phantastischen Stimmen.

Zwei Kulturgruppen aus Mecklenburg-Vorpommern vertraten das Gastgeberland: Das Mecklenburg-Pommeraner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten führte wunderschöne Volkstänze in Originaltrachten und mit echter Instrumentalmusik auf. Ihr Leiter Holger Hurtig „erbte" vor Ort eine Pomehrendorfer Trachtensammlung, die eine Thüringer Ostpreußengruppe in gute Hände geben wollte. Als zum Schluss der Shantychor „De Klaashahns" aus Rostock-Warnemünde die gute Stimmung krönte, zog eine endlose Polonaise mit über hundert Teilnehmern mehrere fröhliche Runden durch den Saal.

Zum großen Finale kamen alle Mitwirkenden noch einmal auf die Bühne, stimmten gemeinsam mit den Besuchern das Ostpreußenlied an und sangen zum Schluss mit allen „So ein Tag, so wunderschön wie heute". Der Landesvorsitzende dankte den Ostpreußen für ihre große Treue, der fleißigen Helferschar am Einlass, der Kasse und den Ständen, den Gästen aus der Heimat sowie den vielen kleinen und großen Spendern und dem Justizministerium MV für die Förderung. So steht unter dem Strich wie immer eine „schwarze Null". Auch der Rekordumsatz am Büchertisch und über 6000 Fläschchen verkaufter Bärenfang halfen mit, die Kosten zu decken.

Manfred Schukat lud die Ostpreußen herzlich zum nächsten Landestreffen MV am 23. September 2017 in die Kongresshalle Schwerin ein – „so Gott will und wir leben und gesund sind."

Friedhelm Schülke



„So ein Tag, so wunderschön wie heute": Genau das richtige Lied für das große Finale Bilder (5): Privat



Hand in Hand durchs Jahn-Sport-Forum: Veranstalter Manfred Schukat als Teil der „endlosen" Polonaise



Große und kleine Könner auf der Bühne: Die Mitglieder der Jugendtanzgruppe Saga aus Bartenstein



Klatschen, Singen, Schunkeln: 1500 Besucher in Feierlaune



Medienrummel: Sogar das Fernsehen berichtete

An der vollen Moldau

Prag hat seine goldenen, aber auch seine Schattenseiten – Inzwischen ist die Altstadt von Besuchern aus aller Welt überlaufen

Prag, die Hauptstadt der Tschechischen Republik, wird meistens mit vielerlei schmückenden Beinamen bedacht: „Das Goldene Prag", „Die Stadt mit den 100 Türmen", „Die Mutter aller Städte" und so weiter, was natürlich Touristen aus aller Welt anlockt. Dabei ist in Prag längst nicht alles Gold, was glänzt – weder auf den funkelnden Dächern und Turmspitzen hoch über den Straßen noch an anderer Stelle.

Prag gehört aktuell zu den zehn meistbesuchten Städten in Europa: 2015 reisten immerhin zwei Drittel der 21 Millionen ausländischen Touristen, die nach Tschechien kamen, in die Metropole an der Moldau, wobei rund vier Millionen davon dann auch mindestens eine Nacht blieben. Dabei kamen die meisten der Gäste aus Deutschland, gefolgt von US-Amerikanern und Briten, während die bisher ebenfalls recht hohe Zahl russischer Urlauber seit Beginn der Ukraine-Krise drastisch sank. Viele zieht es nun doch eher nach China als nach Europa, wo sie sich nicht mehr willkommen fühlen.

Dennoch sind immer noch zahlreiche touristische Angebote explizit auf die Besucher aus Russland abgestimmt, was einerseits unangenehm berührt, weil das die Touristen aus anderen Ländern brüskiert, andererseits aber auch verwundert, da die Tschechen die Russen seit der Niederschlagung des Prager Frühlings im Jahre 1968 hassen wie die Pest. Aber Geld stinkt ja bekanntlich nicht – und Geld haben die konsumfreudigen Reisenden aus Putins Riesenreich ganz gewiss genug in Prag gelassen.

Jedenfalls sind nun Asiaten an die Stelle der Russen getreten, allen voran Chinesen und Südkoreaner, deren Zahl im letzten Jahr um 40 beziehungsweise 35 Prozent stieg. Das macht sich dann bei einem Gang durch Prag bemerkbar: Wenn sie sich nicht wohlbehelmt in größeren Gruppen auf ihren Segway-Rollern durch die Fußgängerzonen rollen und damit immer mehr zu einem Sicherheitsrisiko für Passanten und kleine Kinder werden, dann fuchteln die zumeist weiblichen Touristen aus Fernost gefährlich mit ihren meterlangen Selfie-Sticks herum. Denn es gehört für sie zum Ritual, vor restlos jedweder Sehenswürdigkeit innezuhalten und mit Hilfe des Verlängerungsstabes ein Selbstporträt mit der Handy-Kamera zu schießen.

Das stört besonders in der Altstadt von Prag, welche seit 1992 auf der Unesco-Weltkulturerbe-Liste steht, denn hier tummeln sich naturgemäß besonders viele Menschen. Ja, man kann mit Fug und Recht sagen, dass die interessanten Viertel Prags mittlerweile allesamt hoffnungslos überlaufen sind. Im Bereich der Altstadt sowie auch der historischen Neustadt, der Kleinseite und des Hradschins geht es heute zu wie auf einem überfüllten Weihnachtsmarkt in Deutschland.



Meist von Touristen überlaufen: Nur frühmorgens ist die Karlsbrücke von Prag mal etwas leerer — Bild: Colourbox

Im Zuge der „touristischen Erschließung" der Innenstadt Prags wurden vier Fünftel der alteingesessenen Bewohner aus dieser verdrängt. Das hatte zwei fatale Konsequenzen: Zum ersten fand dadurch im Zentrum eine „Internationalisierung" statt, weswegen es nun in vielen Straßen mehr gesichtslos austauschbare Pizzerias und China-Restaurants als traditionelle tschechische Lokale gibt, wie auch sonst von einem ganz normalen landestypischen Alltagsleben kaum mehr die Rede sein kann.

Zum zweiten sind viele Prager frustriert über diese Entwicklung, was sie die ausländischen Besucher verbreitet spüren lassen – selbst wenn sie nicht zu den als besonders betrügerisch und unfreundlich verschrienen Taxifahrern und Wechselstubenbetreibern gehören. Vielmehr verhalten sich auch sehr viele andere Einheimische innerhalb und außerhalb des Dienstleistungssektors und der Tourismusbranche desinteressiert und unhöflich, manchmal sogar provokant. Das ist aber psychologisch durchaus verständlich, wenn man bedenkt, dass sie ertragen müssen, wie der eigene Lebensraum aus Kommerzgründen Tag für Tag mehr in eine Art Disneyland verwandelt wird, in dem ausländische Besucher den Lebensrhythmus der Stadt bestimmen.

Deshalb konnten die Prager Grünen, welche diesen Zuständen den Kampf angesagt haben, bei den letzten Kommunalwahlen im Oktober 2014 punkten und erstmals acht der 65 Sitze im Stadtrat erringen. Das heißt aber nicht, dass sich dadurch nun etwas zum Positiven verändert hätte, eher ist Prag seitdem noch mehr zu einer großen Trink- und Drängelmeile geworden, weil im Tourismus weiterhin das Prinzip „Masse statt Klasse" regiert.

Und dann wäre da noch das Problem der Preise: Zwar zählt Prag nach wie vor zu den kostengünstigsten Hauptstädten der Welt neben Hanoi, Sofia und Budapest, aber das gilt nur für das touristische „Standardpaket" mit Hotelübernachtung und Restaurantbesuch. Sobald der Besucher nämlich bestimmte historische Stätten betreten will, wird er kräftig zur Kasse gebeten. So ist es beispielsweise unmöglich, durch die Goldene Gasse auf dem Hradschin zu flanieren, ohne vorher umgerechnet zehn Euro zu berappen. Dafür kann man dann aus einem schier erdrückenden Menschenstrom heraus ein knappes Dutzend winziger Häuser betrachten, in denen früher einmal Alchimisten werkelten, heute jedoch ausschließlich langweilige Souvenirläden und Cafés beheimatet sind.

Der Gipfel ist freilich der Eintritt, der am Eingang des alten jüdischen Friedhofs in der Josefstadt mit Gräbern aus dem 15. bis 18. Jahrhundert fällig wird: Hier muss der Tourist sage und schreibe 300 Kronen – also umgerechnet an die zwölf Euro – hinblättern, um den gerade einmal 100 mal 100 Meter großen Totenacker besichtigen zu können.

Aber es gibt auch positive Seiten der Moldau-Metropole, die freilich in keinem Reiseführer Erwähnung finden werden. Dazu gehört der Umstand, dass der Prag-Reisende weder vor dem Hauptbahnhof noch an anderen belebten Plätzen auf die Gruppen von herausfordernd auftretenden, männlichen arabischen und schwarzafrikanischen Migranten trifft, welche manches Stadtbild hierzulande inzwischen ebenso nachhaltig wie unvorteilhaft prägen.

Wolfgang Kaufmann

Auf goldenem Strich gehen

Nicht nur der Herbst lässt in diesem Jahr den Teutoburger Wald golden erstrahlen. Mitten im Wald bei Tecklenburg findet der Wanderer eine goldene Treppe. Mit dem begehbaren Kunstwerk „Schnurstracks und Goldrichtich" hat die Künstlerin Sigrun Menzel einen goldenen Lichtstrahl sichtbar gemacht. Insgesamt 131 Stufen wurden mit 24-karätigem Blattgold veredelt, um die Treppe zum Leuchten zu bringen. Die Strecke des Tecklenburger Bergpfads führt direkt an dem Kunstwerk vorbei, sodass die Wanderer hervorragend Natur- und Kunstgenuss vereinen können. Die goldene Linie endet am Hermannsweg, an dem sich sechs der sieben Teutoschleifen wie eine Perlenkette aufreihen. Eine türkisfarbene leuchtende Schlucht, 40 Meter hohe Felsklippen und traumhafte Ausblicke gibt es hier. Als weitere Überraschung erwartet die Wanderer im Wald auf der Teutoschleife „Tecklenburger Bergpfad" ein Klavier. Alle sind herzlich eingeladen zu spielen. *tws*



Bild: Tecklenburger Land Tourismus e.V.

Goldene Treppe in Tecklenburg

Ein Hoch auf die Knolle

Im Herbst lädt Mecklenburg-Vorpommern zu Tüffelwochen und Martensmärkten

Die Mecklenburger und Pommern sind bis heute zwei recht unterschiedliche Temperamente geblieben. Daran änderte auch die 1945 erfolgte Zwangsheirat zum Bundesland Mecklenburg-Vorpommern nichts. In dem zwischen der Elbe im Westen und Pommern im Osten liegenden Mecklenburg-Schwerin besinnt man sich heute wieder auf seine regionalen Besonderheiten, die man touristisch zu nutzen weiß. Denn sobald die Tage wieder kürzer werden und sich das Jahr langsam dem Ende neigt, beginnt die gemütliche Zeit in dem ehemaligen Teil-Herzogtum der Herzöge zu Mecklenburg, die man sich im goldigen Herbst mit einer Reihe von Veranstaltungen in schmucken Gutshäusern, auf barocken Schlössern oder mittelalterlichen Burgen versüßt. Kleine, feine Märkte laden dabei zum Bummeln ein, malerische Parklandschaften der Schlösser zum Spazieren und charmante Altstädtchen mit ihrem Kulturprogramm zum Verweilen und Genießen.

Ein Hoch auf die Knolle ruft man bei den „Tüffelwochen" in der Lewitz aus. Ist man in dem Mecklenburger Wiesenland auf kulinarischer Entdeckungsreise, dann kommt man an der Kartoffel nicht vorbei. Es ist schon erstaunlich, was aus den „Tüffeln", wie sie hier genannt werden, alles gezaubert werden kann. Bei den bis zum 31. Oktober laufenden Veranstaltungen kreieren Hoteliers und Gastronomen rund um die dicke Knolle spezielle Kartoffelgerichte in den unterschiedlichsten Variationen, wie beispielsweise die Alt-Mecklenburger Kartoffelsuppe mit Backpflaumen. Es ist ein herzhaft-süßes und typisch mecklenburgisches Gericht. Ebenfalls einmalig sind „Maustüffeln mit Boddermelk und Bradspeck" – Stampfkartoffeln mit Buttermilch und Speck. Dank der Wälder und zahlreichen Seen landen hier zudem köstliche Wild- sowie Fischgerichte wie Zanderfilet auf dem Teller.



Schloss Ludwigslust im Herbst — Bild: Tourismusverband Mecklenburg-Schwerin

Der Lewitz-Naturführer Ralf Ottmann nimmt noch bis zum 30. Oktober Natur- und Wanderfreunde mit auf eine Tour quer durch das EU-Vogelschutzgebiet „Lewitz". Von der Wiesenmeisterei in Tuckhude geht es auf der geführten Erlebnistour unter anderem zu Fischteichen. Hier rasten tausende Wildgänse, Kraniche und Kiebitze, Silberreiher und Seeadler, bevor sie weiter Richtung Süden ziehen.

Ein herbstlicher Höhepunkt ist das alljährliche „Laubfeuer" im Dammereezer Park, in dem Fakkellichter den Garten illuminieren. Am 29. Oktober wird in dem alten englischen Landschaftspark ein Regionalmarkt veranstaltet mit Köstlichkeiten und Handwerksprodukten aus den Biosphärenreservaten Schaalsee und Flusslandschaft Elbe. Es gibt Parkführungen und jede Menge Mitmachaktionen für Kinder wie beispielsweise Lampion- und Vogelhausbasteln oder eine Fahrt mit der Baumseilbahn. Mit Einzug der Dunkelheit werden das Großfeuer, die Fackeln und Lampions entzündet. Dabei erklingt Gitarrenmusik, und der Park verwandelt sich beim gemeinsamen Laternenumzug in ein stimmungsvolles Lichtermeer.

Die Landeshauptstadt Schwerin veranstaltet vom 4. bis zum 6. November wieder ihren Martensmarkt. Das mittelalterliche Spektakel geht auf einen Brauch zwischen den Schweriner Herzögen und der freien Reichs- und Hansestadt Lübeck zurück, bei dem die Ankunft des Lübecker Martensmannes gefeiert wird, der ein Fass Wein überreicht. Auch in Rehna gibt es am 5. November ein Martensmannfest, während Parchim (4. bis 6.11.) und Grabow (11. bis 13.11.) mit historischen Martinimärkten aufwarten.

Im geschichtsträchtigen Kulturhaus Mestlin entsteht bereits zum fünften Mal ein liebevoller Marktplatz. Die Mischung aus Handwerk, Kunst, Kultur und kulinarischen Genüssen wird auch in diesem Jahr vom 11. bis 13. November bei der Veranstaltung „Hinterland 2016" wieder tausende Menschen begeistern. Wer noch auf der Suche nach einer originellen Geschenkidee ist, sollte die „Tapetendruckstation" aufsuchen. Hier kann individuelle Wanddekoration und gleich das Geschenkpapier dazu kreiert werden. Zu hören gibt es an diesen Tagen unter anderem mitreißende Meeresgeschichten und Piratenlieder vom Berliner Frauen-Trio „The hinking sinking Ladies". Wer es heimeliger mag, lässt sich das Märchen „Dornröschen" aus Sicht eines Küchenmitarbeiters vom Musiktheater Cammin erzählen. *tws*

Alle Termine und Adressen finden sich im Internet unter: www.mecklenburg-schwerin.de

MELDUNGEN

Surf-Vergnügen für Skitouristen

Innsbruck – Europas größtes Gletschergebiet am Ende des Tiroler Stubaitals hat materiell aufgerüstet. Zum Start der Wintersaison wurde am Stubaier Gletscher die mit 4,7 Kilometern längste 3S-Seilbahn der Alpen in Betrieb genommen. Die Seilbahn überwindet dabei auf zwei Trag- und einem Zugseil Gondeln mit bis zu 32 Personen in elf Minuten 1200 Höhenmeter von der neuen Talstation bis zur Bergstation Eisgrat. Künftig können mit 3000 Personen pro Stunde doppelt so viele Gäste befördert werden wie bisher. In den Kabinen wird zudem Gratis W-Lan angeboten. *tws*

Kunst und Oper in der Wallonie

Lüttich – In den Ardennen bläst man im Herbst zur Jagd mit Touristen. Beim Hubertusfest feiert am 3. November der Ort Saint-Hubert den Namenstag seines Stadtpatrons mit einem Jagdhornkonzert und Markt für Kunsthandwerk und Spezialitäten. Namur, das Zentrum der belgischen Region Wallonien, lädt zur Kunst- und Antikmesse Antica Namur (www.wallonia.be). Für Klassikfans hat Lüttich Außergewöhnliches zu bieten: Am 20. November hat an der Opéra Royal de Wallonie-Liège Mozarts „Don Giovanni" in der Inszenierung des Filmregisseurs Jaco Van Dormael Premiere (www.operaliege.be). *tws*



Belehrung für AfD-Wähler

Andersdenkende kritisiert

Kennen Sie Stephan Hebel? Er ist Redakteur bei der Frankfurter Rundschau (FR) und damit ein Vertreter der Gattung „Jeder kann alles".

Zwei Tage nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern schrieb er angesichts der 20,8 Prozent der „Alternative für Deutschland" (AfD) einen „Brandbrief" an deren Wähler, um ihnen „sachliche Argumente an die Hand zu geben", ihren Protest gegen die „Etablierten" nicht zu verschenken, denn das Welt- und Gesellschaftsbild der AfD sei „im Kern rassistisch, denn es basiert auf ethnischer Homogenität der Nation". Hebels Credo: Wer AfD wählt, „vergeudet seinen Protest", denn die unterscheide sich in der Flüchtlingspolitik nicht von den kritisierten „etablierten Parteien". Deutschland habe „genug Reichtum", es stünde „am oberen Ende der Reichtumsskala". Das Problem sei, „dass die regierenden Parteien dieses Geld nicht mobilisieren" möchten.

Aber auch die AfD gehorche der klassischen neoliberalen Regel „Sparen, Sparen, Sparen" und habe wie auch die „Etablierten" nicht den Mut „einer Umverteilung des Reichtums" zugunsten der „Migranten". Hebel ignoriert in seiner ideologischen Einseitigkeit den gigantischen Schuldenberg Deutschlands, der Ausdruck von staatlicher „Armut" ist. Es ist nicht genug Geld da und wer nicht weiß, wie er je seine Schulden tilgen kann, der sollte nicht mit „Reichtum" prahlen. Hier zeigt sich die Arroganz eines Ideologen, eines total Ich-bezogenen Menschen, der seine Meinung kritikfrei stellt, zum Dogma erhebt.

Hebel weiß um die Macht des Wortes, um dessen Manipulierbarkeit, um dessen Nutzung als Waffe gegen Andersdenkende. Doch unwillentlich richtet Hebel die Waffe gegen sich selbst, denn er muss irgendwann selbst Farbe bekennen, wenn er die AfD des „Rassismus" bezichtigt. Er bekennt, mit „Globalisierung" nicht nur die „Ent-Grenzung" zu meinen, sondern die „Globalisierung der Gesellschaften", die globale „multikulturelle Gesellschaft".

Damit offenbart er sich als den schlimmsten Rassisten, den man sich vorstellen kann, der glaubt, durch totale kulturelle und biologische Vermischung aller Menschen, aller Völker und Nationen, einen „Einheitsmenschen" schaffen zu können, der die Utopie von der „Einen Welt" zu Ende führt. Keiner der fast 200 UN-Mitgliedsstaaten denkt an die Selbstliquidation. Jeder ist um seine nationale Identität bemüht und schützt sein „Haus". Die Erde ist kein „Treibhaus" mit einem „Einheitsklima", sondern besteht aus zahllosen unterschiedlichen Biotopen oder Lebensräumen mit ihrer spezifischen Fauna und Flora, welche die unendliche Biodiversität des Planeten ausmachen. Es ist die Natur selbst, die im Laufe der Evolution diese außergewöhnliche Vielfalt an „Leben" geschaffen hat, auch die Vielfalt an Stämmen, Völkern und Nationen mit ihrer Vielfalt an Sprachen und Dialekten.

Umverteilungsideen zeugen von Arroganz

Hebels Empfehlung an die AfD-Wähler, „Wählen Sie sich nicht unglücklich", wird zu einem Bumerang. Eine „Welt der Offenheit und des fairen Ausgleichs" ist nur in einer Welt der Vielfalt und Verschiedenheit denkbar. Die große Gefahr liegt in der ideologisch verblendeten Einfalt, die nur in einer tyrannischen Weltherrschaft verwirklicht werden kann, unter Zwang. Die AfD ist indirekt vom Vorwurf des „Rassismus" freigesprochen worden, das besagt aber noch nicht, dass sie die Probleme der Zeit alle erfasst und die passenden Antworten gefunden hätte. Wenn sie in Hinblick auf die „Klimaextreme" von „bisher unvorstellbaren Wanderungsbewegungen" phantasiert, dann hat sie sich noch nicht vom linken „Zeitgeist" emanzipiert. Für Parteiideologen könnte der „Brandbrief" von Interesse sein. Der Rezensent kann ihn nicht empfehlen.

Wolfgang Thüne

***Stephan Hebel: „Sehr geehrter AfD-Wähler, wählen Sie sich nicht unglücklich! – Ein Brandbrief"**, Westend-Verlag; Frankfurt/Main 2016, broschiert, 63 Seiten, 8 Euro*



Einsamer Kämpfer

Kristina Spohr beleuchtet Helmut Schmidts Jahre als Kanzler

Vor einem Jahr ist Helmut Schmidt gestorben. Wie nachhaltig seine Wirkung nach wie vor ist, zeigt sich in diesem Herbst auf dem Büchermarkt. Mehrere Neuerscheinungen würdigen teils den Politiker und Publizisten Schmidt insgesamt; andere konzentrieren sich auf spezielle Themen und zeigen den engagierten Politiker.

Zu letzteren gehört das Buch der deutsch-finnischen Historikerin Kristina Spohr. Sie nennt es schlicht „Der Weltkanzler" und will damit ausdrücken, dass man Schmidts Politik nicht nur mit Blick auf Europa und die USA betrachten solle, sondern dass er als einer der Ersten die vielzitierte Globalisierung in ihrer ganzen Tragweite erkannt und seine Politik entsprechend ausgerichtet habe.

Die Autorin lehrt an der London School of Economics und hat davor unter anderem im Büro des Generalsekretärs der Nato in Brüssel gearbeitet. Sie beschränkt ihr Buch auf den Kanzler Schmidt, also auf die Jahre von 1974 bis 1982, und sie konzentriert sich dabei auf Fragen der Weltwirtschaft und der Sicherheitspolitik, – beide haben Schmidts Außenpolitik zentral bestimmt.

Die Autorin macht aus ihrer Bewunderung für Schmidt kein Hehl und stellt ihn als eine der großen Gestalten der deutschen Politik dar. Bei der Beschränkung auf die genannten Themen kommt ihr ihre Erfahrung in internationalen Stäben und im transatlantischen Wissenschaftsbetrieb zustatten; der Anmerkungsapparat zitiert vielfach amerikanische Quellen, was das Buch trotz der mitunter schwierigen Materie zu einer spannenden Lektüre macht.

Für den Wirtschaftsfachmann Schmidt hat sich der ebenso respektvolle wie etwas spöttische Begriff des „Weltökonomen" eingebürgert. 1973 war das seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende internationale Währungssystem von Bretton Woods zusammengebrochen; mit der fast gleichzeitigen rapiden Erhöhung der Erdölpreise geriet die westliche Welt in eine gefährliche Krise, die nicht zuletzt durch Schmidts energisches, konkrete Lösungen anvisierendes Handeln halbwegs gemeistert wurde. Heute ist das angesichts der ständigen Euro-Krisen fast vergessen; gleichwohl bleibt es ein außerordentliches Beispiel erfolgreichen Krisen-Managements.

Mehr noch beschreibt die Autorin Schmidts zentrale Rolle in der Militär- und Sicherheitspolitik. Schon lange vor seiner Kanzlerschaft war er als herausragender Militärexperte ausgewiesen. Als er sein Amt antrat, war der „honeymoon" zwischen Ost und West fast wieder verflogen, die Sicherheit Europas schien durch forcierte Rüstungsanstrengungen der Sowjets bedroht, die westliche Allianz drohte sich in der Frage einer adäquaten Reaktion heillos zu verheddern. Für Schmidt gehörten militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West und Rüstungskontrolle immer zusammen. Entsprechend drängte er sowohl auf militärische Parität zwischen Nato und Warschauer Pakt als auch auf Abrüstung. Nur zu gut wusste er, dass ein ins Atomare eskalierender Konflikt vor allem auf deutschem Boden ausgetragen würde.

»Doppeldolmetscher« zwischen Moskau und Washington

Es war wesentlich sein Verdienst, dass der umstrittene Nato-Doppelbeschluss zustande kam, der einerseits gegenüber den sowjetischen SS-20-Raketen mit Cruises Missiles und Pershing-Raketen nachrüstete, gleichzeitig ständige Verhandlungsbereitschaft signalisierte. Schmidt wurde zum „Doppeldolmetscher" zwischen Washington und Moskau. Aber er wurde auch zum einsamen Kämpfer. Der linke SPD-Flügel unter Bahr und Eppler war seine heftigste Opposition.

Man hätte sich gewünscht, die Autorin wäre doch etwas mehr auch auf den Innenpolitiker Schmidt eingegangen, denn auch das war seine Leistung, die extrem auseinanderlaufenden Interessen immer wieder zusammenzubringen. Aber das Ende konnte er nicht aufhalten. Die Zustimmung zu seiner Sicherheitspolitik musste er sich 1982 mit einem dirigistischen Wirtschaftsprogramm der Linken erkaufen. Die Folgen sind bekannt; der Koalitionspartner FDP sprang ab, am 1. Oktober 1982 wurde Schmidt durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt. „Alles in allem haben wir es nicht so schlecht gemacht", soll er spät abends zu seinem Sprecher Klaus Bölling gesagt haben. *Dirk Klose*

***Kristina Spohr: „Helmut Schmidt. Der Weltkanzler"**, Theiss Verlag, Darmstadt 2016, gebunden, 384 Seiten, 29,95 Euro*



Wie ein Flugzeug entsteht

Autoren begleiten den Werdegang von der Idee bis zum Jungfernflug

Wieso können tonnenschwere Flugzeuge eigentlich fliegen? Wer denkt sich aus, wie Flugzeuge aussehen sollen und wo werden diese überhaupt gebaut?

Diese und viele andere Fragen werden ausführlich beantwortet in einem fantastischen Buch über die Entstehungsgeschichte eines Passagierflugzeugs aus dem Gerstenberg-Verlag: „Start frei! Wie ein Flugzeug gebaut wird". Kein geringerer als der Pilot Henrik Lührs selbst berichtet hier mit echtem Expertenwissen über den Werdegang eines Flugzeugs von der Idee bis zum Jungfernflug. Dabei begleitet der Leser die Kinder Fabian und Finja durch alle Stationen des Flugzeugbaus. Anschaulich gemacht werden die Erläuterungen durch großformatige Klappen, die aufzublättern sind und hinter denen sich viele Informationen, Bilder und Fotos verbergen. Immer wieder werden auch Fachleute befragt.

So erfährt man von einem Produktionsleiter, dass es rund sieben Jahre dauert, um ein komplett neues Flugzeug zu entwickeln und zu bauen. Der Experte erklärt, aus welchen Materialien ein Flugzeug besteht. Ein Pilot berichtet, wie lange es dauert, ein Flugzeug zu betanken und welches die wichtigsten Fluginstrumente sind. Ein anderer sagt, welche Kräfte an einem Flugzeug wirken, damit sich dieses schwere Gefährt überhaupt in die Luft heben kann. Auch mit einem Triebwerksentwickler kann man sich „unterhalten". Denn der erklärt anhand vieler Fotos und Beschreibungen, wie diese Motoren funktionieren.

Dass auch erklärt wird, wie es in einem Flugzeug aussieht, versteht sich von selbst. Etwa in der Mitte des Buches gibt es eine Doppelseite zum Ausklappen. Dort wird der Leser in die Flugzeugbauhalle entführt. Hier ist zu sehen, wie die Teile zusammengefügt werden. Schließlich begleitet man das neue Flugzeug auf dem ersten Testflug. Nicht aber, ohne zu erfahren, wie lange es dauert, ein Flugzeug anzustreichen. Die Außenlackierung eines A380-Flugzeugs wiegt 500 Kilogramm, denn es werden vier, teils sogar bis zu sechs Schichten aufgetragen. Das dauert zehn bis 15 Tage. Hier bleibt keine Frage offen. Ein tolles Buch aus dem Kinder- und Jugendbuchprogramm des Verlags, das auch vielen Erwachsenen Spaß machen und Fragen beantworten wird. *Silvia Friedrich*

***Henrik Lührs/Bernd Wagenfeld: „Start frei! Wie ein Flugzeug gebaut wird"**. Gerstenberg Verlag, gebunden, 16,95 Euro*

Quo vadis, Syrien?

Nicolas Hénin gibt Erklärungs- und Lösungsversuche für die Krise: Der Westen soll mehr Verantwortung übernehmen

Der französische Autor Nicolas Hénin erlebte die Entstehung des islamischen Staates (IS) in unmittelbarer Nähe. Er wurde von den Dschihadisten entführt und eingesperrt, was ihm tiefen Einblick in deren Gedankenwelt ermöglichte. Erst nach zehn Monaten konnte er befreit werden.

In breiter Darlegung erlebt der Leser die wechselvolle Geschichte Syriens und den Verfall des Staates. Die dortigen Depressionen waren nach Ansicht des Verfassers der „Hauptnährboden" dafür, dass sich im April 2013 der IS bildete. Dessen Stärke war im Gegensatz zu anderen Rebellengruppen seine innere Einheit sowohl auf der Ebene seiner Ideologie als innerhalb seiner Führung. Der Muchabarat (syrischer Geheimdienst) vermochte das Kommunizieren der einzelnen Gruppen, welches über Internet via Satelliten lief, nicht zu entschlüsseln.

Größeren Raum widmet der Autor den Einnahmequellen des IS, der als die „am besten finanzierte Terrororganisation der Welt" angesehen wird: Durch die Plünderung der Zentralbank von Mossul erbeutete dieser umgerechnet 480 Millionen Dollar, mindestens 20 Millionen als Lösegeld von Geiseln und durch die Ölvorkommen im Lande. Indes wertet das Buch die „Gotteskrieger" nicht als eigentlichen Kern des Bösen, sondern fragt nach den Morden des Assad-Systems, „das 150 mal mehr Zivilisten getötet hat als der Islamische Staat!" Obwohl Assad 2013 dem Abrüstungsabkommen zustimmte, habe er weiterhin Chlorgas verwendet mit bis zu 1400 Toten. Eine westliche Intervention gebe es bis heute nicht, was das Regime als Freibrief für noch brutalere Angriffe werte.

Eingeräumt wird, der IS setze seinen Terror als Waffe ein und töte „Ungläubige" nicht nur, sondern entwürdige und enthaupte sie. Die dabei gedrehten Filme verbreite er so weiträumig wie möglich: Der Horror solle den Feind entmutigen, lähmen und zum Desertieren veranlassen. Die demokratischen Kräfte im Lande hätten es schwer, im Westen Unterstützung zu finden. Die Kurden seien der „einzig wirksame Schutzwall gegen den IS". Sie seien ein Problem, weil viele Mitglieder der „Partiya Yekitiya Demkrat" angehörten, dem syrischen Zweig der PKK. Man sollte der Freien Syrischen Armee helfen. Viele Kräfte, die für ein demokratisches System kämpften, seien indes über die westliche Untätigkeit so enttäuscht, dass sie inzwischen einen Dialog mit Russland akzeptierten.

Enttäuschte zieht es zu Russland

Hénin wirft dem Westen Unfähigkeit vor, einzugreifen und „internationales Recht geltend zu machen, zu dessen Garantie er sich gerne aufschwingt, wenn es sich um seine eigenen Interessen geht". Er werde unglaubwürdig, wenn er sich für den Kampf gegen den IS interessiere, nicht aber für den gegen Assad. Der Westen, ohnehin viel zu lange ohne näheres Interesse für Syrien, habe keine Strategie im Umgang mit der dortigen Krise. Dass die Vereinten Nationen nicht alle Probleme lösen können und nur solche, welche die Großmächte lösen lassen (man denke an die häufigen Vetos Moskaus zugunsten Assads) sei eine sehr bedauerliche Tatsache. Dies aber dürfe nicht zu einer Untätigkeit der westlichen Welt führen.

Dringend erforderlich sei es, der massiven Propaganda der „Gotteskrieger", die bekanntlich viele junge Europäer zum „Heiligen Krieg" nach Syrien locke, entgegenzutreten. Bis heute indes fehle dafür in Europa ein Programm. Die Bevölkerung in Syrien sollten wir vor Ort einbinden, ihr Vertrauen zurückzugewinnen versuchen, dass der Westen an ihrer Seite im Kampfe gegen jede Tyrannei steht. Notwendig sei vor allem, dass die Menschen Hoffnung hätten. Von den Entscheidungsprozessen über ihre Zukunft seien die Syrer selbst ausgeschlossen, niemand vertrete sie auf der großen Weltbühne. Wichtig wäre es, einen für das Land und seine Menschen wirklich repräsentativen Rat zu bilden.

Eine militärische Lösung sieht der Autor nicht. Doch eine notwendige politische Lösung wollten weder das Assad-Regime noch der IS akzeptieren. Daher müsse die internationale Gemeinschaft sämtliche Kraft und allen nur möglichen Druck einsetzen, um sie dazu zu zwingen.

Ein Ideal-Ziel, doch der Verfasser wird selber die Grenzen, die faktischen Möglichkeiten des Westens sehen. Er sieht sein Buch auch als „eine Streitschrift gegen den Westen, der mit seinen Fehlern und seiner Untätigkeit zu diesem Fiasko beigetragen hat". Er hofft, sein Buch werde ein „Denkanstoß, um vielleicht zu retten, was noch zu retten ist". Der Leser wird ihm in vielem zustimmen, er wird es sicherlich recht nachdenklich aus der Hand legen. *F.-W. Schlomann*

***Nicolas Hénin, „Der IS und die Fehler des Westens"**, Orell Füssli Verlag, Zürich, 2016, broschiert, 216 Seiten, 17,95 Euro*

MELDUNGEN

Keine Strafe für Gruß an Pegida

Dresden – Der Polizist, der den Pegida-Demonstranten am 3. Oktober über Lautsprecher „einen erfolgreichen Tag“ gewünscht hatte, muss keine Konsequenzen befürchten. Dresdens Polizeipräsident Horst Kretzschmar teilte mit, er habe ihn bei einem Gespräch „als einen einsichtigen Mann“ kennengelernt, der eingeräumt habe, „dass der gut gemeinte Versuch einer Grußformel am Ende einer polizeilichen Durchsage an der Stelle letztlich fehl am Platz“ gewesen sei. *J.H.*

Lichterkette abgesagt

Hamburg – Die Hamburger AfD hat eine für vergangenen Sonntag geplante Lichterkette zum Gedenken an einen an der Alster hinterrücks getöteten 16-Jährigen abgesagt. Man wolle zunächst mit den Angehörigen sprechen, um nicht in den Verdacht zu geraten, den Fall auszuschlachten. Eine kleine Mahnwache von Bürgern war Aussagen zufolge von „Antifa“-Aktivisten massiv bedrängt worden. Der mutmaßliche Täter wird als „südländisch“ beschrieben. *H.H.*

ZUR PERSON

Bürgermeister der Philippinen

Diese Scheidung wird den Vereinigten Staaten weh tun: Der philippinische Präsident **Rodrigo Duterte** hat verkündet, dass er sich von den USA ab- und China zuwenden will. „Ich gebe meine Trennung von den Vereinigten Staaten bekannt“, sagte er bei einem Besuch in China. Damit droht das gesamte geostrategische Gefüge zu zerbrechen, mit dem die USA seit Jahrzehnten mühsam versuchen, ihren Einflussbereich in Südostasien zu sichern.

Duterte ist ohnehin kein Kind von Traurigkeit. Seit er Ende Juni zum Präsidenten der Philippinen gewählt wurde, macht er mit Sprüchen auf sich aufmerksam, neben denen Donald Trump wie ein Klosterschüler wirkt. Den Papst und Barack Obama beleidigte er als „Hurensöhne“, und seinen Anti-Drogen-Krieg verglich er mit Hitlers Holocaust. Nachdem Berlin deshalb den philippinischen Botschafter einbestellte, ruderte Duterte allerdings zurück: alles nicht so gemeint.



Duterte hatte sich seinen Ruf als Hardliner schon als langjähriger Bürgermeister der Millionenstadt Davao „erarbeitet“. Sein Kampf gegen Korruption, Kriminalität, Drogen und soziale Ungerechtigkeit führte zu Erfolgen, wie selbst seine Kritiker einräumen mussten: Davao gilt als eine der saubersten und sichersten Städte auf den Philippinen.

Dass das Präsidentenamt den 71-Jährigen zähmen wird, wie einige hofften, ist nicht zu erwarten. Unter ihm haben die Todesschwadronen wieder freie Hand, die schon während seiner Bürgermeisterzeit 1400 Kriminelle und Drogenabhängige hingerichtet haben sollen. Der Mann, der sich als Sozialist bezeichnet, will sich als nächstes die islamische Terrorgruppe Abu Sayyaf vorknöpfen. Dabei kann er auf Unterstützung aus dem eigenen Familienclan rechnen: Seine Tochter Sara hat bereits seine Nachfolge als Bürgermeister von Davao angetreten. *H. Tews*



Besser machen

Wie sich Europas Schicksal erneut in den Ardennen entscheidet, wo Revolution droht, und wie wir Deutschland gerade noch verhindern / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Schon wieder entscheidet sich das Schicksal Europas in den Ardennen, jenem für seine Unwegsamkeit berüchtigten Mittelgebirge Walloniens. Einst standen sich hier Wehrmacht und Alliierte gegenüber, nun sind es die Bewohner der dunklen Täler selbst, die den Kontinent erschüttern.

Sieben Jahre lang hatten die Großen und Mächtigen beiderseits des Atlantiks über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, Ceta genannt, verhandelt. Doch als es endlich so weit war, die Sache abzuschließen, stellte das Regionalparlament im überwiegend französischsprachigen Süden Belgiens den Fuß in die Tür. Dort leben nicht einmal so viele Menschen wie in Sachsen.

Angeblich wollen die Wallonen damit bloß ein paar Subventionen erpressen, die sie sicherlich bekommen werden. So ist es Brauch in der EU: Wenn du Geld von den anderen willst, blockiere irgendwas. Du musst nur genug Ausdauer und Widerborstigkeit aufbringen, dann zahlt bestimmt jemand.

Schon Kanzler Kohl war berühmt für seine Großzügigkeit, wenn es um deutsche Geschenke für erpresserische Nachbarn ging. Mittlerweile ist das gegenseitige Ausplündern zur Kernmarke der EU aufgestiegen. Der Euro hat sich zum System „eine Währung – eine Kasse“ entwickelt mit immer unbeschränkterer Haftung der einen für die Schulden der anderen. Diese „anderen“ schlagen zu wie ein Rudel hungernder Wölfe, und wir sind sehr gespannt darauf, was passiert, wenn die deutschen Sparer und Steuerbürger bemerken, dass sie das Schaf sind.

Was die EU an sich angeht, so ist sie mit dem Ceta-Fiasko ihrem Ende wieder ein wenig näher gerückt. Im wohligen Gefühl, Herren über 500 Millionen Menschen zu sein, hatten die Polit-Aristokraten von Brüssel vergessen, dass da draußen überall Völker leben, die ihre demokratischen Rechte und nationalen Belange noch nicht völlig vergessen hatten. Nun haben ihnen die Barbaren nach dem Brexit das zweite Mal in diesem Jahr kräftig eins übergebraten. Das schmerzt fürchterlich, wie das gellende Gejammer der Eurokraten heraushören lässt.

Besorgte Politiker appellieren an ihre 500 Millionen Bürger, das Geschenk der europäischen Einheit nicht zu vergeuden. Wir sollen uns der historischen Errungenschaft gefälligst bewusst sein.

Bei den Angesprochenen lösen solche Aufrufe kaum mehr als Gähnen aus. Schlimmer noch: Viele sehen das Scheitern des „Brüsseler Monsters“ sogar mit grimmiger Genugtuung.

Wie konnte es nur so weit kommen? Vielleicht, weil wir schon vor Jahren angefangen haben, „Europa“ mehr als Bedrohung denn als Verheißung zu betrachten. Und wieso?

> Wäre es nach den Eurokraten gegangen, könnte Erdogan seine Pläne mit unserem Geld bezahlen

Dazu nur ein Punkt: Wenn die EU-Machthaber gekonnt hätten, wie sie wollten, wäre die Türkei längst Mitglied und Kalif Erdogan könnte seine neo-osmanischen Eroberungspläne und radikal-islamischen Gleichschaltungsphantasien mit deutschen Steuergeldern finanzieren. Wer erkannt hat, dass Leute in Brüssel die Feder führen, die das möglich gemacht hätten, der darf schon mal misstrauisch werden und ist empfänglich für jeden Verdacht, auch wenn es Sachen wie Ceta betrifft.

Da ist aber wohl noch mehr im Busch, es riecht beinahe nach Revolution, nicht nur in Europa, auch in den USA. Einer Revolution gegen „die Etablierten“. Drüben führt ein schrulliger Kerl namens Trump die Horden der Aufmüpfigen und Überdrüssigen an, während Konkurrentin Clinton für die alte Macht steht. In Europa sind es diejenigen, die man bei Hofe verächtlich „Populisten“ nennt. Die Vokabel ist eine Neuauflage der „Demagogen“, die 1848 die Deutschen zu ihrer ersten demokratischen Revolution aufgehetzt haben.

Für Revolutionen gibt es nur ein Gegenmittel: die Konterrevolution. Die Fraktionschefin der Grünen, Katrin Göring-Eckart, hat gesagt, dass sie sich auch deshalb auf die drastische Veränderung Deutschlands durch Massenzuwanderung freue, „weil ich schon einmal eine friedliche Revolution erlebt habe“ – sie ist in der DDR aufgewachsen. Die jetzt laufende Revolution könnte, so Göring-Eckardt, „die sein, die unser Land besser macht“.

Ein äußerst aufschlussreicher Satz, der uns tief in die Gedankenwelt dieser Politikerin blicken lässt. Zunächst einmal lesen wir dort, dass Deutsche schlechter sind als Ausländer. Warum sonst sollte das Land „besser“ werden, weil der Bevölkerungsanteil der Nichtdeutschen ansteigt?

Daraus ergibt sich auch, warum die Ereignisse von 1989 Deutschland laut Göring-Eckardt eben nicht „besser“ gemacht haben, sondern womöglich sogar schlechter. Damals ist Deutschland, das Land der Schlechten, nämlich politisch zurückgekehrt, wenn auch in arg geschrumpfter Form. Nun ergibt sich die historische Chance, das Land in seiner „deutschen“ Gestalt endgültig vom Hals zu bekommen.

Das jedoch wollen die neuen Demagogen, heute „Populisten“ genannt, verhindern, und verleiten das Volk zur Revolution gegen die Mächtigen. Daher muss man sie mit allen Instrumenten staatlicher Macht in die Knie zwingen, sie den Furor der Konterrevolution mit ganzer Härte spüren lassen.

So kratzen die Regierenden alles zusammen, um noch mehr Nichtdeutsche ins Land zu holen. Möglichst natürlich solche Ausländer, bei denen am ehesten sichergestellt ist, dass sie auch in vielen Generationen keine Deutschen werden. Polen oder Russen waren da ebenso eine Enttäuschung wie dunnemals die Hugenotten, denn deren Nachkommen assimilierten sich irgendwann. Mit Immigranten aus dem orientalischen Raum haben wir dagegen die besten Erfahrungen gemacht; deren Herzen schlagen auch nach drei Generationen noch nichtdeutsch, weshalb wir die besonders gern aufnehmen.

So verwundert diese Nachricht auch nicht: Es heißt, die tausende Bewohner des illegalen Lagers bei Calais sollten in reguläre Auffanglager verteilt werden, worunter der gewöhnliche deutsche Medienkonsument verstanden hat: in französische Auffanglager.

Von wegen: Dienstag kam die Meldung durch, dass wohl mehrere hundert von ihnen nach Deutschland geschickt werden, weil sie hier zuerst registriert worden seien vor ihrer Weiterreise an den Ärmelkanal. „In Kreisen deutscher Behörden geht man davon aus, dass etwaigen Ersuchen Frankreichs auch entsprochen werde“, schreibt die „Rheinische Post“. Genauso übrigens, wie man davon ausgeht, dass die Franzosen uns etwas husten werden, wenn wir sie bitten sollten, uns einige unserer Asylsucher abzunehmen.

Bleibt die Frage: Woher plötzlich die Hast bei der ethnischen „Verbesserung“ der Bundesrepublik, nachdem der Prozess vorher jahrzehntelang gemächlich voranschritt, ohne dass die Langsamkeit jemanden zu stören schien?

Da könnte der Zerfall der EU eine Rolle spielen. Eine der wichtigsten Aufgaben der EU ist es bekanntlich, Deutschland „einzubinden“. Darauf haben prominente Politiker wie der damalige deutsche EU-Kommissar Günther Verheugen hingewiesen. Nach einem Ende der EU wäre es mit der Einbindung vorbei und Deutschland würde wieder ein souveränes Land, was es laut Finanzminister Schäuble seit dem 8. Mai 1945 nie mehr gewesen ist.

Eine entsetzliche Vorstellung für alle, die eingesehen haben, dass Deutsche grundsätzlich schlechter sind als Ausländer. Wir müssen uns also beeilen. Wenn sich die Souveränität der Bundesrepublik nicht verhindern lässt, so muss wenigstens sichergestellt sein, dass sie kein „deutsches“ Land mehr ist und dazu am besten noch pleite. Für ersteres sorgt die Willkommenskultur, für das zweite Ziel trifft man im Euro-System gerade alle erforderlichen Vorkehrungen.

Wir sehen: Unsere Politik handelt alles andere als kopf- und ziellos. Es geht alles seinen Gang und ist wohldurchdacht.

MEINUNGEN

Im Autoren-Portal „Achse des Guten“ (19. Oktober) knöpft sich **Henryk M. Broder** *den möglichen SPD-Kanzlerkandidaten* **Martin Schulz** *vor:*

„Schulz ‚macht‘ seit über 30 Jahren Europa-Politik. Er gehört zu denen, welche die EU an die Wand gefahren haben. Die EU ist am Ende. Schulz ist am Ende. Was er als ‚Gesellschaftsmodell‘ bezeichnet, das verteidigt werden muss, ist das Geschäftsmodell einer kleinen aber machtgeilen Elite, deren Angehörige sich gegenseitig stützen und fördern.“

Auf der Netzseite des regierungsnahen russischen Mediums „RT“ (20. Oktober) kritisiert **Florian Hauschild** *den unterschiedlichen* **Umgang** *deutscher Medien mit dem „Despoten von Damaskus“ (Syriens Machthaber Assad) und dem nicht minder* **despotischen Regime von Saudi-Arabien***:*

„Dass in der wahhabitischen Erbmonarchie regelmäßig Homosexuelle gesteinigt werden, ist den sonst äußerst schnell empörten (lesbischen, schwulen, bi- und transsexuellen) LGBT-Aktivisten keinen größeren Aufstand wert. Dass Saudi-Arabien derzeit im Jemen zahllose Zivilisten abschlachtet, führt ebenfalls nicht zu verurteilenden Ermahnungen vonseiten der Meinungsmacher oder gar des deutschen Außenministeriums. Die öffentlich-rechtlichen Sender, so kritisierte jüngst der Friedensforscher Prof. Dr. Mohssen Massarrat, klammerten die jüngste Bombardierung einer jemenitischen Hochzeitsgesellschaft sogar gänzlich aus ihrem Programm aus.“

Der Politologe **Bassam Tibi** *warnt im „Cicero“ (23. Oktober) vor dem* **Zusammenbruch der sozialen Systeme** *in Europa unter dem Druck von massenhafter Zuwanderung:*

„Jeder Mensch, der ein wenig Ahnung von sozialen Systemen hat, muss doch wissen, dass jedes soziale System … Selbstbehauptung zur weiteren Existenz erfordert. In der Neuausgabe meines Buches ‚Europa ohne Identität?‘ argumentiere ich in dem ergänzten Kapitel ‚Europäisierung oder Islamisierung‘, dass Europa bei der Aufnahme von 65 Million Flüchtlingen aus Nahost und Afrika nicht mehr als zivilisatorische Entität existieren würde. Diese Tatsache muss man frei aussprechen dürfen.“

Finanzexperte **Manfred Gburek** *erklärt im Portal „Goldseiten.de“ (23. Oktober), was* **EZB, IWF** *und Co.* **gegen Deutschland** *im Schilde führen:*

„Es geht längst nicht mehr allein um Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, Handelsbilanzen und Schulden, sondern um die unter Einsatz äußerst fragwürdiger Argumente zu erzwingende schiere Umverteilung von Ländern mit halbwegs soliden Finanzen (wie Deutschland) zu den chronischen Defizitsündern (wie Italien, aber auch Frankreich u.a.).“

Frank Meyer *sieht den* **Euro** *auf dem* **Weg der Lira***. In seinem Blog „rottmeyer.de“ (24. Oktober) prophezeit er:*

„Nominal wird auf einem gesparten 50-Euro-Schein später auch 50 Euro stehen. Man bekommt nur weniger dafür. Geben Sie doch den tapferen Gelddruckern im EZB-Turm etwas Zeit. Die machen das schon … kaputt.“